

50X1-HUM

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

This Document contains information affecting the National Defense of the United States, within the meaning of Title 18, Sections 793 and 794, of the U.S. Code, as amended. Its transmission or revelation of its contents to or receipt by an unauthorized person is prohibited by law. The reproduction of this form is prohibited.

SECRET

50X1-HUM

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Bulletins of Directives and Information of the East German Ministry of Railroads

DATE DISTR.

30 June 1954

NO. OF PAGES

1

50X1-HUM

DATE OF INFO.

REQUIREMENT NO.

RD

PLACE ACQUIRED

REFERENCES

THE SOURCE EVALUATIONS IN THIS REPORT ARE DEFINITIVE.
THE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

~~SECRET~~four issues of Verfuegungen und Mitteilungen

nos. 33, 41, 42, and 43 of the East German Ministerium fuer Eisenbahnwesen.

Enclosure: 4 pamphlets

TO: OSI
ORR

SECRET

50X1-HUM

STATE	ARMY	NAVY	AIR	FBI	AEC	OCD	X
-------	------	------	-----	-----	-----	-----	---

50X1-HUM

(Note: Washington Distribution Indicated By "X", Field Distribution By "#") Form No. 51-61, January 1954

50X1-HUM

Verfügungen und Mitteilungen

des

Ministeriums für Eisenbahnwesen

1954

Berlin, den 15. Mai

Nr. 43

MfE 324

Betr.: Planung der Investitionen

Zur Verbesserung der Vorbereitung von Investitionsvorhaben und für eine einheitliche Abwicklung der Vorplanung, Vorprojektierung, Projektierung sowie notwendig werdende Planänderungen wird in Zusammenfassung aller bisher herausgegebenen Verfügungen und Direktiven folgendes angeordnet:

I. Vorplanung

1. Nach den Anordnungen zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionen (Gesetzblatt 22/54 vom 25. 2. 54) dürfen Projektierungsverträge nur über Vorhaben abgeschlossen werden, die auf Grund der **durchgeführten Vorplanung** im bestätigten Projektierungsplan enthalten sind. Daraus ergibt sich, daß die Vorplanung bereits mit der Aufstellung des Projektierungsplanes abgeschlossen sein muß. (Über die Aufstellung des Perspektivplanes wird eine besondere Verfügung veröffentlicht, die nach ihrem Erscheinen dieser Arbeitsanweisung beizuheften ist.)

2. Die zur Vorplanung gehörenden Unterlagen, die bei Vertragsabschluß dem Projektierungsbetrieb zu übergeben sind, schreibt das Gesetzblatt 22/54 unter II § 5 Seite 178 vor.

Besonderer Wert ist auf folgende Unterlagen zu legen:

- Angabe der vorhandenen Kapazität und des geforderten Kapazitätswachses. Unter Kapazität ist die in einer bestimmten Zeit **größtmögliche** Leistung zu verstehen, die bei Anwendung der fortschrittlichsten Arbeitsmethoden und technischen Verfahren, bei bester Organisation und vollständiger Ausnutzung der zur Durchführung vorhandenen Maschinen und Anlagen erzielt werden kann. Zeitlich bedingte Engpässe üben keinen Einfluß aus. Die Verwendung anderer Kapazitäten als der in der „Ordnung der Planung“ enthaltenen ist nicht zulässig.
- Nachweis der optimalen Ausnutzung der vorhandenen Anlagen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß durch weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität (verstärkte Einführung von TAN, Aufstellung und Einführung technisch begründeter Materialverbrauchsnormen, Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsorganisation, Entwicklung der sozialistischen Wettbewerbsbewegungen, Auswertung von Verbesserungsvorschlägen, räumliche und technische Bereinigung der Produktion zur Beseitigung der Disproportionen) ein Kapazitätswachstum erreicht wird.
- Nachweis der Notwendigkeit des geforderten Kapazitätswachses durch Investitionen, unterteilt nach Planjahren.
- Geschätzter Wertumfang des gesamten Investitionsvorhabens (von den Dezernenten Inv. I festzulegen).

e) Gutachten mit Angaben über die zu erzielende Wirtschaftlichkeit und die technisch-konstruktiven Grundsätze.

3. Bei der Deutschen Reichsbahn sind für die einzelnen Fachgebiete die nachstehend aufgeführten Hauptverwaltungen und Abteilungen verantwortlich:

A Fahrzeuge — Lok — Wagen	Hv des Maschinendienstes Hv der Wagenwirtschaft
B Bauzüge	Hv der Strecken und Rb-Bau-Union
C Geräte	Alle Hv, Ha, Abt., Rb-Bau- Union und EVDR
1 a Lok-Raw'e	Hv der Ausbesserungs- werke
1 b Wagen-Raw'e	Hv der Ausbesserungs- werke
2 Bahnhöfe	für Personenverkehrs- anlagen — Hv Reiseverkehr für Güterverkehrsanlagen Hv Güterverkehr im Benehmen mit der Hv Betrieb
3 a Lok-Bw'e	Hv des Maschinendienstes
3 b Wagen-Bw'e	Hv der Wagenwirtschaft
4 a Oberbau planmäßige Erneuerung	Hv der Strecken
4 b Erhöhung der Durch- laßfähigkeit	Hv des Betriebes
5 Brücken	Hv der Strecken
6 Sicherungsanlagen	Hv des Sicherungs- und Fernmeldewesens im Be- nehmen mit der Hv des Be- triebes
7 Fernmeldeanlagen	Hv des Sicherungs- und Fernmeldewesens im Be- nehmen mit der Hv des Be- triebes
9 Elektrische Anlagen	Hv des Maschinendienstes
10 a Verwaltungsgebäude	Abt. Verwaltung
10 b Betriebsschutz und Brandschutz	Abt. Planung im Benehmen mit Ref. Brandschutz

11 a Sonstige Anlagen (Hoch- und Fach- schulen)	alle Abt. und Hv Abt. Kader
11 b Sanitäre und hygienische- Anlagen	Abt. Arbeit
11 c Arbeitsschutz, Betriebssicherheit	Abt. Arbeit, alle Abteilungen im Benehmen mit der Bsi
12 a Kultureinrichtungen	Abt. Arbeit
12 b Körperkultur und Sport	Abt. Arbeit
13 a Gesundheitswesen	Abt. Arbeit
13 b Sozialwesen	Abt. Arbeit
14 Nachwuchs- einrichtungen	Abt. Arbeit

Beim Wohnungsbau ist zu beachten, daß der Neubau von Wohnhäusern nur über die Räte der Bezirke erfolgt.

4. Die Leiter der obengenannten Fachabteilungen des MfE bzw. der Rbd'en sind für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, besonders für die Beibringung der zur Vorplanung gehörenden Unterlagen, voll verantwortlich.

5. Die Zusammenfassung der Unterlagen der Vorplanung (GBL 22/54, S. 178) ergänzt durch die bau- und betriebstechnisch notwendig werdenden sonstigen Maßnahmen (Umbau bzw. Verlegung bestehender Anlagen) ist das Bauprogramm. Dieses ist vom Investitionsdezernenten federführend auszuarbeiten und nach Gegenzeichnung der Fachabteilungen verantwortlich zu unterschreiben. Zum Zwecke der Aufnahme eines Vorhabens in den Projektierungsplan gepügt es, wenn für den hier geforderten Abschluß der Vorplanung die ergänzenden bautechnischen Maßnahmen in ihren Grundzügen so erfaßt sind, wie es für die Ermittlung des Wertumfanges notwendig ist.

6. Aufwendungen für die Perspektivplanung und Vorplanung sind aus Haushaltsmitteln zu bezahlen. Projektierungskosten dürfen dafür nicht in Anspruch genommen werden.

7. Die Abteilungen Planung überzeugen sich bei Aufnahme von Objekten in den Projektierungsplan vom Vorhandensein des vom Invest-Dezernenten entsprechend Ziff. 5 unterschriebenen Bauprogramms.

II. Ausarbeitung des Projektierungsplanes

1. In der Vorplanung abgeschlossene Vorhaben können in den Projektierungsplan des jeweiligen Planjahres aufgenommen werden. Mit Verfügung INV II Jainv 20/52 vom 28. 1. 53 wurde bereits angeordnet, daß der Investitions-Dezernent INV I bei allen Vorhaben den im Projektierungsplan anzugebenden Wertumfang — unter Zugrundelegung der unter „Vorplanung“ behandelten Unterlagen — festzulegen hat. Diese Bestimmung wird dahingehend erweitert, daß der Invest-Dezernent gleichzeitig den Anteil der Bauleistungen und der Ausrüstung besonders angibt (Spalte 12, ab 1956 Spalte 9 und 10 des Formblattes 0728).

2. Für die Aufstellung des Projektierungsplanes sind folgende Richtlinien zu beachten:

- Vorhaben ab 50 TDM werden einzeln aufgeführt.
- Bei Vorhaben unter 50 TDM entscheidet der Betriebsleiter, welche Unterlagen, zu fertigen sind. Vorhaben dieser Art sind mit dem zu projektierenden Anteil in einer Globalsumme in den Projektierungsplan aufzunehmen.

Diese Regelung gilt für Haupt- und Nebenanlagen.

Besonderer Wert ist künftig auf die genau detaillierte Bezeichnung der Vorhaben zu legen. Wenn z. B. in

einem Bw ein Verwaltungsgebäude gebaut wird, genügt es nicht, das Vorhaben „Erweiterung des Bw“ zu benennen, sondern es muß heißen „Bw ...; Bau eines Verwaltungsgebäudes“.

Bei Vorhaben mit größerem Umfang sind Unterpositionen mit ihrem anteiligen Kapazitätzuwachs und Wertumfang anzugeben.

3. Die Reihenfolge der Vorhaben innerhalb der Fachgebiete ist einheitlich wie folgt vorzunehmen:

a) An erster Stelle stehen die planmäßigen Folgevorhaben, die als solche durch den Zusatz „Folgevorhaben“ in Spalte 2 des Formblattes 0728 (hinter der Bezeichnung des Vorhabens) zu kennzeichnen sind:

b) Hieran schließen sich — in der Reihenfolge der Dringlichkeit — die übrigen neu zu projektierenden Vorhaben an.

c) Zwecks Beurteilung des Gesamtumfanges der Projekte ist der Projektierungsplan durch diejenigen Vorhaben zu ergänzen, für die bereits projektierte Unterlagen (Vorprojekt insgesamt und Projekt für das Planjahr oder nur Vorprojekt) vorliegen und deren Aufnahme in den Investitionsplan beabsichtigt ist.

Bei Vorhaben unter 50 TDM entfällt das Vorprojekt.

Die unter c) genannten Vorhaben werden innerhalb des Fachgebietes von den unter 3 a) und 3 b) genannten durch einen waagerechten Strich getrennt, sind jedoch in der Fachgebiets-Endsumme mit aufzuführen. Die unter 3 a), b) und c) aufgeführten Vorhaben sind im Endbetrag jeweils besonders auszuweisen.

4. a) Die Festlegung der Unterlimitvorhaben (0-749 TDM) erfolgt — bis auf die unter 4 b) genannten Ausnahmefälle — durch die Rbd'en, die HV der Raw'e und die Rb-Bau-Union in eigener Zuständigkeit, und zwar im Rahmen der Orientierungssumme, die rechtzeitig den beteiligten Stellen bekanntgegeben wird.

Die Fachabteilungen der Rbd'en haben daher ihre Forderungen bis spätestens 15. 6. des der Projektierung vorangehenden Jahres den für sie zuständigen Fachabteilungen des MfE vorzulegen. Die Hauptverwaltungen, Hauptabteilungen und Abteilungen des MfE sind verpflichtet, die Abstimmung binnen vier Wochen nach Eingang, also spätestens bis zum 15. Juli, vorzunehmen, d. h., die vorgeschlagenen Vorhaben zu prüfen und zu koordinieren.

Im Anschluß daran wird das Ergebnis der Abstimmung den Rbd'en bekanntgegeben mit dem Auftrag, die Vorplanung nunmehr zu beginnen. Nach Abschluß der Vorplanung (siehe I „Vorplanung“ Abschnitt 5) können die Vorhaben der Abteilung Planung für den Projektierungsplan vorgeschlagen werden.

Termin für die Vorlage des Projektierungsplanes ist der 1. 12. des der Projektierung vorangehenden Jahres. Die Orientierungssumme wird besonders bekanntgegeben.

b) Bei dem Fachgebiet „Gleis- und Weichenerneuerung“ (4 a) legt die Hv Strecken des MfE Globalbeträge für die Rbd'en im Rahmen der von der Abteilung Planung übermittelten Gesamtsumme fest.

Darin sind auch folgende Oberbaugroßgeräte mit aufzunehmen:

- Bettungsreinigungsmaschinen;
- Gleisstopfmaschinen;
- Portalverlegevorrichtungen.

Sämtliche anderen Vorhaben für die Oberbauwerke und die übrigen Geräte werden von den Rbd'en innerhalb der Unterlimitkontrollziffer im Fachgebiet 11 a bzw. 40 eingeplant.

Die Fahrzeuge, wie Bauzugwagen, Rottenkraftwagen für Lastbeförderung, Gleisverlegekräne, Weichentransportwagen u. ä., werden von der Hv Wagenwirtschaft geplant. Die Rbd'en melden ihren Bedarf nach wie vor bei der Hv Strecken des MfE an, die die Weiterleitung an die HV Wagenwirtschaft übernimmt. Die zuständige Fachabteilung der Rbd (Verwaltung der Strecken) reicht deshalb ihre Vorschläge der Hv Strecken des MfE ein, die die endgültige Gestaltung dieses Fachgebietes

vornimmt. Es ist darauf zu achten, daß sich die Einzelvorhaben im Rahmen des Unterlimits halten.

Für die Rekonstruktion und Entwicklung der Anlagen des Fachgebietes „Sicherungsanlagen“ (6) ist die Hv des Sicherungs- und Fernmeldewesens des MfE verantwortlich. Sie entscheidet über Aufnahme bzw. Nichtaufnahme der von den Rbd'en vorgeschlagenen Unterlimitvorhaben. Die HA Investitionen des MfE übernimmt die Abstimmung mit der Produktionsauflage der Signalindustrie.

c) Die Forderungen des Betriebsschutzes, des Bahnärztlichen Dienstes, des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW), der Mitropa, des DER sind gleichfalls zu berücksichtigen, mit Ausnahme der nicht zu projektierenden Objekte.

d) Stellen die Hauptverwaltungen, Hauptabteilungen und Abteilungen des MfE bei Abstimmung der von den Rbd'en vorgebrachten Vorschläge (siehe Abschnitt 4a) fest, daß weitere (von den Rbd'en bisher nicht berücksichtigte) Vorhaben für das Planjahr vorzusehen sind, so sind diese der Rbd so rechtzeitig bekanntzugeben, daß die Durchführung der Vorplanung bis zur Aufstellung des Projektierungsplanes möglich ist.

Es ist daher erforderlich, die Abstimmung zu dem genannten Zeitpunkt vorzunehmen, um bei eventuellen Nachträgen noch genügend Zeit für die Vorplanung zu haben.

Forderungen, die — unter Vorlage des Bauprogrammes — nach Aufstellung des Projektierungsplanes bei der Rbd eingehen, können nur berücksichtigt werden, wenn gleichzeitig angegeben wird, zu Lasten welcher bereits im Projektierungsplan enthaltener, jedoch noch nicht projektierter Vorhaben die Aufnahme erfolgt. Letzteres darf jedoch nur als Ausnahmeregelung angesehen werden.

5. Die Ausarbeitung der Vorschläge für **Überlimitvorhaben** wird gleichfalls von den Rbd'en vorgenommen. Die Abteilungen Planung übernehmen hier die von den Fachabteilungen vorgeschlagenen, in der Vorplanung abgeschlossenen Vorhaben. Aufgabe der Hauptverwaltungen, Hauptabteilungen und Abteilungen des MfE ist es, bis zum 15. 6. des der Projektierung vorangehenden Jahres für ihr Fachgebiet die Vorschläge der Rbd'en einzuholen, diese zu prüfen, zu koordinieren und die zur Durchführung in Frage kommenden Vorhaben den Rbd'en innerhalb von vier Wochen bekanntzugeben, so daß bis zur Aufnahme in den Projektierungsplan die Vorplanung zum Abschluß gebracht werden kann. Ist diese Bedingung erfüllt, werden — wie bereits ausgeführt — die Vorhaben durch die Fachabteilung der Rbd der Abteilung Planung zur Aufnahme in den Projektierungsplan gemeldet. Besonderer Wert ist dabei auf die Angabe des Kapazitätswachses zu legen (siehe I, Ziff. 2 a, III, Ziff. 9 und Anlage 1).

Die Orientierungssumme wird auch hier besonders bekanntgegeben.

6. Die Rbd'en legen ihre Vorschläge fünffach, getrennt nach Überlimit, Unterlimit und zu projektierende Vorhaben von 0—49 TDM (letztere als Globalbetrag) bis zum 1. 12. des der Projektierung vorangehenden Jahres der Abteilung Planung des MfE in der unter Abschnitt 8 festgelegten Untergliederung vor.

Bei allen schienengebundenen Vorhaben ist die Anzahl der km/Gleis und WE/Stück zwecks Ermittlung des Stahlbedarfs zu bringen, und zwar (in Klammern) nach der Vorhabenbezeichnung in einer besonderen Zeile.

In Spalte 6 des Formblattes 0728 ist neben dem Anfangs- und Schlußjahr auch das Quartal der Inbetriebnahme anzugeben.

7. Die Vorhaben der Nebenanlagen werden zu den bereits genannten Terminen von den Fachabteilungen der Rbd'en bzw. der Hv der Raw'e den unter „Vorplanung“ genannten zuständigen Fachabteilungen des MfE gemeldet, nachdem bereits **vorher** mit dem Bezirksvorstand der IG Eisenbahn Verbindung aufge-

nommen wurde. Die Fachverwaltungen des MfE überprüfen die Notwendigkeit dieser Vorhaben und entscheiden — im Rahmen der ihnen für die Projektierung bekanntgegebenen Orientierungssumme — über die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme der beantragten Vorhaben unter Hinzuziehung des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn bzw. — beim Fachgebiet Körperkultur und Sport — der BSG Lokomotive, Zentrale Leitung. Bei Vorhaben, die von der jeweiligen BSG an die Rbd'en herangetragen werden, ist von der BSG der Genehmigungsvermerk der Zentralen Leitung vorzuweisen. Im Falle der Nichtbeibringung ist das Vorhaben abzulehnen. Bei Überlimitvorhaben (hier ab 250 TDM) ist ferner Verbindung mit den jeweiligen Fachministerien aufzunehmen. Nach dieser Abstimmung, die im Stadium der Vorplanung durchzuführen ist, werden die für die Projektierung in Frage kommenden Vorhaben den Rbd'en zur Aufnahme in den Projektierungsplan bekanntgegeben. Die Aufnahme kann erfolgen, wenn die Vorplanung mit Vorlage des unterschriebenen Bauprogrammes abgeschlossen ist.

Änderungen können bei bereits eingereichten Vorhaben nur berücksichtigt werden, wenn die Begründung die unbedingte Notwendigkeit der Änderung bzw. der Neuaufnahme des Vorhabens erkennen läßt, und wenn klargestellt ist, zu Lasten welcher bereits berücksichtigter Vorhaben die Änderung erfolgen soll. Die Entscheidung fällt die zuständige Fachabteilung des MfE.

8. Der Projektierungsplan ist nach folgender Untergliederung einzureichen:

A. Hauptanlagen

- a) Vorhaben ab 750 TDM;
- b) Vorhaben von 50—749 TDM;
- c) Vorhaben von 0—49 TDM mit dem zu projektierenden Anteil (in einer Summe).

B. Nebenanlagen

- a) Vorhaben ab 250 TDM;
- b) Vorhaben von 50—249 TDM;
- c) Vorhaben von 0—49 TDM wie bei A c.

Die Wertgruppen A a—c und B a—c sind nach Fachgebieten aufzugliedern, die beide für sich in den Spalten 7 und 8 des Formblattes 0728 zu addieren und im Anschluß an das letzte Fachgebiet der Haupt- bzw. Nebenanlagen zu einer Endaufstellung zusammenzufassen sind.

Kommastellen sind **nicht** zu bringen.

9. Für jedes Vorhaben der Haupt- und Nebenanlagen ab 250 TDM ist eine Begründung, einzureichen. Aus ihr muß — ausgehend von der vorhandenen Kapazität und ihrer Ausnutzung — die Notwendigkeit der Kapazitätserweiterung bzw. der Investition hervorgehen. Hierbei ist die Begründung in Anlehnung an die Vorplanung **einheitlich** nach folgenden grundsätzlichen Punkten zu untergliedern, die gleichzeitig als Überschrift zu den einzelnen Abschnitten zu verwenden sind:

- a) Angabe der vorhandenen Kapazität und Nachweis der optimalen Ausnutzung der z. Z. bestehenden Anlage.
- b) Nachweis der Notwendigkeit des geforderten Kapazitätsnachweises durch Investitionen.
- c) Volkswirtschaftliches Gutachten und Angaben über die zu erzielende Wirtschaftlichkeit und die technisch konstruktiven Grundsätze.
- d) Geschätzter Wertumfang für das Investvorhaben, untergliedert nach
 - a) Oberbau (Gleise und Weichen);
 - b) Sicherungsanlagen;
 - c) Fernmeldeanlagen;
 - d) Hochbau
 usw.

Die in der Liste der wichtigsten Kapazitäten bei der DR (siehe Anlage 1) festgelegten Begriffe sind grundsätzlich einheitlich anzuwenden. In den Fällen, wo die angeführten Kapazitätsbegriffe nicht angewendet werden können, ist in der Begründung die Abweichung zu

erläutern. Ferner ist der Zusammenhang mit anderen Investitionsvorhaben — auch bei solchen rückliegender Jahre — aufzuzeigen.

Die Begründung muß auch die Folgen erkennen lassen, die sich bei Nichtdurchführung des Vorhabens ergeben würden. Beispielsweise ist bei Vorhaben der Durchlaßfähigkeit die:

a) Erhöhung der Beladung durch gesteigerte Produktion der örtlichen Industrie mit Zahlenangaben;

b) Umrechnung in Wagen und Züge anzugeben.

Bei anderen Fachgebieten sind ähnliche konkrete Begründungen mit den entsprechenden Zahlenangaben zu bringen und in der Kapazitätsbilanz auszuweisen (siehe auch Seite 1, Ziffer 2 a—e.

Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Vorhaben, deren Begründungen nicht den aufgezeigten Grundsätzen entsprechen, nicht in den Projektierungsplan aufgenommen werden dürfen.

10. Die antragstellenden Abteilungen für die in den Projektierungsplan aufzunehmenden Vorhaben sind rechts neben der letzten Spalte des Formblattes 0728 in Kurzform auszuweisen.

11. Die Planträger für zentrale Vorhaben sind verpflichtet, die Folgeinvestitionen, die sich aus der Planung und für die Durchführung zentraler Vorhaben ergeben, den Planträgern, die dafür verantwortlich sind, so rechtzeitig mitzuteilen, daß sie von diesen ebenfalls in den Projektierungsplan aufgenommen werden können (s. GBl. 22/54, Seite 178 sowie Verfg. Inv. I-1120/53 vom 11. 7. 53, letzter Absatz). Auch hier ist auf die abgeschlossene Vorplanung größter Wert zu legen.

Jeder Planträger, der es verabsäumt, derartige Folgeinvestitionen dem fachlich zuständigen Planträger rechtzeitig aufzugeben — mindestens 14 Tage vor dem Termin zur Einreichung des Projektierungsplanes —, muß diese Folgeinvestitionen in seinen eigenen Plan aufnehmen, aus dem dann über die Staatliche Plankommission die Überschreibung auf den zuständigen Planträger erfolgt.

12. Vorhaben, bei denen es sich lediglich um Beschaffung von Ausrüstungen handelt (z. B. Fahrzeuge, Geräte und Werkzeuge), sind nicht in den Projektierungsplan aufzunehmen.

13. Die Finanzierung der Vorprojektierung erfolgt nach den im Gesetzblatt 22/54, Seite 182—183, enthaltenen Richtlinien. Danach dienen als Grundlage für die Finanzierung die zwischen den Auftraggebern (Planträger bzw. Investträger) und dem Projektierungsbetrieb (EVDR) abgeschlossenen Verträge, die der DIB, Filiale Berlin, vorzulegen sind. Bedingung ist jedoch dabei, daß das betreffende Vorhaben im bestätigten Projektierungsplan enthalten ist. Verträge über im Projektierungsplan nicht enthaltene Vorhaben werden von der DIB nicht anerkannt.

Ergibt sich die Notwendigkeit, Vorhaben nachträglich in den Projektierungsplan aufzunehmen, ist folgendes zu beachten:

a) Nachträge zum Projektierungsplan für Überlimitvorhaben sind der Abt. Planung des MfE grundsätzlich quartalsweise vorzulegen, und zwar zum 5. 3. und 1. 6. des dem Planjahr vorangehenden Jahres. (Der Termin 5. 3. wurde bereits bekanntgegeben.)

Nachträge für Unterlimitvorhaben sind bei der Abt. Planung des MfE zu den gleichen Terminen auf Formblatt 0728 zu beantragen, soweit die Unterlimitendsumme laut bestätigtem Projektierungsplan eingehalten wird. Das Formblatt 0728 ist dreifach einzureichen. Bei Genehmigung geht ein Exemplar mit dem Genehmigungsvermerk zurück, das zweite erhält die HA Investitionen des MfE. Die neu aufzunehmenden und die dafür abzusetzenden Vorhaben sind dann der DIB, Filiale Berlin, (unter Bezugnahme auf den Genehmigungsvermerk des MfE) auf Formblatt 0728 mitzuteilen.

Nachträgen, die über den bestätigten Unterlimitendbetrag hinausgehen, wird nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen zugestimmt.

b) Verantwortlich für die Benachrichtigung der jeweiligen Abteilung Planung über den zu veranlassenden Nachtrag zum Projektierungsplan ist die beantragende Fachabteilung. Diese hat vorher für Überlimitvorhaben die Zustimmung des Kollegiums des MfE nach Befürwortung des Antrages durch die Abteilung Planung, für Unterlimitvorhaben die Zustimmung der Leitung der Rbd einzuholen.

Im Falle der Genehmigung sind der jeweiligen Abteilung Planung die Angaben des Formblattes 0728 vorzulegen.

Dabei ist zu beachten, daß der Abteilung Planung nach Möglichkeit gleichzeitig mit dem Antrag auf Nachplanung Vorhaben in entsprechender Höhe angegeben werden, deren Nichtdurchführung im vorgesehenen Planjahr bereits feststeht und deren Projektierung noch nicht angelaufen ist. Hiermit wird verhindert, daß der Projektierungsplan über die Kapazität des EVDR hinaus erhöht wird.

c) Die Abteilung Planung des MfE und der Rbd'en sind nach erfolgter Abstimmung mit dem jeweiligen Dezernat Inv. I voll verantwortlich für den Nachtrag neuer Vorhaben in den Projektierungsplan und die arbeitsmäßige Durchführung.

d) Das EVDR darf nur Vorhaben projektieren, die in den Projektierungsplan aufgenommen worden sind.

Die Hauptabteilung Investitionen, Abteilung Projektierung und Gestaltung, berichtet der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission monatlich über den Erfüllungsstand der Vorprojektierung und Projektierung.

Die Aufwendungen für die Ausarbeitung der Vorprojekte und Projekte sind nach Abschluß des einzelnen Vorhabens dem Investträger zur Verbuchung aufzugeben und wie alle sonstigen Mittel des Investitionsplanes zu aktivieren. Bei Ausarbeitung mehrerer Vorprojekte und Projekte sind die gesamten Vorprojektierungs- und Projektierungskosten sowie die Kosten für Ausführungszeichnungen zu aktivieren. (Vgl. Rundschreiben der DIB III Bauwirtschaft 25/53 vom 28. 12. 53.)

Verantwortlich für die Aktivierung sind die Investträger. Die Rbd'en überprüfen den Vollzug.

14. Für die ordnungs- und termingemäße Durchführung der Entwurfsarbeiten insgesamt ist die Hauptabteilung Investitionen verantwortlich, bei den Rbd'en und Raw'en sind es die Präsidenten bzw. Werkdirektoren.

Änderungen, besonders Kürzungen von Vorhaben, die die Rbd'en für Reichsbahnstellen außerhalb ihres Geschäftsbereiches (z. B. TZA, Mitropa, DER usw.) abwickeln, dürfen nur **im Einvernehmen** mit diesen Stellen vorgenommen werden. Alle die Änderung des Projektierungsplanes betreffenden Verfügungen und Schriftstücke (z. B. Projektierungslisten mit geänderten Vorhaben) sind der HA Investitionen des MfE zur Mitzeichnung vorzulegen.

15. Der Leiter der HA Investitionen ist verpflichtet worden,

a) für den termingemäßen Abschluß der Verträge für die Aufstellung der Vorentwürfe und Entwürfe mit dem EVDR zu sorgen;

b) den Lauf der Vorentwurfs- und Entwurfshefte so zu organisieren, daß die Bestätigungen in den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen durchgeführt werden;

c) nach Erhalt des Investitionsplanes durch den Investträger die Bauleistungsverträge mit den ausführenden Betrieben innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist abzuschließen.

16. Der Leiter des EVDR ist zur termingemäßen Fertigstellung der Vorentwürfe und Entwürfe verpflichtet worden.

T 17. Der Abschluß der Vorprojektierung — einschließlich Bestätigung — wird auf den 30.6. des dem Planjahr vorangehenden Jahres festgelegt. Die Projekte sind so rechtzeitig fertigzustellen, daß sie bei **Beginn des Planjahres** bestätigt vorliegen.

18. Die den Hauptverwaltungen und Rbd'en bekanntgegebenen Orientierungssummen sowie der bestätigte Projektierungsplan geben **keinen** Anspruch auf eine entsprechende Kontrollziffer für den Investitionsplan.

19. In dem Schreiben zur Einreichung des Projektierungsplanes ist die Einhaltung der in dieser Verfügung enthaltenen Durchführungsbestimmungen für Vorplanung, Projektierung und Einreichung des Projektierungsplanes zu bestätigen mit dem Bemerkten, **daß sämtliche im Projektierungsplan enthaltenen Vorhaben in der Vorplanung abgeschlossen sind.**

T 20. Die Planung der Fahrzeugvorhaben ist so durchzuführen, daß — im Rahmen einer bekanntgegebenen Kontrollziffer — spätestens am 10. Januar des Vorjahres klare Vorstellungen über die Durchführung der wichtigsten Fahrzeugpositionen bestehen.

21. Alle Hv'en, Verwaltungen und Abteilungen nehmen spätestens nach Bestätigung des Projektierungsplanes Verbindung mit der Materialversorgung auf und geben die geschätzten Materialien und Ausrüstungen an.

III. Ausarbeitung des Planvorschlages

1. In den Planvorschlag sind grundsätzlich nur diejenigen Vorhaben aufzunehmen, deren Vorprojekte bzw. Projekte oder Unterlagen (bei Objekten unter 50 TDM) bestätigt vorliegen.

2. Nach Erhalt der vorläufigen Kontrollziffer durch die Staatliche Plankommission schließt die Abteilung Planung des MfE diese auf die Hauptverwaltungen und Abteilungen des Ministeriums (für Überlimitvorhaben) und auf die Rbd'en, die Hv Raw und Rbbu (für Unterlimitvorhaben) auf.

3. Entstehende Differenzen — besonders über die Höhe der Kontrollziffern — sind in gegenseitigen Besprechungen zu klären.

Von den Hauptverwaltungen und Abteilungen des Ministeriums und von den Rbd'en wird erwartet, daß sich ihre Forderungen auf die betrieblich und volkswirtschaftlich wichtigsten Vorhaben beschränken, daß mit den bereitgestellten Mitteln der größtmögliche Nutzeffekt erzielt wird, daß mit den Mitteln sparsam umgegangen wird und jeder Betriebsegoismus unterbleibt.

4. a) Nach Klärung eventueller Differenzen werden den Rbd'en die Vorhaben ab 750 TDM (Überlimit) einzeln bekanntgegeben. Dabei werden in der Regel die Jahresraten zugrunde gelegt, die mit Aufstellung des Gesamtprojektes ermittelt worden sind. Liegt das Vorprojekt noch nicht vor und ergeben sich dann Abweichungen gegenüber den Angaben des Projektierungsplanes, so sind diese im Rahmen der Gesamtkontrollziffer unter Hinzuziehung des Invest-Dezernenten I, der Fachabteilung und des EVDR auszugleichen. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß mit der Jahresrate ein gewisser Abschluß oder Zwischenzustand erzielt wird. Es kommt nicht darauf an, die für den Projektierungsplan geschätzte Jahresrate unbedingt zu erreichen, wenn die vorgenannten Bedingungen nicht erfüllt werden können.

b) Für die Vorhaben unter 750 TDM (Unterlimit) erhalten die Rbd'en einen Globalbetrag, wobei die Fachgebiete „Gleis- und Weichenerneuerung“ (4a) und „Sicherungsanlagen“ (6) zweckgebunden genannt werden.

5. Die Vorhaben sind — nach Rbä bzw. Raw'en geordnet — in folgender Reihenfolge in den Planvorschlag aufzunehmen:

a) Planmäßige Folgevorhaben sowie die nicht realisierbaren Teile der Investitionsvorhaben des laufenden Planjahres;

b) neu zu beginnende Vorhaben in der Reihenfolge ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung.

6. Die Vorlage erfolgt getrennt nach Überlimit, Unterlimit mit Sammelvorhaben, deren obere Grenze auf 99 TDM festgelegt wird, auf den für das jeweilige Planjahr gültigen Formblättern (0724 und 0725) in fünffacher Ausfertigung.

In Spalte 3 des Formblattes 0724 sind neben Anfangs- und Schlußjahr auch die Quartale anzugeben.

Die jeweils für das Planjahr herausgegebene „Ordnung der Planung“ ist bei Aufstellung des Planvorschlages, besonders hinsichtlich der Formblätter, Kapazitätsangaben usw. zugrunde zu legen. Das setzt voraus, daß jede an der Planaufstellung beteiligte Abteilung im Besitz der „Ordnung der Planung“ ist bzw. von den darin enthaltenen Bestimmungen genaue Kenntnis hat.

7. Grundsätzlich ist zu dem vom Planträger festgesetzten Termin der vollständige Planvorschlag, d.h. Überlimit und Unterlimit, einzureichen. Sonderregelungen werden jeweils besonders bekanntgegeben.

8. Die in den Planvorschlag aufzunehmenden Vorhaben werden — vor ihrer Weitermeldung an die jeweils übergeordnete Stelle — im Unterlimit der Leitung der Rbd zur Beschlußfassung bzw. den Leitern der Hv Raw'e und Rbbu zur Entscheidung und im Überlimit dem Kollegium des Ministeriums für Eisenbahnwesen über die Abt. Planung zur Beschlußfassung vorgelegt, wobei hier über das Unterlimit global entschieden wird.

9. Besonderer Wert ist auf die Kapazitätsangaben zu legen. Grundsätzlich werden einheitlich nur diejenigen Kapazitäten anerkannt, die in der „Ordnung der Planung“ enthalten sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die für die Deutsche Reichsbahn zutreffenden Kapazitäten nicht nur unter „Ministerium für Eisenbahnwesen“ zu finden sind (hier sind nur die reichsbahn-typischen Angaben aufgeführt), sondern daß auch unter den anderen Planträgern Kapazitätsangaben für eine Anzahl unserer Vorhaben zutreffen (siehe Anlage 1).

Angaben wie m³ umbauter Raum können als Kapazitätswachstum für Fachschulen, Kulturhäuser, Verwaltungsgebäude oder Wohnungen ebensowenig anerkannt werden wie km Gleise bei Schaffung eines 2. Gleises keinen wirklichen Kapazitätswachstum ausdrücken. Für Fachschulen sind z.B. Studienplätze, für ein Kulturhaus Plätze, für ein Verwaltungsgebäude Arbeitsplätze, für Wohnungen Wohnungseinheiten, für ein 2. Gleis ist die Erhöhung der Durchlaßfähigkeit in Zugpaaren in 24 Stunden anzugeben. Bei sanitären und hygienischen Anlagen ist der Kapazitätswachstum in Duschen, Wannen, Waschstellen u. ä. anzugeben.

Die Angaben km/Gleis und WE/Stück sind bei allen schienenengebundenen Vorhaben zwecks Ermittlung des Stahlbedarfs zu bringen, und zwar (in Klammern) nach der Vorhabenbezeichnung in einer besonderen Zeile.

10. Die Endsummen von Überlimit, Unterlimit und Sammelvorhaben innerhalb der Rbd werden getrennt ausgewiesen.

11. Vorhaben unter 20 TDM sind im Plan — nach Investträgern geordnet — unter Fachgebiet 11a „Sonstiges“ aufzuführen. Die zu ihrer Durchführung erforderlichen Unterlagen werden vom Amtsvorstand bzw. Werkdirektor oder Betriebsleiter festgelegt.

12. Bei den Nebenanlagen gelten Vorhaben mit einem vollen Wertumfang ab 250 TDM als Überlimitvorhaben. Die Ausarbeitung und Einteilung der Planvorschläge hat getrennt nach den Fachgebieten

12a Kultureinrichtungen

12b Körperkultur und Sport

13a Gesundheitseinrichtungen

13b Sozialeinrichtungen

14 Nachwuchseinrichtungen

zu erfolgen. Abweichend von dem Plan der Hauptanlagen sind die Planvorschläge der Nebenanlagen objektweise, auch die Unterlimit- und Sammelvorhaben, auf Formblatt 0724 und 0725 in fünffacher Ausfertigung einzureichen. Als Sammelvorhaben sind Objekte mit einem vollen Wertumfang bis 99 TDM anzusehen. Vorhaben, für die keine Entwürfe bzw.

Vorentwürfe vorliegen, sind **nicht** in die Planvorschläge aufzunehmen. Die Kapazitätsangaben im Investitionsplan müssen mit den erforderlichen Positionen des Entwicklungsplanes übereinstimmen, da der Investitionsplan einen Teil des Entwicklungsplanes darstellt. Es geht auf keinen Fall an, daß im Entwicklungsplan Plätze für Kinderkrippen vorgesehen sind, während die Kapazitätsangaben im Investitionsplan anders lauten. Bei den Kapazitätsangaben sind die Positionen in der „Ordnung der Planung 1954“ zu beachten:

- A) Kulturelle Entwicklung in den Betrieben
Teil III, Pos. 1—26, Seite 87
- B) Förderung der Jugend in den Betrieben
Teil II und III, Pos. 1—3, Seite 87
- C) Körperkultur und Sport in den Betrieben
Teil III, Pos. 1—15, Seite 88
- 2) Entwicklung des Gesundheitswesens (betrieblich)
Seite 103, Pos. 1—12
- 2) Entwicklung des betrieblichen Sozialwesens
Seite 104, Pos. 1—11.

Außerdem sind die Kapazitätsangaben auf Seite 128 bis 129 sinngemäß anzuwenden.

13. Kommastellen sind grundsätzlich für Haupt- und Nebenanlagen über 20 TDM weder in der Titelliste noch in der Kostenstruktur zu bringen. In den Entwürfen noch vorhandene Kommastellen werden auf- oder abgerundet in den Plan aufgenommen.

14. a) Für jedes Folgevorhaben ist eine Begründung einzureichen, aus der die Hauptpositionen des Entwurfes ersichtlich sind, die mit der Folgerate durchgeführt werden sollen.

b) Sofern sich bei einem Folgevorhaben eine Erhöhung des vollen Wertumfanges ergeben sollte, ist diese klar und präzise und unter Nachweis der **wirklichen Ursachen** zu begründen. Begründungen, die nicht konkret sind, werden nicht anerkannt und zurückgewiesen (vgl. II 9, Seite 3).

15. Gleichzeitig mit dem Planvorschlag ist die „Planung des Baubedarfs“ nach der im Abschnitt „Y“ der „Ordnung der Planung 1954“ (Seite 163) festgelegten Nomenklatur in fünffacher Ausfertigung vorzulegen.

Die Aufteilung wird nach Verwaltungsbezirken, unterteilt in die Kennziffern 011, 012, 013, 017, 018, 019 und 020 auf Formblatt 0201 vorgenommen. Zur besseren Übersicht und für die Zusammenstellung in der Abteilung Planung des MfE ist für jeden Bezirk ein besonderes Blatt zu fertigen.

Die Rbd-Endsummen müssen mit dem Formblatt 0725, **Spalten 4 und 9**, übereinstimmen.

IV. Investitions-Kostensenkung

1. Alle Planträger sind verpflichtet, die Aufgaben ihres Investitionsplanes neben der gesetzlich festgelegten Baukostensenkung mit einem gesetzlich festgelegten geringeren Aufwand durchzuführen. (Für 1954 beträgt die IKS 1,5 %). Ausgenommen sind alle Vorhaben unter 20 TDM sowie Ausrüstungsgegenstände aus Importlieferungen oder solche, die zu genehmigten Listenpreisen erhältlich sind.

Die Baukosten müssen auf der Preisbasis des Jahres geplant sein, das dem Planjahr vorausgeht.

2. Die für die Durchführung der Investvorhaben verantwortlichen, dem MfE nachgeordneten Stellen (Rbd'en, Hv Raw'e, Rbbu) können die Investkostensenkung bei ihren einzelnen Vorhaben differenzieren unter der Bedingung, daß die gesetzliche Investkostensenkung — global gesehen — eingehalten wird.

3. Die plantechische Durchführung der Investitions-kostensenkung ist nach den im Gesetzblatt Nr. 22/54 (S. 191 bis 192) und in der Arbeitsanweisung der DIB zur Durchführung und Kontrolle der Investkosten-senkung vom Januar 1953 enthaltenen Grundsätzen und Richtlinien vorzunehmen unter Berücksichtigung der vom Planträger festgelegten Maßnahmen.

4. Die Forderung, nach der der gesetzlich festgelegte Prozentsatz eine **Mindestforderung** ist und der Plan der Maßnahmen für das Einzelobjekt vier Wochen **nach Beginn der Finanzierung** unter Mitwirkung aller am Investgeschehen Beteiligten auszuarbeiten und der DIB vorzulegen ist, bleibt vollgültig bestehen. Bei Unterlimitvorhaben entfällt der Plan der Maßnahmen.

5. Es ist dafür zu sorgen, daß alle am Investgeschehen beteiligten Stellen im Besitz der hier angezogenen Gesetze und Richtlinien sind. Die Rbd ist für deren Einhaltung verantwortlich und kontrolliert diese laufend.

V. Planänderungen

1. Unter III „Planvorschlag“ Abschnitt 8 wurde bereits angeordnet, daß die endgültige Fassung des Investitionsplanes durch das Kollegium des MfE und für das Unterlimit durch die Leitung der Rbd bzw. die Leiter der Hv Raw'e und Rbbu festgelegt wird.

2. Danach erforderliche Änderungen dürfen nur durch einen Beschluß bzw. eine Entscheidung der entsprechenden vorgeannten Stellen vorgenommen werden, wenn von der beantragenden Hauptverwaltung, Verwaltung oder Abteilung die Notwendigkeit der Umstellung und die Realisierungsmöglichkeit (unter Vorweisung der fertigen Entwurfsunterlagen) nachgewiesen wird.

3. Im einzelnen ist wie folgt zu verfahren:

a) Planänderungen von Vorhaben der Hauptanlagen mit einem vollen Wertumfang bis zu 749 TDM werden durch einen Beschluß der Leitung der Rbd bzw. der Hv Raw'e und Rbbu herbeigeführt und vom Präsidenten der Rbd bzw. Leiter der Hv Raw'e und Rbbu eigenverantwortlich unterschrieben, sofern vom Kollegium des MfE keine Einschränkung dieser Maßnahmen verfügt wurde.

b) Bei Vorhaben der Nebenanlagen dürfen diese Änderungen nur im Rahmen der vom MfE festgelegten Fachgebiets-Endsummen erfolgen. Änderungen, die diesen Rahmen überschreiten, sind weiterhin der Abt. Planung des MfE zur Genehmigung vorzulegen.

c) Planänderungen von Vorhaben ab 750 TDM sind grundsätzlich der Abt. Planung des MfE zuzuleiten, sofern die unter Abschnitt 1 und 2 genannten Stellen der Änderung zugestimmt haben.

d) Kürzungen der Fachgebiete „Gleis- und Weichen-erneuerung“ (4a), „Sicherungsanlagen“ (6) und „Arbeitsschutz“ (11c) bedürfen gleichfalls meiner Entscheidung.

Erhöhungen dieser Fachgebiete unterliegen der Entscheidung der unter V/1 und 2 genannten Stellen.

4. Verantwortlich für die Vorlage des Beschlußentwurfes zur Änderung von Investitionsvorhaben (gemäß Abschnitt 2 und 3c) ist diejenige Hauptverwaltung, Hauptabteilung und Abteilung des MfE bzw. Rbd, die eine Planänderung fordert bzw. für das betreffende Fachgebiet verantwortlich ist. Dabei ist die Frage der Finanzierung, der Arbeitskräfte, des Materials und der Realisierungsmöglichkeit **vor** Einbringung der Beschlußvorlage mit den zuständigen Stellen zu klären. Der Antrag auf Änderung ist bei Überlimitvorhaben von der betreffenden Fachabteilung dem zuständigen Stellvertreter des Ministers und der Abteilung Planung zuzuleiten. Nach deren Zustimmung trägt die zuständige Hauptverwaltung, Hauptabteilung oder Abteilung den Antrag dem Kollegium des MfE vor, welches nach Genehmigung die Abteilung Planung mit der Durchführung der Änderung beauftragt. Es dürfen grundsätzlich nur Änderungen von Vorhaben beantragt werden, wenn für diese Entwurfsunterlagen fertig vorliegen und sie lediglich noch der Gegenzeichnung der Abteilung Planung (Übereinstimmung mit dem Plan) und der Bestätigung durch mich bzw. durch die Präsidenten oder die Leiter der Hv Raw'e und Rbbu bedürfen.

Änderungen, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind zurückzuweisen.

5. Auf den einzureichenden Planänderungsanträgen ist das Datum des Beschlusses zu vermerken.

6. Bei selbständigen Änderungen von Investvorhaben durch die Präsidenten der Rbd'en und die Leiter der Hv Raw'e und Rbbu ist ein Exemplar der Planänderungsanweisung jeweils meiner Abteilung Planung, der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission, Berlin C 2, Klosterstraße 80—85, und den jeweiligen Abteilungen bzw. Hauptabteilungen Materialversorgung und Investitionen zwecks Kontrolle und Kenntnisnahme zuzuleiten.

7. In dem monatlichen Kontrollbericht sind nur diejenigen Umstellungen zu berücksichtigen, die mit der Abteilung Planung des Ministeriums vorher abgestimmt sind. Diese Abstimmung hat am 21. und 22. eines jeden Monats mit dem Hauptreferat Investitionen zu erfolgen und ist unter Angabe von Name und Datum auf dem Kontrollbericht zu vermerken.

8. Änderungen, die der Investträger selbständig vornehmen kann, sind dem Gesetzblatt 22/54, S. 189, zu entnehmen.

9. Der DIB-Zentrale sind keine Planänderungsanweisungen mehr zuzuleiten.

10. Ich mache die Präsidenten und die Leiter der Hv Raw'e und Rbbu persönlich dafür verantwortlich, nur wirklich dringende, volkswirtschaftlich notwendige Änderungen des Investplanes vorzunehmen. Jede Änderung wirkt sich hemmend auf den Planablauf und die Erfüllung aus und kann nur verantwortet und genehmigt werden, wenn zwingende Gründe dazu vorliegen. Ich erwarte daher von allen am Investgeschehen beteiligten Stellen höchste Plandisziplin.

VI. Sonstiges

1. Kleininvestitionen

Kleininvestitionen sind Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtwertumfang je Objekt bis zu 19,9 TDM. Die Mittelanforderung ist der Abt. Planung des MfE bis zum 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember (der letztgenannte Termin gilt für das I. Quartal des kommenden Planjahres) durch die Rbd'en, Hv Raw'e und Rbbu vorzulegen. Gleichzeitig sind die Konten mit anzugeben. (Eine Verlagerung auf die Rbd'en ist vorgesehen.)

Die Überweisung selbst erfolgt durch die Hauptbuchhaltung. Eine Ausnahme hierbei bildet die Finanzierung der Gesundheits-, Kultur- und Nachwuchseinrichtungen. Gemäß der Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1954 (Seite 6—7) werden die Kosten für die Einrichtungen des Gesundheitswesens (Nachtsanatorien, Polikliniken, Ambulanzen, Sanitätsstuben, Gesundheitsstuben und Kinderkrippen)

1. für das medizinische Personal,
2. für Medikamente,
3. für Verbandsmaterial,
4. Labor- und Röntgenbedarf

von der Abteilung Gesundheitswesen des jeweiligen Kreises übernommen.

Alle übrigen Kosten, die mit der Erhaltung und Reinigung in Zusammenhang zu bringen sind, hat der Betrieb selbst zu übernehmen. Das gleiche gilt für die Betriebsberufsschulen und Lehrlingswohnheime. Für diese Nachwuchseinrichtungen übernimmt die Fachabteilung des Kreises die Kosten für

1. die pädagogischen Kräfte,

2. für Neubeschaffungen,
3. für Lehrmittel,
4. für Büro- und Schulbedarf.

Sämtliche übrigen Kosten sind vom Betrieb zu planen. Aufwendungen für Kindertagesstätten, Kinderheime und Betriebskindergärten sind in der gleichen Form wie Betriebsberufsschulen und Lehrlingswohnheime zu planen.

Diese Regelung betrifft jedoch nicht Erstaussstattungen, die nach wie vor aus Investitionsmitteln finanziert werden. Erstaussstattungen sind Einrichtungen neuer Werkstätten und Werkstatträume (nicht Bestandserweiterungen oder -vermehrungen).

2. Geräte und Werkzeuge

Die Finanzierung ist gemäß Gesetzblatt 22/54, § 2 (S. 182) vorzunehmen. Eine Ausnahme bilden auch hier Erstaussstattungen.

3. Vorhaben des Betriebsschutzes und der Transportpolizei

Die Trapo wird finanzmäßig ab 1954 als Dritter behandelt und muß für die von ihr verursachten Kosten (Strom-, Heizungs-, Fernspreckgebühren usw.) selbst aufkommen. Für sie trifft der § 4 des Gesetzblattes 22/54 (S. 185) zu, in dem es heißt:

„Investitionen in Grundmittel, die anderen Rechtsträgern zur Nutzung oder Mitbenutzung überlassen werden, sind unter Berücksichtigung oder Anordnungen vom 16. März 1953 (GBL S. 449) von demjenigen in seinen Investitionsplan aufzunehmen, der an ihrer Durchführung unmittelbar interessiert ist.

Die hierfür aufgewendeten Investmittel sind auf den überlassenden Rechtsträger umzusetzen, von diesem zu aktivieren und zu amortisieren.“

Anträge auf Aufnahme von Vorhaben der Trapo in den Investplan der Deutschen Reichsbahn sind daher — bis auf die Neubeschaffung von Kauen und deren Erstaussstattung — abzulehnen. Das Legen von Telefon- und Lichtleitungen ist aus Unterhaltungsmitteln zu bezahlen.

Der Betriebsschutz ist nach wie vor aus Investitionsmitteln der Deutschen Reichsbahn zu finanzieren.

4. Freigabe der Mittel

Bei Vorhaben unter 50 TDM erfolgt die Finanzierung auf Grund der Vorlage des mit dem Sichtvermerk der DIB versehenen betrieblichen Investitionsplanes (Formblatt 0761).

Die Freigabe der Mittel für Vorhaben ab 50 TDM erfolgt auf Grund der im Gesetzblatt Nr. 22/54, S. 187—188 und 191 vorgesehenen Unterlagen.

VII. Schlußbestimmungen

Die vorliegende Arbeitsanweisung ist nur in Verbindung mit dem Gesetzblatt Nr. 22/54 und etwa späteren Ergänzungen zu verwenden. Eine Berichtigung dieser Anweisung wird — soweit erforderlich — zu gegebener Zeit vorgenommen und veröffentlicht.

Die Verfügung „Minister — Pl III/1800/54“ vom 29. 10. 53 (Mitteilungsblatt des MfE Nr. 36/53) wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Minister

(Pl I/3070/54 v. 3. 5. 54/31 381)

gez. Chwalek

Liste der wichtigsten Kapazitäten und ihre Maßeinheiten,
die bei der Deutschen Reichsbahn bei gleichartigen Vorhaben einheitlich anzuwenden sind

Anlage 1

Fahrzeuge

Lokomotiven
Personenwagen
Güterwagen

Fachgebiet: Bahnhöfe

Empfangsgebäude
Güterabfertigungen

Fachgebiet: Bw-Lokwirtschaft

Bahnbetriebswerke

Lokleistungs-tkm

Personen-km
Tarif-tkm

Arbeitsplätze-Anzahl und umbauter Raum m³
Stückgutumschlag t/24 Std. und Lagerfläche m²

Zu behandelnde Lok/24 Std.

Fachgebiet: Bw-Wagenwirtschaft
Bahnbetriebswagenwerke**Fachgebiet: Erhöhung der Durchlaßfähigkeit**
Gleistechnische Neubauten oder Erweiterungen (einschl. Wiederaufbau) von Bahnhöfen
Gleistechnische Neubauten oder Erweiterungen (einschl. Wiederaufbau) von Strecken
Verstärkung von Oberbau und Brücken**Fachgebiet: Brücken**
Brücken (Neuinvestitionen)**Fachgebiet: Sicherungsanlagen**
wie z. B. Automatik, Bau von Stellwerken, Streckenblock usw.**Fachgebiet: Fernmeldewesen**
Basiseinrichtungen
Verkabelung**Fachgebiet: Elektrische Anlagen**
Kraftwerke**Fachgebiet: Verwaltungsgebäude**
Verwaltungsgebäude**Fachgebiet: Sonstige Anlagen**
Hoch- und Fachschulen
Als Darunterpositionen:**Fachgebiet: Versuchswesen**
Versuchswesen**Fachgebiet: Kultureinrichtungen**
KulturhäuserKlubhäuser
Kulturräume
Klubräume
Kindergärten, Kinderwochenheime, Kindertagesstätten,
Kinderhorte, Kindererholungsheime
Sportstadion und -plätze
Tennisanlagen
Kegelbahnen**Fachgebiet: Gesundheitseinrichtungen**
Polikliniken
Ambulatorien
Sanitätsstellen
Gesundheitseinrichtungen
Kinderkrippen**Fachgebiet: Sozialeinrichtungen**
WerkküchenSpeiseräume
Sozialgebäude

Erholungsheime

Fachgebiet: Nachwuchseinrichtungen
Betriebsberufsschulen
Lehrlingswohnheime
Lehrwerkstätten

Zu behandelnde Wagen/24 Std.

Wagenausgang ins Netz/24 Std.

Durchlaßfähigkeit, Zugpaare/24 Std.
Zugauslastung t/Zug

lfd. m

Durchlaßfähigkeit, Zugpaare/24 Std. oder Wagenausgang
ins Netz/24 Std. (vgl. II/9, Seite 3—4)Zahl der Fernsprechteilnehmer
Kabel km (Paarigkeit)

Elektroenergie MW

Arbeitsplätze-Anzahl und umbauter Raum m³Studienplätze — Anzahl
Seminarplätze — Anzahl
Internatsplätze — Anzahl
wissenschaftliche Arbeitsplätze — AnzahlArbeitsplätze insgesamt — Anzahl
und Arbeitsplätze für Wissenschaftler — AnzahlSaalplätze — Anzahl
Plätze in Nebenräumen — Anzahl
Plätze — Anzahl
Saalplätze — Anzahl
Plätze — Anzahl
Plätze — AnzahlPlätze — Anzahl
Spielfelder — Anzahl
Spielbahnen — AnzahlFachabteilungen — Anzahl
und ärztliche Arbeitsplätze — AnzahlRäume — Anzahl
Plätze — AnzahlEssenportionen — Anzahl
und Essenteilnehmer — Personen
Plätze — Anzahl
Plätze } *
Räume } — Anzahl
Duschen }
Wannen }

* je nach Festlegung im Bauprogramm bzw. Entwurf

Plätze — Anzahl

Lehrplätze — Anzahl
Wohnplätze — Anzahl
Arbeitsplätze — Anzahl

Die Kapazitätsbegriffe, wie Anzahl der Arbeitsplätze, Anzahl der Räume, Anzahl der Plätze sind in die entsprechenden Spalten der Formblätter 0724, 0728, 0732/0733 und 0761 so einzutragen, daß als Bezeichnung der Kapazität „Arbeitsplätze, Räume, Plätze usw.“ und als Maßeinheit „Anzahl“ erscheint.

Sofern die festgelegten Kapazitätsbegriffe nicht angewendet werden können, weil ein Kapazitätswachstum in der vorgesehenen Form nicht nachweisbar ist, sind in den entsprechenden Spalten der Formblätter 0724, 0728, 0732/0733 und 0761 kurze Angaben über den Zweck der Verwendung der Investitionsmittel, wie z. B. Ersatzinvestitionen, Erhöhung der Betriebssicherheit usw. niederzulegen.

50X1-HUM

Verfügungen und Mitteilungen

des

Ministeriums für Eisenbahnwesen

1954	Berlin, den 6. Mai	Nr. 41
------	--------------------	--------

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Betrieb

MfE 288	Schnellfahrabschnitt	392
MfE 289	Kontrolle der Lautsprecher- und Sendewagen durch Zugbegleiter auf Vollzähligkeit der Lautsprecher	394
Dresden 22	Vordrucke für den vereinfachten Nebenbahndienst	394
Erfurt 27	Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalbuch (Hauptheft)	394
Greifswald 25	Umwandlung der Zugfolgestelle Hoppenwalde in eine Zugmeldestelle	395
Greifswald 26	26. Berichtigung — Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalbuch (DV 411 a Grw)	395
Greifswald 27	Inbetriebnahme von Signalen	396
Greifswald 28	28. Berichtigung zum Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalbuch (DV 411 a Grw)	396
Greifswald 29	1. Berichtigung zum Abschnitt 21 des AzFV (DV 411 b Grw)	396
Greifswald 30	2. Berichtigung zum AzFV-Abschnitt 21 (DV 411 b Grw)	397

Maschinendienst

MfE 290	Umstellung der Feuerungsanlagen auf Rohbraunkohle und Trockenkohle	397
MfE 291	Katalog zur Eingruppierung der Meister und Lokführer	401
MfE 292	Einsatz von Lektoren für die gesellschaftspolitischen Lektionen der TAN-Externatslehrgänge in den Rba-Bezirken	401

Wagenwirtschaft

MfE 293	Zuführung von RBA an Raw	401
---------	--------------------------------	-----

Kader

MfE 294	Änderung der Richtlinien für die Übernahme und Ausbildung von Fachschulingenieuren für den technischen A-Dienst bei der Deutschen Reichsbahn (Anlage A, Mitteilungsblatt 11/52)	401
Cottbus 8	Belohnung	402
Cottbus 9	Belohnung	402
Halle 33	Belobigung und Belohnung	402

Statistik

MfE 295	Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1954 — Planteil „Kulturelle Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen“	402
---------	--	-----

Finanzen

MfE 296	Ferienverkehr 1954 — Platzkartengebühr	402
MfE 297	Abführung des Zeitungsgeldes für „Fahrt frei“	402
MfE 298	Anordnung zur Durchführung des Investitions- und Generalreparaturplans 1954	403

Materialversorgung		Seite
MfE 299	Karbidhandlaternen	404
MfE 300	Flammschutz- und Holzimprägnierungsmittel	404
Verwaltung		
MfE 301	Neuaufnahme von Pflichtmitgliedern in die Rb-Kleiderkasse	405
MfE 302	Drucksachenkartei der Deutschen Reichsbahn	405
MfE 303	Druckgenehmigung für Sonderdrucke der Deutschen Reichsbahn	408
Organisation		
MfE 304	Bahnhofsumbenennung	408
Halle 34	Änderung der Bm-Grenzen	408
Magdeburg 26	Dienststellenorganisation	408
Recht		
MfE 305	Karteibuch des Verkehrsrechts	408
MfE 306	Kostenbefreiung (§ 90 GKG, § 10 KostO)	409
MfE 307	Änderung der Dv 156, § 11 Ziff 4	409
	Wer hat?	410
	Wer braucht?	410

Betrieb

MfE 288

Nach den Arbeitsschutzbestimmungen 351 werden alle Strecken, die mit einer Höchstgeschwindigkeit von über 90 km/h befahren werden, zu Schnellfahrabschnitten erklärt. Diese gesetzliche Bestimmung macht bei der Durchführung von Schnellfahrten für den Bahnhofs- und Streckendienst besondere Maßnahmen erforderlich, die in den nachstehenden „Vorläufigen Richtlinien für den Bahnhofs- und Streckendienst bei der Durchführung von Schnellfahrten“ angeordnet werden.

Darüber hinaus wird angeordnet, daß bis zur Berichtigung der Arbeitsschutzbestimmung 351 Teil I § 17 die Anlage 2 der UVV Teil I „Merkblatt zur Verhütung persönlicher Unfälle in Gleisen mit Schnellfahrten“ und der Abschnitt XII des § 2 der UVV Teil III „Überqueren von Schnellfahrabschnitten“ mit folgender Änderung in Kraft bleiben:

Ziffer 3 der Anlage 2 UVV Teil I und Ziffer 3 des Abschnittes XII im § 2 der UVV Teil III sind handschriftlich zu ändern.

„Ein Zug mit 90 km/h legt 25 m/s,
ein Zug mit 120 km/h usw. zurück“.

(B - II - 3 Bavf v. 22. 4. 54 / 31 478)

gez. i. V. M. Lehmann

Anlage zu B - II - 3 Bavf vom 22. 4. 54

Vorläufige Richtlinien für den Bahnhofs- und Streckendienst bei der Durchführung von Schnellfahrten

I. Vorbemerkungen

1. Die nachstehenden Richtlinien ergänzen die Fahrdienstvorschriften (FV) und die Dienstvorschrift für den Bahnbewachungsdienst (Bewa V).

2. Als „Schnellfahrten“ werden im folgenden Zugfahrten dort bezeichnet, wo sie eine **Geschwindigkeit von mehr als 90 km/h** erreichen;

3. Die Reichsbahndirektionen geben die Stellen bekannt, wo „Schnellfahrten“ stattfinden, d. h. **die Stellen**, wo nach dem Fahrschaubild Geschwindigkeiten von mehr als 90 km/h zulässig sind.

Diese Stellen werden

„Schnellfahrabschnitte“

genannt.

4. Die Richtlinien gelten für Schnellfahrabschnitte, entsprechend den einzelnen Punkten, **nur für die Zeiten vor und während der Schnellfahrten.**

II. Zugmeldeverfahren

1. Abmelden.

Abzumelden ist von Zugmeldestelle zu Zugmeldestelle. Damit jedoch die Signale rechtzeitig auf Fahrt gestellt werden, ist, wo erforderlich, von der Kannvorschrift des § 15 (1) Absatz 2 FV Gebrauch zu machen. RbA treffen erforderliche Anordnungen.

2. Abgabe der Läutesignale

Die Reichsbahnämter treffen nach FV § 16 (3) die nötigen Anordnungen, damit unbedingt **rechtzeitig** abgeläutet wird. (Das Läutesignal ist genau drei Minuten vor der Durchfahrtszeit zu geben.)

III. Verhalten der Fahrdienstleiter

Die Fahrdienstleiter in den Schnellfahrabschnitten dürfen zur Zeit der Durchführung von Schnellfahrten durch keinerlei andere Dienstgeschäfte (Schalter- oder Abfertigungsdienst, schriftliche Arbeiten u. ä.) beansprucht werden. Sie haben ihr volles Augenmerk auf den Fahrdienst zu richten sowie Fernschreiber und Fernsprecher zu überwachen, um jeden Anruf sofort entgegenzunehmen. Diese ausschließliche Fahrdienstleitung beginnt zehn Minuten vor Durchführung der Schnellfahrt und endet jeweils nach Eintreffen der Rückmeldung (Entblockung);

IV. Überholungsverlegungen

Wenn bei Verspätungen von Schnellfahrten Überholungsverlegungen durchgeführt werden sollen, muß der vorfahrende Zug mindestens 5 Minuten vor der Durchfahrt der Schnellfahrt auf dem planmäßigen Überholungsbahnhof den neuen Überholungsbahnhof erreicht haben und dort zum Halten gekommen sein.

V. Bahnbewachungsdienst

A) Schrankenwärter

1. Die Schrankenwärter haben die Schranken unter Beachtung der höheren Geschwindigkeiten der Schnellfahrten entsprechend ihren Vorschriften **rechtzeitig** — mindestens jedoch drei Minuten vor der Durchfahrt der Schnellfahrten — zu schließen.

2. Langholzfahrwerke, schwere Lastkraftwagen (besonders mit Anhängern), Omnibusse und Fuhrwerke, bei denen die Möglichkeit besteht, daß sie den Wegübergang nicht glatt und ohne Stocken überqueren, sind gegebenenfalls schon vorher bei noch geöffneter Schranke vom Wärter vor dem Wegübergang anzuhalten und zum Warten bis nach Durchfahrt der Schnellfahrt aufzufordern; wo dies nicht durchführbar ist, sind die Schranken entsprechend früher zu schließen.

3. Viehherden müssen spätestens zehn Minuten vorher den Wegübergang geräumt haben.

B) Bahnwärter

1. Die Bahnwärter (Streckenläufer) haben bei Begehen der Strecke die Gleise des Schnellfahrabschnittes mindestens drei Minuten vor der Schnellfahrt zu verlassen.

2. Angekündigte Sonderschnellfahrten und Zugverspätungen von Schnellfahrten, die für seinen Dienstgang in Betracht kommen, hat er bei Dienstantritt zu erfragen und in sein Dienstbuch (Anlage 3 Bewa V) einzutragen. Er hat auf den berührten Zugfolgestellen und Schrankenposten seine Eintragungen zu vergleichen und gegebenenfalls zu ergänzen.

VI. Bahnunterhaltungsdienst

1. Jede in einem Schnellfahrabschnitt arbeitende Rotte ist mit einem tragbaren Fernsprecher auszurüsten, der in die Streckenfernsprechleitung einzuschalten ist, falls nicht vorhandene Streckenfernsprecher benutzt werden können.

Bei Arbeiten in Bahnhofsgleisen kann auch auf andere geeignete Weise schnellste Verständigung mit dem Fahrdienstleiter sichergestellt werden.

2. Vor Beginn der Arbeiten hat der Ortsaufsichtführende den Fahrdienstleitern der benachbarten Zugfolgestellen mitzuteilen, unter welchem Rufzeichen die Arbeitsstelle zu erreichen ist. Die Gespräche sind in die Fernsprechbücher einzutragen.

Alle Zugfolgestellen bringen nach FV § 24 (15) das Warnschild an.

3. Die Fahrdienstleiter haben alle Abweichungen von den bekanntgegebenen Durchfahrzeiten der Schnellfahrten von fünf Minuten und mehr und das Verkehren von Sonderschnellfahrten der Rotte so frühzeitig als möglich mitzuteilen.

Die Gespräche sind in die Fernsprechbücher einzutragen.

Bei ununterbrochener Verständigung mit der Rotte hat der Fahrdienstleiter den Zügen Vorsichtsbefehl zu geben (vgl. FV § 24 (15)).

4. Wenn für Arbeiten in Schnellfahrabschnitten das Reichsbahnamt eine Betra aufstellt, so sind etwaige Maßnahmen auf Grund der Richtlinien mitaufzunehmen.

VII. Maßnahmen bei Verspätungen und Verkehren von Sonderschnellfahrten

Die Fahrdienstleiter teilen Verspätungen der Schnellfahrten sowie Sonderschnellfahrten allen Dienstposten mit, die an der Durchführung dieser Richtlinien beteiligt sind.

VIII. Sonstige Maßnahmen

1. Bahnsteige, die während des Verkehrens von Schnellfahrten den Reisenden zugänglich sind, sind in den letzten fünf Minuten vor der Durchfahrt zu überwachen.

Die zuständige Aufsicht hat sich während dieser Zeit auf dem Bahnsteig aufzuhalten.

2. Auf den Merktafeln aller Betriebsstellen (auch Schrankenposten!) sind die Nummern der angesagten Sonderschnellfahrten durch Umrahmung **3338** besonders hervorzuheben.

Anlage

zu B - II - 3 Bavf v. 21. 4. 54

MERKBLATT

zur Verhütung persönlicher Unfälle in Gleisen mit Schnellfahrten.

1. Unterrichte dich bei den örtlichen Reichsbahndienststellen über die **Verkehrszeiten** der Schnellfahrten und über die für das Überqueren der Gleise bestimmten Übergangsstellen.

2. Benutze vorhandene Unter- oder Überführungen.

3. Überquere Schnellfahrabschnitte nur, wenn unvermeidbar.

Dabei äußerste Vorsicht!

Ein Zug mit 90 km/h legt 25 m/s, ein Zug mit 120 km/h legt 33 m/s und ein Zug mit 160 km/h 44 m/s zurück.

4. Zum Befördern von Lasten, Überführung von Karren usw. benutze nur die hierfür bestimmten Übergangsstellen.

5. 5 Minuten vor einer Schnellfahrt darfst du mit Lasten, Karren usw. die Gleise nicht mehr überqueren und nicht in die Nähe der Gleise kommen.

Abschnitt XII. Überqueren von Schnellfahrabschnitten (aus den ehem. UVV, Teil III, § 2)

A. Allgemeines

(1) Das Merkblatt zur Verhütung persönlicher Unfälle in Gleisen mit Schnellfahrten (Anlage 2 zu UVV, Teil I) ist zu beachten.

(2) Sind Unter- oder Überführungen vorhanden, so sollen diese weitestgehend, ungeachtet von Zeitverlusten, benutzt werden.

(3) Schnellfahrabschnitte dürfen in Schienenhöhe nur überquert werden, wenn es unvermeidbar ist.

Dabei ist äußerste Vorsicht zu beachten.

Ein Zug mit 90 km/h legt 25 m/s, ein Zug mit 120 km/h legt 33 m/s und ein Zug mit 160 km/h 44 m/s zurück!

(4) Besondere Vorsicht ist bei der Beförderung von Lasten, Überführung von Karren usw. geboten. Sie dürfen in den letzten 5 Minuten vor der Schnellfahrt die Gleise nicht überqueren und nicht in die Nähe der Gleise kommen.

B. Übergangsstellen

(1) Auf Bahnhöfen

a) Zur Beförderung von Lasten dürfen die Gleise nur an den vom Reichsbahnamt bestimmten Stellen (Bahnsteigübergängen, Bohlenwegen usw.) überquert werden. Soweit nötig, sind die Stellen besonders zu kennzeichnen.

b) Die Übergangsstellen sind möglichst in der Nähe von Dienstposten einzurichten, die an der Durchführung der Zugfahrten beteiligt sind (Weichenwärter usw.).
 c) Die Dienstposten sollen die Übergangsstellen gut übersehen können, damit sie durch Zuruf oder Warnsignal das unzeitliche Überschreiten der Gleise verhindern können.

d) An den Übergangsstellen vorhandene Schranken oder Gitter sind 5 Minuten vor einer Schnellfahrt zu schließen. Die Dienstposten müssen das rechtzeitige Schließen überwachen.

(2) Auf der Strecke

sind möglichst die Bahnübergänge oder solche Stellen zu benutzen, die von jedem Punkt innerhalb der Gefahrenzone nach beiden Richtungen der Strecke eine möglichst weite Sicht gewähren.

C. Unterweisung der Eisenbahner

(1) Die örtlichen Dienststellen (Bahnhof, Bm, Ga, Gepa, Bw usw.) müssen den ihnen unterstellten Eisenbahnern die Übergangsstellen und die planmäßigen Verkehrszeiten der Schnellfahrten in geeigneter Weise bekanntgeben (z. B. durch Übersichtspläne in den Diensträumen, an den Aushangtafeln usw.; von den Bahnhöfen außerdem im Bahnhofsbuch).

(2) Die Heimatdienststellen müssen die Eisenbahner, die dienstlich auch außerhalb ihrer Heimatdienststelle auf Bahnhöfen und Strecken mit Schnellfahrten tätig sind (Zugpersonale usw.), anweisen, sich örtlich stets über die Übergangsstellen und Verkehrszeiten der Schnellfahrten zu unterrichten.

(3) Jeder Eisenbahner hat die Pflicht, sich selbst stets über die Übergangsstellen und Verkehrszeiten zu unterrichten, auch hat er sich zu vergewissern, daß seine Uhr die genaue Bahnzeit angibt.

(4) Eisenbahner, die bei einer bestimmten Tätigkeit öfters die Schnellfahrabschnitte überqueren müssen, haben dies möglichst dem nächsten Posten mitzuteilen.

D. Maßnahmen bei Verspätungen und Verkehren von Sonderschnellfahrten

(1) Die Fahrdienstleiter teilen Verspätungen der Schnellfahrten sowie Sonderschnellfahrten allen Dienstposten mit, die an der Durchführung der Bestimmungen des § 2 Abschn. XII beteiligt sind.

(2) Soweit diesen Posten Übergangsstellen zur besonderen Überwachung zugewiesen sind, müssen sie diese besonders in den letzten 5 Minuten vor der Durchfahrt ständig im Auge behalten.

Falls genügend Zeit vorhanden ist, müssen sie Verspätungen und Sonderschnellfahrten 10 Minuten vor der planmäßigen Durchfahrtszeit auf bereitzuhaltenden, auffälligen Tafeln mit der Aufschrift

Achtung! Schnellfahrt verspätet!
 Voraussichtliche Durchfahrt Uhr Min.

bekanntgeben, die sofort nach Durchfahrt zu entfernen sind. Bei Ankündigung von Sonderschnellfahrten ist das Wort „verspätet“ durchzustreichen.

Wo die Bekanntgabe durch Tafeln nicht möglich ist, sind die Übergangsstellen in den letzten 5 Minuten vor der Schnellfahrt besonders scharf zu überwachen.

E. Sonstige Maßnahmen

(1) Bahnsteige, die während des Verkehrs von Sonderschnellfahrten den Reisenden zugänglich sind, müssen in den letzten 5 Minuten vor der Schnellfahrt überwacht werden.

Die zuständige Aufsicht muß sich während dieser Zeit auf dem Bahnsteig aufhalten.

(2) Auf den Merktafeln aller Betriebsstellen (auch Schrankenposten!) sind die Nummern der angesagten Sonderschnellfahrten durch Umrahmung, z. B. 3838, besonders hervorzuheben.

MfE 289

Betr.: Kontrolle der Lautsprecher- und Sendewagen durch Zugbegleiter auf Vollzähligkeit der Lautsprecher

Die in letzter Zeit häufiger vorkommenden Diebstähle von Lautsprechern aus D- und Eilzügen müssen verhindert werden.

Nicht alle Lautsprecherwagen (Nebengattungszeichen L) können von Beschäftigten des Zugfunks beaufsichtigt werden, weil oftmals L-Wagen als Ersatz- bzw. Verstärkungswagen in Zügen ohne Zugfunk laufen, oder Züge mit Zugfunk zeitweilig nicht besendet werden können. Ist ein Zug oder L-Wagen mit einem Beschäftigten des Zugfunks besetzt, kontrolliert dieser die Lautsprecher.

In allen Zügen ohne Zugfunk, in denen Lautsprecherwagen als Ersatz- bzw. Verstärkerwagen usw. laufen, und in Zügen mit Zugfunk, die ohne Zugfunksprecher bzw. Sendewagen fahren, übernehmen die Zugbegleiter die Kontrolle auf Vollzähligkeit der Lautsprecher.

Stellt der Zugführer beim Aufschreiben des Zuges fest, daß sich L-Wagen im Zuge befinden, die nicht von einem Beschäftigten des Zugfunks beaufsichtigt werden, beauftragt er die Zugschaffner mit der Kontrolle der Lautsprecher.

Die Zugschaffner überprüfen die Vollzähligkeit der Lautsprecher bei Dienstbeginn, gegebenenfalls auf den Wendebahnhöfen und bei Dienstschiuß. Das Ergebnis der Kontrolle trägt der Zugführer unter Angabe der Uhrzeit in das Stammbuch des Zuges ein.

Stellt das Zugbegleitpersonal fest, daß Lautsprecher gestohlen worden sind, ist der Diebstahl an die Trapo, Berlin-Ostgüterbf., Tel. 999/22 506 zu melden. Die Meldung muß Datum, Ort und Zeit des Diebstahls, Zug-Nr. und Wagen-Nr. enthalten und ist ebenfalls unter Angabe der Uhrzeit der Meldung an die Trapo in das Stammbuch des Zuges einzutragen.
 Gruppe Zugfunk im MfE hat mitgewirkt.

(B IV - 5 Bzub 110/54 v. 15. 4. 54 / 31 766) gez. Lange

Dresden 22

Betr.: Vordrucke für den vereinfachten Nebenbahndienst

Zu den nach der Dv 437 vorgesehenen Vordrucken wurde ein weiterer Vordruck aufgelegt, und zwar 437 05/1a Zugmeldebuch für Zugleitbahnhöfe (Titel für 5 Zuglaufstellen)

437 05/1b dgl. (Einlage).

Außerdem wurde für die Aufstellung und Bekanntgabe von Sonderzugfahrplänen für den vereinfachten Nebenbahndienst ein besonderer Leervordruck mit dem Spaltenbau nach Anlage 7 der Dv 437 mit der Vordrucknummer 499 D 26/19 gedruckt.

Die Vordrucke können beim Direktionshauptlager Dresden (Gruppe Drucksachen) bestellt werden.

(B II 1 Baon v. 15. 4. 54/12 55) gez. Griesbach

Erfurt 27

Betr.: Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalbuch (Hauptheft)

Der neue AzFV (Hauptheft) — gültig vom 1. 1. 54 an — ist nach den letzten Bedarfsmeldungen verteilt worden. Eingang überwachen. Wenn sich der Bedarf inzwischen geändert hat, sind überzählig eingegangene Druckstücke an das Rba zurückzusenden, fehlende auf dem vorgeschriebenen Wege anzufordern.

1. Berichtigung zum AzFV Erfurt (Hauptheft):

Abschnitt 10

Strecken 9 und 11. Bei Gera Hbf (Nachschieben in Ri Gößnitz bis km 22,0) in Spalte 8 den Zusatz „Bei D- und E-Zügen“ ändern in „Bei Reisezügen“.

(B II - 1a Bavfa v. 21. 4. 54 / 1202) gez. Feigel

Greifswald 25**Betr.: Umwandlung der Zugfolgestelle Hoppenwalde in eine Zugmeldestelle**

Die an der Strecke Jatznick—Ückermünde gelegene Zugfolgestelle Hoppenwalde wird mit Wirkung vom 1.5.54 zur Zugmeldestelle erklärt.

Solange die Sicherungsanlagen für die Fahrten nach und aus dem Kreuzungsgleis nicht eingerichtet sind, dürfen Kreuzungen und Überholungen in Hoppenwalde nicht stattfinden.

Müssen ausnahmsweise Kreuzungen oder Überholungen aus besonderem Anlaß vorgenommen werden, so ist nach FV § 22 (B) zu verfahren.

(B - II - 1 Ba 58 v. 13.4.54 / 315)

gez. Marg

Greifswald 26**Betr.: 26. Berichtigung — Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalbuch (DV 411 a Grw)**

Folgende Berichtigungen sind handschriftlich vorzunehmen:

a) Seite 4 — Streckenkarte

Von Löwenberg nach links neue Strecke bis Herzberg, weiter halb rechts nach oben bis Rheinsberg mit der Streckennummer 23, gerade Verlängerung von Herzberg bis km 42,7 in Richtung Neuruppin mit Streckennummer 24 einzeichnen.

b) Seite 4 — Streckenkarte

Streckennummer 46 — Gransee—Groß Woltersdorf in „47“ ändern.

c) Abschnitt 1 nachtragen Strecke 23:**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2
Löwenberg (Mark)	allen Güterzügen
Löwenberg (Mark) Dorf	allen Zügen
Linde (Mark)	allen Zügen
Grieben (für Gransee)	allen Zügen
Schönberg (Mark)	allen Zügen
Klosterheide (Mark)	allen Zügen
Dierberg	allen Zügen
Köpernitz (für Neuruppin)	allen Zügen

d) Abschnitt 3 nachtragen Strecke 23**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2	3	4	5
Löwenberg (Mark)	alle Güterzüge	Herzberg (Mark)	Gl 1, 2, 4, 5 u. 6	
Löwenberg (Mark)	alle Güterzüge	Berlin	Gl 1, 2, 4, 5, 6 u. 17	
Grieben (für Gransee)	alle Züge	Herzberg (Mark)	Gl 1 u. 3	
		u. Löwenberg (Mark)		

e) Abschnitt 7 nachtragen Strecke 23 und 24**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2
Löwenberg (Mark)	6%
Grieben (für Gransee)	6%
Herzberg (Mark)	7%
Lindow (Mark)	9%
Dierberg	9%
Köpernitz (für Neuruppin)	6%

24. Herzberg (Mark) — km 42,7 — (Neuruppin)

1	2
Herzberg (Mark)	7%

f) Abschnitt 8 nachtragen Strecke 23**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2	3	4	5	6
Löwenberg (Mark)	—	ja	ja	ja	—
Herzberg (Mark)	ja+	ja+	ja+	ja+	+ für Wagen von und nach Neuruppin
Rheinsberg (Mark)	—	ja	ja	ja	—

g) Abschnitt 9 nachtragen Strecken 23 und 24**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2	3	4	5	6
Herzberg (Mark)	alle Güterzüge	Löwenberg (Mark)	Signal Hr 3	—	—
Herzberg (Mark)	alle Güterzüge	Rheinsberg (Mark)	—	Signal Hr 3	—
Rheinsberg (Mark)	alle Güterzüge	Herzberg (Mark)	Signal Hr 3	—	—

24. Herzberg (Mark) — km 42,7 — (Neuruppin)

1	2	3	4	5	6
Herzberg (Mark)	alle Güterzüge	Neuruppin	—	Signal Hr 3	—
Herzberg (Mark)	alle Güterzüge	Löwenberg (Mark)	Signal Hr 3	—	—

h) Abschnitt 11 nachtragen Strecken 23 und 24**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2	3
Löwenberg (Mark) Dorf	allen Zügen	zugl. Rangierleiter
Grieben (für Gransee)	allen Zügen	zugl. Rangierleiter
Herzberg (Mark)	—	Rangierleiter bei allen Zügen
Lindow (Mark)	—	Rangierleiter bei allen Zügen
Dierberg	allen Zügen	zugl. Rangierleiter
Köpernitz (für Neuruppin)	allen Zügen	zugl. Rangierleiter
Rheinsberg (Mark)	—	Rangierleiter bei allen Zügen

24. Herzberg (Mark) — km 42,7 — (Neuruppin)

1	2	3
Herzberg (Mark)	—	Rangierleiter bei allen Zügen

i) Abschnitt 12 nachtragen Strecken 23 und 24**23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)**

1	2	3	4
Löwenberg (Mark)	1:145 Ri Berlin	1:145 Ri Berlin	
Löwenberg (Mark)	—	1:220 Ri Templin	
Grieben (für Gransee)	1:300 Ri Herzberg	—	
Herzberg (Mark)	1:152 Ri Neuruppin	—	
Herzberg (Mark)	1:200 Ri Lindow	—	
Lindow (Mark)	1:100 Ri Rheinsberg	—	
Dierberg	—	1:100 Ri Lindow	
Dierberg	—	1:100 Ri Rheinsberg	
Köpernitz (für Neuruppin)	—	1:200 Ri Lindow	

24. Herzberg (Mark) — km 42,7 — (Neuruppin)

1	2	3	4
Herzberg (Mark)	1:152 Ri Neuruppin	—	—
Herzberg (Mark)	1:200 Ri Lindow	—	—

k) Abschnitt 13 nachtragen Strecken 23 und 24

23. Löwenberg (Mark)—Herzberg (Mark)—Rheinsberg (Mark)

1	2	3	4
Löwenberg (Mark) Dorf	28	—	—
Linde (Mark)	23+	—	—
Grieben (fr. Gransee)			+ wegen Fehlens eines Bahnsteiges am Kreuzungsgleis von 2 Reisezügen nur durch Wegsetzen des zuerst eingefahrenen Zuges möglich
Herzberg (Mark)	20	70	—
Schönberg (Mark)	28	—	—
Lindow (Mark)	32	50	—
Klosterheide (Mark)	28	—	—
Dierberg	28	—	—
Köpenitz (fr. Neuruppin)	28	—	—
Rheinsberg (Mark)	32	90	—

24. Herzberg (Mark) — km 42,7 — (Neuruppin)

Herzberg (Mark)	25	70	—
-----------------	----	----	---

l) In folgenden Abschnitten ist die Bezeichnung der Strecke

Gransee—Groß Woltersdorf von 46 in „47“ zu ändern:

- Abschnitt 1
- Abschnitt 7
- Abschnitt 11
- Abschnitt 12
- Abschnitt 13
- Abschnitt 28

(B - II - 1 Bavfa v. 5. 4. 54 / 315)

gez. Marg

Greifswald 27

Betr.: Inbetriebnahme von Signalen

Auf Bahnhof Lietzow der Strecke Stralsund—Saßnitz wurden die Ausfahrersignale

Vh in km 260,176 für das Ausfahrersignal H in Richtung Saßnitz

Vb in km 261,401 für das Ausfahrersignal B in Richtung Bergen

in Betrieb genommen.

Außerdem ist das Einfahrersignal A in km 259,747, Einfahrt aus Richtung Bergen, mit einem Ve-5-Signal (Ersatzsignal) ausgerüstet worden.

(B - II - 1 Baos v. 20. 4. 54 / 315)

gez. Marg

Greifswald 28

Betr.: 28. Berichtigung zum Anhang zu den Fahrdienstvorschriften und zum Signalebuch (DV 411a Grw)

Folgende Berichtigungen sind sofort durchzuführen:

- a) Abschnitt 1 Strecke 18 Jatznick—Ückermünde. Hoppenwalde mit allen Angaben streichen.
- b) Abschnitt 4 Strecke 1 Löwenberg (Mark)—Neustrelitz—Stralsund bei Gransee Spalte 2 Signal F² in „H²“ ändern.
- c) Abschnitt 11 Strecke 47 Gransee—Groß Woltersdorf über Hst Schönermark nachtragen:
Spalte 1 Bf Gransee
Spalte 2 allen Zügen
Spalte 3 —

(B - II - 1 Bavfa v. 22. 4. 54 / 315)

gez. i. V. Stein

Greifswald 29

Betr.: 1. Berichtigung zum Abschnitt 21 des AzFV (DV 411b Grw)

Folgende Ergänzungen sind sofort nachzutragen:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

a) Strecke 2 Rüditz—Angermünde—Stralsund

Ri Rüditz—Stralsund unter Rüditz

—	1	Angermünde	A	71,72	71,76	0,04	—	W 300	50	—	—
---	---	------------	---	-------	-------	------	---	-------	----	---	---

Spalte 2 bei Stralsund „1 in 2“ ändern.

Ri Stralsund—Rüditz unter Stralsund nachtragen:

—	1	Angermünde	E	71,81	71,77	0,04	—	W 500	60	—	—
---	---	------------	---	-------	-------	------	---	-------	----	---	---

b) Strecke 6b bei Passow in Spalte 8 „Behelfs-Behelfs“ in „Behelfsbrücke“ ändern.

c) Strecke 24 zwischen (Neuruppin) und Herzberg (Mark) einfügen: — „Km 42,7“ —

d) Strecke Bergen—Ost—Altenkirchen

a) Ri Bergen Ost—Altenkirchen unter Bergen Ost nachtragen:

—	1	Neuendorf		15,73	15,76	0,03	—	Behelfsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 15,700
---	---	-----------	--	-------	-------	------	---	---------------	----	---	--------------------------

b) Ri Altenkirchen—Bergen Ost unter Altenkirchen

—	1	Neuendorf		15,77	15,74	0,03	—	Behelfsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 15,800
---	---	-----------	--	-------	-------	------	---	---------------	----	---	--------------------------

e) Strecke 34 Velgast—Tribsees

a) Ri Velgast—Tribsees unter Forkenbeck nachtragen:

—	3	Tribsees		28,357	28,367	0,01	—	Behelfsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 28,200
---	---	----------	--	--------	--------	------	---	---------------	----	---	--------------------------

b) Ri Tribsees—Velgast unter Tribsees nachtragen:

—	1	Tribsees		28,350	28,340	0,01	—	Behelfsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 28,500
---	---	----------	--	--------	--------	------	---	---------------	----	---	--------------------------

In Spalte 2 die Zahlen von 1—3 ändern in 2—4

(B - II - 1 Bavfa v. 6. 4. 54 / 315)

gez. Marg

Betr.: 2. Berichtigung zum AzFV-Abschnitt 21 (DV 411b Grw)

Greifswald 30

Folgende Berichtigungen sind sofort handschriftlich durchzuführen:

a) Strecke 7 Neustrelitz—Feldberg

unter a) Ri Neustrelitz—Feldberg im Text zwischen Neustrelitz und Feldberg nachtragen:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
—	1	Thurow	4,820	4,960	0,14	—	Behellsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 4,500

In Spalte 2 bei Feldberg 1 in „2“ ändern:

unter b) Ri Feldberg—Neustrelitz im Text unter Feldberg nachtragen:

—	1	Carpin	4,960	4,820	0,14	—	Behellsbrücke	10	—	$\frac{10}{V}$ km 5,285
---	---	--------	-------	-------	------	---	---------------	----	---	-------------------------

b) Strecke 12 Eberswalde—Templin—Fürstenberg

unter a) Ri Eberswalde—Fürstenberg bei 4 Anschl. Götschendorf in Spalte 8 nachtragen „und unübersichtlicher Übergang“,

Spalte 9 = 40 in „15“, Spalte 11 = 40 in „15“ und km 79,750 in „km 79,740“ ändern.

unter b) Ri Fürstenberg—Eberswalde

bei Anschl. Götschendorf in Spalte 8 nachtragen „und unübersichtlicher Übergang“, Spalte 9 = 40 in „15“, Spalte 11 = 40 in „15“ und km 80,050 in „km 80,300“ ändern.

c) Strecke 47b unter Groß Woltersdorf nachtragen:

—	—	Gransee E	0,30	—	—	—	—	30	—	$\frac{30}{V}$ km 0,662 Stumpigleis 9
---	---	-----------	------	---	---	---	---	----	---	--

(B - II - 1 Bavfa v. 22. 4. 54 / 315)

gez. i. V. Stein

Maschinendienst

MfE 290

Betr.: Umstellung der Feuerungsanlagen auf Rohbraunkohle und Trockenkohle

Auf Grund der Ministerratsbeschlüsse vom 30.11.53, 28.1.54 und 12.3.54, in denen der Umbau der Feuerungsanlagen von Steinkohlen, Briketts und Koks auf Rohbraunkohle behandelt wird, werden die Werkleiter und Leiter der Verwaltungen zu folgenden Maßnahmen verpflichtet:

1. Alle Betriebe, die Briketts, Steinkohlen und Koks verbrauchen, müssen das Tempo der Umstellung der Feuerungsanlagen so beschleunigen, daß im Jahre 1954 mindestens 15% des bisherigen Verbrauchs an Briketts, Steinkohlen und Koks durch Rohbraunkohle ersetzt wird. Der Schwerpunkt ist auf die Verwendung von Rohbraun-Förderkohle zu legen. Die in Berlin mit dem Riedelschen Treppenrost durchgeführten Versuche haben gezeigt, daß auch in Niederdruckkesseln Förderkohle mit Erfolg verwendet werden kann. Alle Niederdruckkessel sind daraufhin zu untersuchen mit dem Ziel, diese Methode generell anzuwenden, um bei Außentemperaturen bis zu minus 2° in den Niederdruckkesseln 100prozentig Rohbraunkohle zu verfeuern.
2. Die Mehrkosten, die beim Austausch von Briketts, Steinkohlen und Koks gegen Rohbraunkohle und Trockenkohle entstehen, sind gesondert abzurechnen. Bei Jahresschluß ist darüber Bericht zu erstatten.
3. In allen Fällen, in denen durch den Austausch der Kohle überdurchschnittliche körperliche Anforderungen der Heizer- und Kohlenfahrer entstehen, ist dafür zu sorgen, daß von der manuellen zur mechanischen Bekohlung übergegangen wird.
4. Bis zur Veränderung der Arbeitsbedingungen können Heizer und Kohlenfahrer erforderlichenfalls über den Arbeitskräfte- und Stellenplan hinaus beschäftigt werden. In den Analysen zur Arbeitskräfteplanabrechnung ist dieser Mehrverbrauch an Arbeitskräften mit den gezahlten Lohnsummen besonders zu begründen.

Zusätzliche Heizer auf Lokomotiven sind nicht vorgesehen.

5. Für die Umstellung größerer Feuerungsanlagen werden aus einem Sonderfonds in Kürze Mittel bereitgestellt; die gemäß Verfügung vom 10. 2. 54 Hv M, M-IV-1 geforderten Unterlagen liegen der Zentralstelle für Wärmewirtschaft vor. Nach Prüfung durch den Sonderbevollmächtigten der Regierung für die Brennstoffversorgung erfolgt Zuteilung der Mittel.
6. Die Organisation des Wettbewerbs in den einzelnen Wettbewerbsgruppen für den Austausch von Briketts gegen Rohbraunkohle im Jahre 1954 durch die Gewerkschaften ist tatkräftig zu unterstützen.
7. Die besten Rationalisatoren und Erfinder, die durch ihre Verbesserungsvorschläge die wirtschaftlichere Verwendung der festen Brennstoffe ermöglichen, sind bei den Auszeichnungen in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung besonders zu berücksichtigen.
8. Bei Neu- und Umbau ist grundsätzlich als Brennstoffbasis Rohbraun-Förderkohle zu verwenden.
9. Die Rbd und Raw melden dem MfE — Hv M - M-IV erstmalig zum 15. 6. 54 das zu den einzelnen Punkten Veranlaßte. Fortlaufend alle zwei Monate ist anschließend zu berichten.
10. Für die auftretenden Mehrkosten bei allen Dienststellen außer Raw gilt folgendes: Es ist zu unterscheiden zwischen
 - a) einmaligen Aufwendungen für die Umstellung bzw. Mechanisierung der Feuerungsanlagen,
 - b) Mehrkosten, die laufend durch die Verwendung von Rohbraunkohle entstehen.

Zu a): Soweit es sich um einmalige Aufwendungen handelt, die nach ihrer Art gemäß den gesetzlichen Bestimmungen keine Investitionen sind, sind sie wie laufende Aufwendungen zu behandeln (siehe b). Soweit es sich um Maßnahmen handelt, die ihrer Art nach Investitionen darstellen, sind sie abrechnungsmäßig wie Investitionen zu behandeln (siehe auch Ziffer 5).

Zu b): Für den Nachweis der Mehrkosten, die ihrer Art nach nicht Investitionen sind, gilt im einzelnen folgendes:

1. Einmalige Kosten der Umstellung und Mechanisierung (soweit nicht Investitionen) sind von den leistenden Rb-Stellen unter besonderen Auftragsnummern des Kostenträgers „sonstige Leistungen für die Rbd“ zu erfassen, im BAB unter diesem Kostenträger abzurechnen und der Rbd am Monatsschluß in besonderen Rechnungen (nicht in der Monatsrechnung) mit dem Stichwort „Umstellungskosten Rohbraunkohle“ zu berechnen. Die Rbd bucht diese Rechnungen per Konto 4907. Dieses Konto ist mit der Bezeichnung „Umstellungskosten Rohbraunkohle“ neu einzurichten. Am Quartalschluß bucht die Rbd zur Entlastung der Kontenklasse 4 den beim Konto 4907 gebuchten Gesamtbetrag per Konto 955 „Gewinnabführung“ an Konto 4979 „sonstige innerhalb der DR verrechnete Kostenanteile“. Im Kontrollbericht sind diese Beträge im Kontrollblatt V 1 Seite 5 als Fußnote mit dem Stichwort „Umstellungskosten Rohbraunkohle“ zu vermerken.

2. Laufende Kosten:

Bei den Bw/Bww entstehen aus der Verwendung von Rohbraunkohle als Lokkohle bei den Kostenträgern der „Zugförderung“ keine Kostenabweichungen. Das ergibt sich aus dem Grundsatz der Lokkohle-Verrechnung zum einheitlichen Tendersverrechnungspreis von 19 DM je Tonne Briketteinheit, also 7,60 DM je Tonne Rohbraunkohle (entsprechend dem Umrechnungsfaktor von 0,4).

Beim Kostenträger „Lokbekohlung“ wird sich durch die Verwendung von Rohbraunkohle die Anzahl der zu verladenden Tonnen ändern. Die Kosten je ME (t) werden dadurch nicht unmittelbar berührt. Solange keine Mechanisierung erfolgt ist, kann aber die vermehrte Beschäftigung von Kohlenladern erforderlich werden, wodurch der Lohnfonds stärker in Anspruch genommen oder überschritten wird.

Diese Mehrkosten sind statistisch gemäß Anlage 1 zu errechnen. Die Anlage 1 ist dem Monats-BAB III beizufügen und auf Rbä- und Rbd-Ebene in den Ziffern 1 bis 4, 6, 8 und 9 zusammenzustellen. An das MfE sind mit dem Auswertungstreifen des BAB III des Quartals die Anlagen 1 der drei letzten Monate (je Monat besonders) zweifach einzusenden.

Die Bkw und Ölgasanstalten haben die laufenden Mehrkosten gemäß Anlage 2 zu ermitteln. Anlage 2 ist ebenfalls dem BAB III beizufügen, von den Rbä und Rbd zusammenzustellen und dem MfE mit dem Auswertungstreifen des BAB III des Quartals für die letzten drei Monate (je Monat besonders) zweifach zu übersenden.

Die anderen Dienstzweige (außer RA W) verfahren sinngemäß unter Verwendung der Anlage 2.

11. Bezüglich der Erfassung und Finanzierung der Mehrkosten bei den Raw wird angeordnet:

a) Einmalige Kosten der Umstellung und Mechanisierung der Feuerungsanlagen (soweit nicht Investitionen) sind unter besonderer Auftragsnummer abzurechnen. Für den Nachweis im BAB gilt folgendes:

Die anfallenden Kosten sind zunächst bei der leistenden Kostenstelle nachzuweisen. In Zeile 51 (BAB I, Blatt 2) erfolgt die Umlage auf einer neu zu bildenden Kostenstelle „Umstellungskosten Rohbraunkohle“ im Zusatzbereich. Die anteiligen Gemeinkosten werden mit dem Planzuschlagsatz lt. Betriebsplan den leistenden

Kostenstellen gutgebracht. Im BAB II und III sind diese Kosten ebenfalls unter der Bezeichnung „Umstellungskosten Rohbraunkohle“ nachzuweisen.

b) Laufende Kosten entstehen aus der Verwendung von Rohbraunkohle an Stelle von Braunkohlenbriketts usw. für die Befeuerung der betrieblichen Energie- und sonstigen Kesselanlagen (z. B. Holztrocknungsanlage mit eigenem Heizkessel usw.). Die entstandenen Mehrkosten sind in der beigefügten Anlage 2 zu errechnen. Die Ermittlung der Mehrkosten hat ab 1. 1. 54 — je Monat gesondert — zu erfolgen. Fehlanzeige ist erforderlich. Eine Umlage der entstandenen Mehrkosten auf die Kostenstellen des Fertigungsbereiches hat nicht zu erfolgen.

1. Die bei den Kostenstellen der Energieerzeugung im Allgemein- und Hilfsbereich nach der Umlage verbleibenden Kosten stellen die in Anlage 2 ermittelten Mehrkosten dar. Auf diese Mehrkosten werden im BAB II keine Zuschläge berechnet.

2. Soweit Mehrkosten bei Kesselanlagen innerhalb der Fertigungsbereiche entstehen (z. B. Holztrocknungsanlagen mit eigenem Kessel) sind die ermittelten Mehrkosten entsprechend auszusondern. Für den Nachweis im BAB II und III gilt sinngemäß das Vorgesagte.

c) Die Mehrkosten gemäß Ziff. 11 a dieser Anweisung sind aus dem Bruttogewinn der Raw zu finanzieren (Buchung per Konto 9550 an Konto 639).

d) Soweit Mehrkosten bei verlustgeplanten Raw entstehen, sind rechtzeitig Voranschläge über die finanziellen Auswirkungen aufzustellen und als zusätzliche Stützungen außerhalb des Kassenplanes monatlich anzufordern.

12. Bei der Errechnung von Prämien auf Grund der Verordnung für das ingenieurmännliche und kaufmännische Personal, von Zuführungen zum Direktorfonds, bei Wettbewerbsauswertungen usw. sind die durch den Einsatz von Rohbraunkohle an Stelle von Steinkohle, Braunkohlenbriketts und Koks entstandenen und ordnungsgemäß nach Ziff. 10 b und 11 a und b nachgewiesenen Mehrkosten bei der Ermittlung des Betriebsergebnisses entsprechend zu berücksichtigen.

13. Die Rbd melden der Rbd Dresden — Mv — sofort ihren Bedarf an Vordrucken für die Anlagen 1 und 2 (Jahresbedarf). Die Rbd Dresden — Mv — hat schnellstens diese Anlagen drucken zu lassen und zu versenden. Bis zum Eintreffen dieser Vordrucke sind die Anlagen mit Schreibmaschine herzustellen.

14. Die Mehrkosten für Dienstgutfrachten werden nur von der Hb des MfE auf Grund des von der Hv M zu gebenden Gesamtverbrauchs an Rohbraunkohle berücksichtigt.

15. Minderkosten für Lokkohle, die sich aus der Differenz zwischen dem Einstandspreis verwendeter Rohbraunkohle und den Einstandspreisen geplanter Braunkohlenbriketts bzw. Steinkohle ergeben, finden ihren Niederschlag im Preisdifferenzkonto 290 bzw. 291 und werden nur auf MfE-Ebene durch Gegenüberstellung der tatsächlich verbrauchten Kohlensorten zu den geplanten Kohlensorten ermittelt.

GKB-Nr. 004 109 ist erteilt.

(Stellv. des Ministers

M - IV

Hb II-2 — v. 22. 4. 54/31 344)

F II

Raw Hb 1

gez. i. V. Lehmann

Anlage 1

zum BAB III

Gruppe Maschinendienst (Bw/Bww)

Rbd Rba Monat 195.....

Dienststelle

Nachweis der Mehrkosten,

die beim Kostenträger „Lokbekohlung“ durch den Einsatz von Rohbraunkohle an Stelle von Steinkohle, Braunkohlenbriketts und Braunkohlenschwelkoks entstanden sind.

- 1. Geplante Lokbekohlung t
- 2. Geplante Arbeitskräftezahl in der Kostenstelle 552
- 3. Ist- " " " 552
- 4. Mehr- " " " 552
- 5. $\frac{\text{Geplante Lokbekohlung t (Ziffer 1)}}{\text{Geplante Arbeitskräfte (Ziffer 2)}} = \text{geplante t-Leistung je Arbeitskraft t}$
- 6. Verladene Rohbraunkohle t, davon 60 % = mehr verladene t
- 7. $\frac{\text{Mehr verladene t (Ziffer 6)}}{\text{Planmäßige t-Leistung je Arbeitskraft t}} = \text{Höchstzulässiges Mehr an Arbeitskräften}$
- 8. Löhne für Mehr-Arbeitskräfte (Ziffer 4, höchstens Ziffer 7) laut Arbeiterlohnkonten bzw. Zuordnungslöhne DM
+ Soziale Kosten bzw. Zuordnungszuschläge DM
Mehrkosten des Monats DM
- 9. Mehrkosten von Beginn der Umstellung auf Rohbraunkohle bis einschließlich Berichtsmonat DM

Dienststellenleiter*)
Gruppenleiter*)

Hauptbuchhalter

Betriebsabrechner

Ruf Datum

Ruf Datum

Ruf Datum

*) Nichtzutreffendes streichen.
Bestell-Nr. 239 259

Anlage 2

zum BAB III

Gruppe

Rbd Rba Monat 195

Dienststelle

Nachweis der Mehrkosten

die durch den Einsatz von Rohbraunkohle an Stelle von Steinkohle, Braunkohlenbriketts und Braunkohlenschwelkoks entstanden sind.

1. Für die erzeugte Menge von

..... kWh Strom

..... m³ Ölgas

.....

2. wurden geplant

Preis je t

DM gesamt

..... t Steinkohle

..... t Braunkohlenbriketts

..... t

..... t

3. wurden verbraucht

Summe

DM

..... t Steinkohle Preis je t DM gesamt

..... t Braunkohlenbriketts

..... t Rohbraunkohle

..... t DM

4. Material-Mehr-Minderkosten*) des Monats DM**5. Für die Ist-Ezeugung geplante Arbeitskräfte****6. Ist-Arbeitskräfte****7. Mehr-Arbeitskräfte****8. Löhne für die Mehr-Arbeitskräfte laut Arbeiterlohnkonten bzw. Zuord-**

nungslöhne DM

+ soziale Kosten bzw. Zuordnungszuschläge DM DM

9. Gesamt-Mehr-Minderkosten*) des Monats DM**10. Mehrkosten von Beginn der Umstellung auf Rohbraunkohle bis einschließlich Berichtsmonat**

a) Material DM

b) Löhne und soziale Lasten DM

c) gesamt DM

Dienststellenleiter*)
Gruppenleiter*)

Hauptbuchhalter

Betriebsabrechner

Ruf Datum

Ruf Datum

Ruf Datum

*) Nichtzutreffendes streichen

Bestell-Nr. 239 260

MfE 291**Betr.: Katalog zur Eingruppierung der Meister und Lokführer**

hier: Änderung der Verfügung M I - 53 v. 28. 5. 53

Bei wiederingestellten Lokführern wird nach sechsmonatiger Tätigkeit als Lokführer die frühere bei der Deutschen Reichsbahn geleistete Tätigkeit auf die Wartefrist angerechnet.

Bei wechselseitigem Dienst als Lokführer ist die Lokführertätigkeit anteilmäßig auf die im Katalog verankerte drei- und fünfjährige Wartefrist für M II und M III anzurechnen.

Bei der Änderung der Verfügung M I - 53 vom 28. 5. 53 haben die Abteilung Arbeit des Ministeriums für Eisenbahnwesen und der Zentralvorstand der IG Eisenbahn mitgewirkt.

(M 6 v. 26. 4. 54 / 31 652)

gez. i. A. Wieser

MfE 292**Betr.: Einsatz von Lektoren für die gesellschaftspolitischen Lektionen der TAN-Externatslehrgänge in den Rba-Bezirken****Bezug:** MfE, Hv M, M 8 — 130/54 vom 2. 4. 54

In der Verfügung MfE, Hv M, M 8 - 130/54 v. 2. 4. 54 war festgelegt, daß die gesellschaftspolitischen Lektionen von Lektoren der Polit-Abteilungen der zuständigen Rbd bzw. Rbä übernommen werden.

Auf der Arbeitstagung am 7. 4. 54 in Leipzig, Hauptbahnhof, Kulturraum, haben wir vom MfE, Abteilung Arbeit, erfahren, daß den Polit-Abteilungen durch den

fast gleichzeitigen Anlauf der Externatslehrgänge sämtlicher Dienstzweige der DR in den Rba-Bezirken sowie durch ihre ursächlichsten Aufgaben nicht immer die Lektoren für die gesellschaftspolitischen Lektionen zur Verfügung stehen.

Die Polit-Abteilungen sind gemäß den Weisungen der Polit-Verwaltung des MfE bereit, soweit als möglich zu helfen. Es ist also notwendig, daß in allen Fällen, in denen keine Lektoren der Polit-Abteilungen der RBD bzw. der Rbä zur Verfügung stehen, diese Lektionen von qualifizierten Funktionären der RBD oder der Rbä — Verwaltung des Maschinendienstes — gehalten werden.

Die Lektionen bzw. Dispositionen sind mit der Polit-Abteilung der RBD oder des Rba im Kollektiv zu beraten. Im Einverständnis mit der Polit-Verwaltung des MfE wird die Möglichkeit gegeben, in die Dispositionen der Betriebsparteischulen Einsicht zu nehmen.

Des weiteren ist im Einverständnis mit dem ZV der IG Eisenbahn festgelegt, daß soweit als möglich Gewerkschaftsfunktionäre der Bezirks- bzw. Gebietsvorstände für diese Aufgabe mit einzusetzen sind.

Eine entsprechende Mitteilung hat der ZV der IG Eisenbahn an die Bezirks- und Gebietsvorstände gegeben.

Die Rbd'en sind verpflichtet, ihre Reichsbahnämter anzuweisen, bei bestehenden Einsatzschwierigkeiten mit den genannten Stellen in unmittelbare Verbindung zu treten, um die Durchführung der gesellschaftspolitischen Lektionen sicherzustellen.

Nach Mitteilung des MfE, Hauptbuchhaltung, ist das Konto 4920 nicht anzuwenden, sondern das Konto 415.

(M 8 - 130/54 v. 26. 4. 54)

gez. i. A. Wieser

Wagenwirtschaft**Betr.: Zuführung von RBA an Raw MfE 293**

In letzter Zeit werden von den Bw/Bww in verstärktem Maße Reisezugwagen der Schadgruppe RBA, die nach Überprüfung des Arbeitsaufkommens und der festgestellten Schäden im Heimat-Bw/Bww instand gesetzt werden können, den Raw zur Ausbesserung zugeführt. In besonders starkem Maße sind hier die Rbd Berlin und Halle beteiligt. Durch diese Handlungsweise werden vom Raw Kräfte zur Ausbesserung der RBA gebunden, die in der planmäßigen Schadgruppeneuf-

arbeitung der Raw dann fehlen. Außerdem werden diese Wagen unnötig lange dem Verkehr entzogen.

Wagen der Schadgruppe RBA dürfen in Zukunft nur dann zum Raw geschickt werden, wenn eine Ausbesserung in den Bw/Bww mit den eigenen Kräften und Einrichtungen nicht durchgeführt werden kann. In solchen Fällen ist vor Absendung der Wagen die Zustimmung des zuständigen WBS-Leiters einzuholen, der nach gründlicher Überprüfung die Genehmigung auf dem Rotzettel vermerkt.

(W - II - 2 Fuwp v. 20. 4. 54 / 31 951)

gez. i. V. Peters

Kader**MfE 294****Betr.: Änderung der Richtlinien für die Übernahme und Ausbildung von Fachschulingenieuren für den technischen A-Dienst bei der Deutschen Reichsbahn (Anlage A Mitteilungsblatt 11/52)**

Der § 8 Absatz 1 der Anlage A zum Mitteilungsblatt 11/52 erhält folgende neue Fassung:

„1. Anwärter, die ihre reichsbahnseitige Ausbildung beendet haben, werden zum Abschlußlehrgang einberufen. Am Ende des Abschlußlehrganges ist die Prüfung für den technischen A-Dienst, die nicht eine Wiederholung der Ingenieurprüfung sein darf, abzulegen.

Die Prüfung ist obligatorisch für alle Teilnehmer und besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

In der Prüfung sollen die von dem Anwärter während seiner Ausbildung erworbenen eisenbahnseitigen Kenntnisse festgestellt werden.

Die Prüfungsthemen müssen daher ausschließlich auf die Behandlung von eisenbahnfachtechnischen Problemen abgestimmt sein.

Die Prüfungskommission wird von der jeweiligen Abteilung Kader der Rbd, in der die Rb-Schule liegt, nach Bestätigung durch das MfE einberufen.“

Das Ministerium für Eisenbahnwesen ordnet daher an, daß ab sofort an den Rb-Schulen mit Fachlehrgängen, wo Abschlußlehrgänge für technische A-Dienstwärter durchgeführt werden, schriftliche und mündliche Abschlußprüfungen durchzuführen sind.

(K II-a/50/54 v. 26. 4. 54 / 31 373)

gez. i. V. Jonack

Betr.: Belohnung**Cottbus 8**

Am 8.3.54 durchfuhr der Sdz 19196 um 2 Uhr den Bahnhof Vetschau. Bei der Vorbeifahrt am Stellwerk Vn stellte der Weichenwärter Gerhard Piesker einen harten Schlag fest und sah Funken aufleuchten. Er veranlaßte sofort das Stellen des Zuges auf der nächsten Blockstelle. Bei der Untersuchung des Zuges wurde festgestellt, daß eine eiserne Runge über das Profil hinausragte und somit eine drohende Betriebsgefahr bestand. Der Ww Piesker vom Bf Vetschau hat durch besondere Aufmerksamkeit und folgerichtiges Handeln weitere Gefahren verhindert. Er wurde hierfür mit einer Geldprämie ausgezeichnet.

(B - II - 3 Bu v. 14.4.54)

gez. Thiemann

Betr.: Belohnung**Cottbus 9**

Am 15. 4. 54 wurde vom Lokführer Kunze, Bw Hoyerswerda, der den Pz 653 beförderte, bemerkt, daß fünf Masten infolge starken Sturmes über dem Gleis Lauchhammer West—Plessa lagen. Lokführer Kunze erkannte die Gefahr, die dem P 660 drohte, und stellte diesen

Zug. Die Masten wurden von den Lokpersonalen entfernt. Kollege Kunze und der Kollege Jütlich, Lokheizer, werden für Abwendung einer Betriebsgefahr nach der DO mit einer Prämie ausgezeichnet.

(Org - Oa v. 20. 4. 54/211)

gez. Lehmann

Betr.: Belobigung und Belohnung**Halle 83**

Der Kollege Lokführer Heinz Gasch beförderte am 16.3.54 den Pz 3411 von **Leipzig Hbf** nach **Treben-Pauschwitz**. Unterwegs riß das Gewindestück des mittleren Prüfhahnes des Wasserstandes ab. Der Kegel wurde aus dem Gehäuse gedrückt. Dampf und Wasser traten aus. Kollege Gasch hat unter Einsatz seiner Person sofort das Feuer vom Rost entfernt und damit einen größeren Lokscha den verhütet.

Er wurde nach der Disziplinarordnung § 5 a) u. c) mit einer Belobigung und einer Prämie von 50 DM ausgezeichnet.

(Bw Leipzig-Hbf-Süd - K - v. 4.54)

gez. Carl

Statistik**MfE 295****Betr.: Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1954 — Planteil „Kulturelle Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen“**

Die Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1954 — Planteil „Kulturelle Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen“ erfolgt mit Stichtag 15.5.54.

Die Rbä, Raw'e und die dem MfE unterstellten Stellen sowie die Rbbu erhalten die Formblätter und Erläuterungen durch die zuständigen Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Die Rbä füllen die Formblätter in 3facher Ausfertigung aus, wovon 1 Exemplar an die zuständige Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 1 Exemplar an die zuständige Rbd weiterzuleiten ist. Ein Exemplar verbleibt bei dem Rba. Das Rba fertigt außer einer Gesamtzusammenstellung noch eine Zusammenstellung nach Bezirken und reicht diese Meldungen einfach bei der Rbd ein. Die Rbd'en konzentrieren die Ergebnisse ihrer Rbä nach Bezirken, fügen

diesen Aufstellungen eine Gesamtzusammenfassung bei und reichen den Bericht an die Abteilung Statistik des MfE ein.

Die zusammenfassenden Stellen, die ihren Sitz in Berlin haben, reichen ihre Zusammenstellung auf Formblatt B/KGS der Abteilung Statistik bei Magistrat von Groß-Berlin ein.

Die Verwaltung Heime, Schulen, Chemische Versuchsanstalt, Reichsbahnbauunion der DR verfahren sinngemäß.

Die Raw'e füllen die Formblätter ebenfalls in 3facher Ausfertigung aus und reichen eine Ausfertigung an die zuständige Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ein. Die zweite Ausfertigung ist an das MfE zu senden, die dritte verbleibt im Betrieb.

Die Veränderungen gegenüber dem Stand vom 15.12.53 sind auf der Rückseite des Formblattes unter der Rubrik „Bemerkungen“ kurz zu begründen.

Vor dem Ausfüllen der Formblätter sind eingehend die Erläuterungen und Begriffsbestimmungen zur Planberichterstattung 1954 zu studieren.

(St 6 b 472/54 v. 28. 4. 54/31 956)

gez. i. V. Jerisch

Finanzen**MfE 296****Betr.: Ferienverkehr 1954 — Platzkartengebühr**

Bezug: Verkehrsdienstliche Mitteilungen — VM Nr. 84/17/54

Die Abrechnung der aus dem Verkauf von Platzkarten (gemäß Bezugsverfügung) erzielten Erlöse ist wie folgt vorzunehmen:

Die Fka erheben bei Ausgabe der Platzkarten für die Feriensonderzüge (FS) und Ferienwagen (FW) eine Gebühr von 0,25 DM je Karte. Sie liefern diese vereinbarten Beträge ohne besondere Verbuchung als Verschiedene Erträge mit ihrer planmäßigen Ablieferung an die Bfskasse ab. Im Ablieferbuch ist zu vermerken: „Platzkartengebühr für DER“

Die Bfskassen behandeln die Beträge als Verschiedene Erträge und melden sie dem Rba mit dem Verzeichnis über die in den Kassenlisten verbuchten Verschiedenen Erträge bis zum 3. des Nachmonats als „Platzkartengebühren für DER“.

Die Rbä überweisen die von den Bfskassen gemeldeten Beträge jeweils am 15. des Nachmonats an das Deutsche

Reisebüro, Bezirksbüro Berlin, Bankkonto: Berliner Stadtkontor 2/7603, Berlin W 8.

(F I - 1/178/54 v. 23. 4. 54 / 33 561)

gez. Hielscher

MfE 297**Betr.: Abführung des Zeitungsgeldes für „Fahrt frei“**

Um den Einzug der Abonnementsgelder für die „Fahrt frei“ einheitlich bei allen Rb-Stellen zu regeln, tritt ab 1.5.54 folgendes Verfahren in Kraft.

Die „Fahrt frei“ läßt Pendellisten in zweifacher Ausfertigung von den Verteilern der Zeitschrift in den Betrieben aufstellen, die für ein ganzes Jahr bestimmt sind und folgende Spalten aufweisen:

195...	geliefert wurden			eingezahlt wurden			Bahn-	Unter-
	Nr.	Stück	Betrag	Nr.	Stück	Betrag		
Januar								
Februar								

Der Verteiler der Zeitung hat die von ihm kassierten Zeitungsgelder bis spätestens zum Letzten des Bezugsmonats bei der Bfsskasse unter Vorlegung der beiden von ihm ausgefüllten Pendellisten einzuzahlen. Die Bfsskasse quittiert auf der Erstschrift über den Empfang des Betrages und übergibt bzw. übersendet sie dann wieder dem Verteiler über dessen Dienstvorsteher. Die Zweitschrift verbleibt bei der Bfsskasse.

Die Bfsskasse behandelt diese Zeitungsgelder als verschiedene Erträge und meldet sie dem Rba mit dem Verzeichnis über die in den Kassenlisten verbuchten verschiedenen Erträge bis zum 3. des Nachmonats als „Zeitungsgeld Fahrt frei“ unter gleichzeitiger Übersendung der Zweitschriften der Pendellisten.

Das Rba überweist diese Beträge und übersendet die Pendellisten bis zum 8. des Nachmonats der zuständigen Rb-Sparkasse.

Erfolgt die Einzahlung des Zeitungsgeldes bei einer Abfsskasse, so quittiert die Abfsskasse über den Empfang des Geldes in der Erstschrift der Pendelliste und gibt sie dem Einreicher über dessen Dienstvorsteher zurück. — Die Zweitschrift der Pendelliste mit dem Betrag liefert die Abfsskasse im Ablieferbuch unter verschiedenen Erträge als „Zeitungsgeld Fahrt frei“ an die Bfsskasse ab.

(F I - 1 - 188/54 v. 26. 4. 54 / 33 561) gez. Hielscher

MfE 298

Betr.: Anordnung zur Durchführung des Investitions- und Generalreparaturplans 1954

Bezug: Gesetzblatt Nr. 22 vom 15. 2. 54

Als Ergänzung zu o. a. Gesetzblatt wird für die Dienststellen der DR folgende Regelung getroffen:

Zu § 6 (1): Der Betriebsfonds ist von folgenden Stellen zu bilden:

- a) 1. Reichsbahnämter.
2. Signal- und Fernmeldewerke.
3. Oberbaustoffwerke.
4. Direktionshauptlager.
5. Brückenwerkstatt Dresden.
6. Für die Rbd-Verwaltung mit direkt unterstellten und nicht umgestellten Stellen ist der Betriebsfonds bei den Reichsbahnämtern, die das Anlagevermögen für diese Stellen verwalten, besonders auszuweisen.
Der sich für diese Stellen ergebende Betriebsfonds steht zur Verfügung der Rbd-Verwaltung und der direkt unterstellten und nicht umgestellten Stellen.
7. Weichenwerk Brandenburg.
8. Eisenbahnverkehrskasse.
- b) 1. Reichsbahnausbesserungswerke.
2. Rb-Baubetriebe.
3. Zentrale Leitung der Rb-Bau-Union.
4. Schwellenwerk „Max Reimann“, Zernsdorf.

Zu § 6 (1a): Zuführung für die zu § 6 (1) a) 1 bis 7 genannten Stellen kann nur nach Bestätigung des Gesamtkontrollberichtes der DR erfolgen.

Zu § 6 (1b): Zuführung kann nur nach Bestätigung durch die zuständige Filiale der DIB durchgeführt werden.

Zu § 6 (1c): Unter Erlös sind nur die Mehrerlöse (Konto 2600) zu verstehen, die sich nach Abzug der Aufwendungen ergeben. (Vgl. Artikel in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ vom 5. 3. 54 „Werkleitungen erhalten Betriebsfonds“.)

Zu § 6 (1d): Hierzu Näheres unter § 22.

Zu § 6 (2): Die zu § 6 (1) genannten Stellen haben das Sonderkonto „Betriebsfonds“ einzurichten und die Kontennummer den Rbd'en — Abt. F — bekanntzugeben.

Zu § 6 (3): Über die Verwendung des Betriebsfonds ist ein besonderer Verwendungsplan aufzustellen. Die In-

anspruchnahme des Betriebsfonds ist in den Kontrollberichten besonders zu erläutern.

Zu § 7 (2): Hierzu ist Erläuterung zu § 22 zu beachten.

Zu § 8: Hierzu ist Erläuterung zu § 22 zu beachten.

Zu § 22: Behandlung der Abschreibungen im Planjahr 1954.

Wie bereits angewiesen, sind zwei Abschreibungsjournale zu führen:

1. Das Abschreibungsjournal für Hauptanlagen.
2. Das Abschreibungsjournal für Nebenanlagen.

Zu 1. Hauptanlagen:

Das Abschreibungsjournal für Hauptanlagen ist in seinen Aufgliederungsspalten wie folgt zu unterteilen:

1. dem eigentlichen Betriebszweck dienende Anlagen,
2. stillgelegte Anlagen,
3. Reserveanlagen,
4. vermietete und verpachtete Anlagen.

a) Die Hauptanlagen werden für das Jahr 1954 nicht wie in den Vorjahren nach Wirtschaftsgruppen und Kostenstellen unterteilt.

b) Die den Rbd'en unterstellten bilanzierenden Rb-Stellen geben eine Durchschrift des Buchungsbeleges und eine Zusammenstellung nach den unter 1 bis 4 genannten Punkten ihren Rbd'en.

c) In den Kontenplan der DR 1954 ist neu aufzunehmen:

Konto 1171 „Sonderkonto Betriebsfonds“,
Konto 1346 „Betriebsfonds“.

Beide Konten erscheinen im nächsten Nachtrag zum Kontenplan der Deutschen Reichsbahn 1954.

Die Buchungsbelege über die Abschreibungen werden von den Rbd'en gesammelt zusammengestellt und dem MfE Hb übersandt.

Termin der Abgabe:

bei den Rbd'en beim MfE

15. 4. 54 20. 4. 54

15. 7. 54 20. 7. 54

15. 10. 54 20. 10. 54

20. 1. 55 25. 1. 55

d) Die dem MfE direkt unterstellten bilanzierenden Einheiten verfahren in bezug auf die Abschreibungen wie die den Rbd'en unterstellten Stellen. Die Buchungsbelege sind dem MfE — Hb — zu angegebenen Terminen zu übersenden.

e) Die Raw'e behandeln die Abschreibungen wie im Vorjahr, bilden aus 1 % der Amortisationen für Hauptanlagen den Betriebsfonds, überweisen denselben auf das Sonderkonto für den Betriebsfonds und die übrigen Anteile an das MfE.

f) Die Rbbu, das Schwellenwerk „Max Reimann“, Zernsdorf, und das Weichenwerk Brandenburg verfahren wie die Raw'e.

Zu 2. Nebenanlagen:

a) Das Journal für Abschreibungen der Nebenanlagen ist analog zu a) wie folgt zu unterteilen:

(1) Kulturhäuser (Kultur- und Klubräume in betrieblich genutzten Anlagen gelten nicht als Nebenanlagen).

(2) Klubhäuser (Sportheime u. dgl.).

(3) Werkbüchereien.

(4) Musikinstrumente.

(5) Sportanlagen- und -geräte.

(6) Betriebsfunkanlagen.

(7) Werkküchen und Speiseräume.

(8) Polikliniken und Sanitätsstuben.

(9) Kindertagesstätten.

(10) Lehrlingswohnheime.

(11) Betriebsberufsschulen.

(12) Lehrlingswerkstätten (soweit nicht in überwiegend betrieblich genutzten Gebäuden gelegen).

(13) Kinderferienlager.

(14) Betriebseigene Ferien- und Erholungsheime.

(15) Rb-Wohnungen in Rb-Wohngebäuden.

Von den Anlagenbuchhaltungen der den Rbd'en und dem MfE direkt unterstellten bilanzierenden Rb-Stellen sind Buchungsbelege und Aufstellungen wie für die Abschreibungen an Hauptanlagen aufzustellen und quartalsweise zu den unter c) genannten Terminen an das MfE weiterzuleiten.

2. Die Buchungsbelege der Nebenanlagen sind wie folgt gesondert aufzustellen:
 - a) Abschreibungen für kulturelle, gesellschaftliche und soziale Zwecke (hierunter fallen die Objekte der Tz 1 bis 9),
 - b) Abschreibungen für Nachwuchseinrichtungen (Tz 10 bis 12),
 - c) Abschreibungen für Kinderferienlager und Erholungsheime (Tz 14 und 15),
 - d) Abschreibungen für Reichsbahnwohngebäude.

3. Die Abschreibungen für die Rb-Wohngebäude sind aus den Mietseinnahmen zu decken. Sie sind dem Konto 2225 der bilanzierenden Einheit zu belasten und an das MfE zu überweisen;

Buchungssatz: per 2225 an 1902
per 1902 an 121 bzw. 115

Die in den Verfügungen und Mitteilungen des MfE 22/54, MfE 155 Abs. 2 bis 4 über die Bildung der Werterhaltungsfonds gegebenen Anweisungen werden hiermit aufgehoben.

Zu § 22 (1): Der in dreifacher Ausfertigung aufzustellende Plan 93 — Teil A — wird nur vom MfE aufgestellt.

Zu § 22 (3a bis c): Die Zuführungen auf die genannten Sonderkonten werden durch das MfE geregelt bzw. erfolgen durch das MfE.

Zu § 22 (3d): Die Zuführungen des Betriebsfondsanteiles für die zu § 6 (1) a) 1. bis 6. genannten Stellen erfolgen durch das MfE an die Rbd'en. Die Aufschlüsselung und Überweisung der anteiligen Beträge an die nachgeordneten Stellen ist von den Rbd'en durchzuführen.

Zu § 22 (4): Die bei den zu § 6 (1) a) 1. bis 8. genannten Stellen haben **alle** Amortisationsanteile (einschl. Nebenanlagen, z. B. Wohngebäude usw.) abzuführen. Durch besondere Verfügung wird die Höhe der Abführung für jedes Quartal besonders festgelegt.

Die zu § 6 (1) b) 1. bis 4. genannten Stellen haben die Amortisationsanteile für Nebenanlagen in voller Höhe und die Amortisationsanteile für Hauptanlagen abzüglich des 1% für Betriebsfonds an das MfE abzuführen. Die Abführung in Höhe der planmäßigen Amortisationsanteile hat zu den genannten Terminen zu erfolgen.

Zu § 22 (5): Der Ausgleich zwischen den Plan- und Ist-Abschreibungen ist nach Vorlage des Kontrollberichtes je Quartal durchzuführen.

Zu § 34 (1): Der Wertumfang für Generalreparaturen ist in dem von der Abteilung Planung bestätigten Generalreparaturplan festgelegt.

Der Fonds für Werterhaltung verbleibt mit Genehmigung des Ministeriums der Finanzen und des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn zentral beim MfE.

Zu § 36 (1): Die Zuweisung der Mittel für Generalreparaturen und Werterhaltungen auf die Sonderkonten erfolgt nach dem bestätigten Generalreparaturplan durch das MfE.

(F II 1016/54 v. 15. 4. 54 / 31 412)

gez. Hielscher

Materialversorgung

Betr.: Karbidhandlaternen

MfE 299

Der Verbrauch an Karbidhandlaternen für Schaffner, Zugführer und Rangierer und an Karbidbrennern ist in letzter Zeit sehr hoch. Die kurze Lebensdauer der Laternen ist zum großen Teil auf die unsachgemäße Wartung zurückzuführen.

Nachstehend aufgeführte Hinweise zur Erhöhung der Lebensdauer der Laternen sind zu beachten:

Die Lampe ist nur mit der vorgeschriebenen Karbidmenge zu füllen, damit das Wassertropfventil und der Gasfilter auf jeden Fall von Karbidschlamm frei bleiben.

Bei zu großer Füllmenge erreicht der Karbidschlamm das Tropfventil und den Filter. Dadurch tritt eine verminderte und unregelmäßige Gaszufuhr zum Brenner ein, die eine zu kleine und unregelmäßige Flamme zur Folge hat.

Erhält der Brenner trotz richtiger Füllmenge zuwenig Gas, muß die als Filter verwendete Filzscheibe gereinigt bzw. erneuert werden. Da der Filz verhindert, daß die im Gas enthaltenen Verunreinigungen den Brenner verstopfen, darf der Filz auf keinen Fall entfernt werden.

Nach der Benutzung darf die Lampe nicht ausbrennen, sondern muß sofort ausgelöscht werden, da bei langsamem Ausbrennen der Laterne Rußbildung auftritt und der Brenner verstopft wird.

Der stark kalkhaltige Rückstand des vergasteten Karbids muß nach dem Gebrauch der Laternen sofort entfernt werden, weil er im Behälter bei weiterer Wasserzufuhr erhärtet und sich später nur mit Gewalt entfernen läßt. Dabei treten leicht Beschädigungen des Behälters ein.

Der Betrieb, der die Karbidbrenner herstellt, hat einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag erhalten, die

Qualität der Karbidbrenner bis zum 31.12.54 zu verbessern.

(Mv III - 2d v. 22. 4. 54 / 31 695)

gez. Haas

MfE 300

Betr.: Flammschutz- und Holzimprägnierungsmittel

Die Chemische Fabrik Fritz Leidholdt, Schönebeck (Elbe), Burgwall 2, hat ein Flammschutz- und Holzimprägnierungsmittel entwickelt, das sich zur Imprägnierung von G-Wg-Bodenbrettern, Bordwänden usw. besonders gut eignet.

Das Imprägnierungsmittel „ELBROSAN“ ist ein wirksamer Schutz gegen Feuer und Holzschädlinge. Es ist ungiftig und gegen die mit ihm evtl. in Berührung kommenden Nahrungsgüter unschädlich. Den imprägnierten Teilen haftet kein unangenehmer Geruch an. Die Eisen- teile werden nicht angegriffen.

Für die Schwerentflammarmachung von zu befördernden leicht brennbaren Materialien (Holzwolle, Textilien usw.) kann ein Flammschutzmittel „ELMINAN“ geliefert werden.

Vor Gebrauch sind beide Stoffe im Verhältnis 1 : 4 in Wasser zu lösen. Die zu behandelnden Materialien können damit gestrichen, gespritzt oder getaucht werden.

Die Flammschutz- und Imprägnierungsmittel sind von der Technischen Hochschule Dresden sowie dem Chemischen Versuchsamts Kirchmöser begutachtet und zur Verwendung empfohlen worden.

Die Preise sind für 100 kg „ELBROSAN“ = 224 DM,
für 100 kg „ELMINAN“ = 166 DM.

Die Lieferung erfolgt in Leihfässern.

Wir empfehlen, im Bedarfsfalle die genannten Imprägnierungsmittel zu beschaffen.

(Mv III - 4a v. 20. 4. 54 / 31 493)

gez. Haas

SECRET

Verwaltung

MfE 301

Betr.: Neuaufnahme von Pflichtmitgliedern in die Rb-Kleiderkasse

Mit Wirkung vom 1. 5. 54 sind in die Reichsbahnkleiderkasse als Pflichtmitglieder aufzunehmen und mit Uniform auszustatten:

„Betriebs- und Verkehrslehrlinge“;

Die Dienststellen haben die in Frage kommenden BuV-Lehrlinge sofort zur Kleiderkasse anzumelden, damit die Ausgabe der Uniform durch die Rb-Kleiderlager beschleunigt vorbereitet und durchgeführt werden kann. Dabei ist zu beachten, daß die Lehrlinge erst nach erfolgter Ablegung der ersten Zwischenprüfung das Recht zum Tragen der Uniform erhalten. Nach erfolgreicher Ablegung der letzten Zwischenprüfung vor Beendigung der Lehrzeit dürfen sie auf den Schulterklappen ein silbernes „A“ tragen. Auf den Verlang- und Empfangsscheinen über Uniform haben die Dienstvorsteher die Ablegung der ersten bzw. letzten Zwischenprüfung zu bestätigen.

(V - I - 2/515/54 v. 24. 4. 54 / 31 230)

gez. König

MfE 302

Betr.: Drucksachenkartei der Deutschen Reichsbahn;
hier: Außerkraftsetzung der ungültigen Dienst-
anweisungen und Dienstvorschriften

Um eine genaue Übersicht über die gültigen Dienst-
anweisungen und Dienstvorschriften zu erhalten, ist
es erforderlich, die alte Drucksachenkartei auf den
neuesten Stand zu bringen. Ausgangspunkt dazu ist, daß
alle vor 1945 gültigen Dienstanweisungen und Dienst-
vorschriften, die noch in der Drucksachenkartei ent-
halten sind und keine Bedeutung oder Gültigkeit mehr
besitzen, außer Kraft gesetzt werden.

Ich gebe daher am Schluß dieser Verfügung alle bis
jetzt für die Deutsche Reichsbahn ungültig gewordenen
DA und DV bekannt und setze diese, soweit im einzel-
nen nicht bereits erfolgt, außer Kraft. Um die Druck-
sachenkartei auf dem laufenden zu halten, werden
künftig nach Erscheinen der neuen Drucksachenkartei
in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums
für Eisenbahnwesen“ jegliche Veränderungen der
Drucksachenkartei veröffentlicht. Es ist notwendig, auf
diese Bekanntmachungen besonders zu achten und die
neue Drucksachenkartei je nach Erscheinen einer neuen
oder überarbeiteten bzw. außer Kraft gesetzten DA
oder DV zu ergänzen.

Die Ungültigkeitserklärung der einzelnen zu den außer
Kraft gesetzten DA und DV gehörenden Vordrucke
erfolgt nach abgeschlossener Überprüfung durch eine
besondere Anweisung.

Die noch vorhandenen alten Exemplare der mit dieser
Verfügung außer Kraft gesetzten Dienstanweisungen
und Dienstvorschriften werden zentral gesammelt. Zu
diesem Zweck melden

die Dienststellen an die RbA bis zum 13. 5. 1954,
die RbA an die Rbd'en bis zum 16. 5. 1954,
die Rbd'en, die Raw'e und zentralen Einrichtungen
und Betriebe an das MfE — Abt. Verwaltung — zum
21. 5. 1954

in einfachster Form die Nummer und Anzahl der vor-
handenen alten DA und DV. Über den weiteren Verbleib
dieser Exemplare erhalten die Rbd'en Weisung durch
das MfE, Abt. Verwaltung.

Der Minister

(V - I - a / 528 / 54 v. 23. 4. 54 / 31 904)

gez. i. V. Staimer

Nr. der DA — DV	Text
003	Dienstanweisung für Beamte im Pförtnerdienst bei Werken
013	Dienstanweisung für die Dienstfrauen der D-Züge
016	Dienstanweisung für die Krankenbesucher der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse
019	Allgemeine Dienstanweisung für die Reichs- bahnbeamten
021	Dienstanweisung für Kraftomnibusschaffner
040	Personalvorschriften, Teil I, Beamtenrecht
041	dgl., Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, allgemeinen Erlassen und Verfügungen
051	Belohnungsvorschrift
052	Dienstauervorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Deutschen Reichsbahn
054	Dienstvorschrift über die Aufwandsentschädi- gung des Zugpersonals
055	Umzugskostenvorschriften
056	Dienstvorschrift über die Aufwandsentschädi- gung des Kraftfahrpersonals —
	Dienstvorschrift über die Aufwandsentschädi- gung des Schiffspersonals
057	Durchführungsanweisung für die Anstellung von Unfallrentenempfängern bei der Deutschen Reichsbahn
058	Dienstvorschrift über die Beschäftigung aus- ländischer Arbeiter bei der Deutschen Reichs- bahn
059	Reisekostenvorschrift
060	Dienstordnung für die Jungwerker der Deut- schen Reichsbahn
066A	der Bodenseeschifffahrt
066D	der Hochseefahren der Linien Saßnitz— Trelleborg und Warnemünde—Gedser
071	Gedingeordnung für die Reichsbahn-Ausbesser- ungswerke und Nebenwerkstätten und die Werkstattenteile der Bahnbetriebs- und Bahn- betriebswagenwerke
072	Gedingeordnung für die Betriebsteile der Bahn- betriebs- und Bahnbetriebswagenwerke
101	Vorläufige Richtlinien zur Berechnung der Kosten für Wärme, elektrische Arbeit, Gas und Wasser in Bahnhofswirtschaften
104	Vorschrift über die Gesundheits- und Kurfürsorge
105	Geschäftsanweisung für die Bezirkeleiter der Reichsbahn-Versicherungsanstalt
108	Geschäftsanweisung für das Mitglieds- und Bei- tragswesen der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse, der Reichsbahn-Versicherungsanstalt und der Angestelltenversicherung
109	Kleiderkassenvorschrift
110	Dienstkleidungsordnung
111	Satzung der Reichsbahn-Versicherungsanstalt
112	Drucksachen des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen
113	Dienstvorschrift über die Organisation der Be- triebsküchen und Kantinen
116	Geschäftsanweisung für die Bezirksleitungen der Reichsbahnbeamten-Krankenversorgung

SECRET

Nr. der DA — DV	Text	Nr. der DA — DV	Text
120	Dienstvorschrift für die Statistik des Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehrs	215	Wirtschaftsvorschrift
128	Dienstvorschrift für das Unterrichtswesen	215/V	Bestimmungen über Arbeitspläne und über Beschäftigung der Bahnunterhaltungsarbeiter, der Handwerker und Scharwerker
133	Vordrucke: Drucksachenvertrag	215/VII	Vorschrift zur Ermittlung und Meldung der Wirtschaftseinnahmen
136	Vordrucke für die Bezirke der Reichsbahn-Versicherungsanstalt	216	Buchungsordnung
141	Lehrlingsordnung	216/II	Buchungsordnung, Abschnitt II
142	Besoldungsvorschriften	216/III	Buchungsvorschrift, Abschnitt III
143	Verzeichnis der Lieferer und Käufer des Reichsbahn-Zentralamts Berlin	218	Drucksachen (Einnahme- und Ausgabebelege usw.)
148	Dienstvorschrift für die Annahme und Ausbildung von Hoch- und Fachschulpraktikanten	221	Drucksachen (aus dem Gerätewesen, die in keiner Vorschrift enthalten sind)
150	Dienstvorschrift über die Aufwandsentschädigung für Nachtdienst	227	Vorschriften für die Buch-, Kassen- und Rechnungsführung bei den Personalkantinen
151	Ausführungsbestimmungen über die Zahlung von Unfallentschädigungen	230	Dienstvorschrift für die Überwachung des Personalaufwandes
152	Geschäftsanweisung für die Bezirksleitungen der Ausführungsbehörde für die Unfallversicherung der Deutschen Reichsbahn	238	Dienstvorschrift für die Aufstellung der Betriebskostenrechnung
159	Dienstvorschrift für die Benutzung der bahn-eigenen Badeanstalten	241	Vorläufige Dienstvorschrift für die Kosten der Erzeugung und Behandlung von Energien in den Anlagen der Deutschen Reichsbahn
161	Vordrucke: Unfallrentnerkartei	250a	Ausführungsbestimmungen über die Einleitung und Behandlung der Arbeitsaufträge im Werkstattenteil der Bahnbetriebswerke, Bahnbetriebswagenwerke, Kraftwagenbetriebswerke und Hilfsausbesserungsstellen
163	Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistung)	255	Dienstvorschrift für die Bewirtschaftung der Oberbaustoffe
164	Richtlinien für die geschäftsmäßige Behandlung von Einkäufen	270	Dienstvorschrift für die Einbeziehung von Einnahmen durch Hebelisten
169	Dienstvorschrift über Rangierprämien, Prämien für Bediener von Einradwagenschiebern und Kleinlokomotivprämien	273	Rechnungsvorschrift über Leistungen für die Deutsche Reichsbahn
172	Vorschrift für die Durchführung der sozialen Versicherungen bei den Reichsbahnstellen	275	Anleitung über die Buchführung für die Betriebsvorräte der Reichsbahn-Ausbesserungswerke im Durchschreibeverfahren
181	Geschäftsanweisung für die Bezirksleitungen der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse und der Kranken- und Sterbegeldzuschußkasse	276	Richtlinien für die Bewirtschaftung der Zeugbestände im Durchschreibeverfahren
182	Prüfanleitung für die Bezirksprüfungsstellen der sozialen Versicherungen der Deutschen Reichsbahn	276/II	Vorschrift für die Bewirtschaftung der Bahnschutzgeräte im Durchschreibeverfahren
184	Buchungs- und Rechnungsvorschriften für die Reichsbahn-Arbeiterpensionskassen	277	Richtlinien für die Buchführung über die Vorratsbestände in den Gerätelagern im Durchschreibeverfahren
186	Dienst- und Lohnordnung für die Arbeiter der Deutschen Reichsbahn	278	Sammlung von Erlassen und Verfügungen mit Ergänzenden Rechnungsbestimmungen
187	Dienst- und Lohnordnung für das Kraftwagenpersonal im Güterfernverkehr der Deutschen Reichsbahn	282	Kassen- und Rechnungsvorschriften über die Dienstbezüge der Angestellten
191	Versicherungs-Kassenvorschrift	299	Drucksachen der Gruppe 2: Finanzen, die in keiner Vorschrift enthalten sind
193	Gedingeordnung für Güterabfertigungen	302	Übereinkommen für den Diensttelegrammverkehr (VTÜ) der Verwaltungen des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen untereinander und mit den Verwaltungen des Internationalen Eisenbahnverbandes
195	Verzeichnis der Lieferer des Reichsbahn-Zentralamts München	305	Adressen der Wagenverwaltungen und Nachweisung der Eigentumsmerkmale der Eisenbahngüterwagen (Teil I) und der Eisenbahn-Personen- und Gepäckwagen (Teil II)
198/I	Dienstvorschrift über den Steuerabzug vom Arbeitslohn	306	Alphabetisches Verzeichnis der Eigentumsmerkmale der Eisenbahngüterwagen (Teil I) und der Personen- und Gepäckwagen (Teil II), mit Anhang: Verzeichnis der Eisenbahnverwaltungen, geordnet nach Ländern und Ordnungsnummern
198/II	Lohnabzugsvorschrift		
200	Kassen- und Rechnungsvorschriften über die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen		
200a	Auszug aus den Kassen- und Rechnungsvorschriften über die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen		
204	Übereinkommen über die Abrechnung im Verein Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen (VAÜ) mit Ausführungsbestimmungen		
212	Dienstvorschrift über das Gedingeverfahren auf Güterböden und Umladestellen		

Nr. der DA — DV	Text	Nr. der DA — DV	Text
419	Vorschriften für die Verteilung und Verwendung der Güterzuggepäckwagen	522	Übereinkommen über die gegenseitige Benutzung der Behälter im Bereich des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen
420	Vorschriften für die Behandlung und Bewirtschaftung der Oberwagenlaternen und Oberwagenscheiben	523	Verzeichnisse der Güterwagenparke verschiedener Bahnen, die Mitglied des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen sind
421	Vorschriften für die Ausrüstung der Aborte der D-Zugwagen mit Handtüchern, Seife und Rollenpapier	524	Übereinkommen über die Beförderung außergewöhnlicher Sendungen
430	Merkbuch für den Streifendienst und den Fahndungsdienst bei der Deutschen Reichsbahn	618	Kundmachung 9: Wehrmachtstarif für Eisenbahnen mit Ausführungsbestimmungen
432	Richtlinien für Arbeits- und Zeitstudien im Eisenbahnbetriebsdienst	630	Übereinkommen der Eisenbahnverwaltungen des Deutschen Eisenbahn-Verkehrsverbandes
446E	Richtlinien zur Verhütung von Betriebsstörungen durch Frost und Schnee im elektrischen Zugbetrieb	637	Kriegsmerkbuch für die Abfertigung von Transporten der Wehrmacht und der Waffen-SS
447	Dienstvorschrift für die Statistik der Bahnbetriebsunfälle	638	Vorschriften zur Abrechnung der gestundeten Transporte für die Wehrmacht und die Waffen-SS
452	Personenzugfahrplan-Kartei (nur Vordrucke)	649	Satzung des Deutschen Eisenbahn-Verkehrsverbandes
454	Dienstvorschrift für die Berechnung der Kosten einer Zugfahrt, Teil A, Teil B	710	Dienstvorschrift für den Privattelegrammverkehr
473	Vorschrift für die Vorbereitung und die Durchführung des Wehrmachturlauberverkehrs zu den großen Festen	711	Vordrucke für den Nordseebäderverkehr
474	Vorschrift für den Betrieb auf den deutsch-tschechischen Grenzstrecken und Betriebswechselbahnhöfen	713	Vordrucke für den Seeverkehr mit Ostpreußen
475	Vorschriften für den Betriebsdienst nach den Bestimmungen der Böhmischo-mährischen Bahnen, Teil II	743	Abfertigungsvorschriften zum Tarif für die durchgehende Beförderung von Sendungen im Deutschen Fleiverkehr auf den Strecken der beteiligten Eisenbahnen und Luftfahrtunternehmungen und Abrechnungsbestimmungen
477	Dienstvorschrift für den Funkdienst auf den Hochseefährschiffen der Reichsbahn	744	Dienstvorschrift für den Flug-Eisenbahnverkehr für Personen und Gepäck
478	Dienstvorschrift für den Bodensee-Funksprechverkehr	747	Güterwagenvorschriften, Teil IV, Güterwagendienst im Umsetzverkehr in breitspurigen fremden Bahnen
484	Deutsche Zusatzbestimmungen zum Übereinkommen für den Diensttelegrammverkehr (VTÜ) der Verwaltungen des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen untereinander und mit den Verwaltungen des Internationalen Eisenbahnverbandes	748	Vorschrift für die Aufstellung der Statistiken des Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehrs
501	Vordrucke zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr	753	Dienstvorschrift über die Abfertigung von Personen und Reisegepäck zwischen Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn und Kraftpoststrecken der Deutschen Reichspost
503	Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr	759	Dienstvorschrift für die Abrichtung geschlossener Frachtstückgutwagen nach Ungarn
505	Übereinkommen über den Güterverkehr der Verwaltungen des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen untereinander und mit den Verwaltungen, die den Einheitlichen Zusatzbestimmungen zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr beigetreten sind (VÜG)	771	Bestimmungen für die Abrechnung der Abfertigungs- und Werbevergütung im Kraftwagen-Güterverkehr der Reichsbahn
508	Vorschriften für das Ermittlungsverfahren	779	Vordrucke für den deutsch-litauischen Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr
510	Nachweisung der Zuschläge zu den tarifmäßigen Lieferfristen	784	Vordrucke für den deutsch-nordischen Personenverkehr
511	Muster für einen Tarif für die Beförderung von Gütern in Behältern im internationalen Verkehr	785	Vordrucke für die westlichen Auslandsverkehre
514	Bestimmungen über den internationalen Personen- und Gepäckverkehr	786	Vordrucke für die südlichen Auslandsverkehre
516	Übergangskilometerzeiger für den Güter- und Tierverkehr	787	Vordrucke für die östlichen Auslandsverkehre
517	Übereinkommen über die gegenseitige Benutzung der Güterwagen im Bereiche des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen und des Internationalen Güterwagenverbandes	788	Vordrucke für die nördlichen Auslandsverkehre
519	Alphabetisches Ortsverzeichnis	789	Vordrucke für die westlichen Auslandsverkehre
521	Verzeichnis der Übergangsbahnhöfe	790	Vordrucke
			a) für den internationalen Verbands-Kohlenverkehr
			b) für den internationalen Anschluß-Kohlenverkehr
			c) für den internationalen Anschluß-Güterverkehr
			d) für den internationalen Verbands-Güterverkehr
			e) für den Deutsch-Ungarischen Güter- und Kohlenverkehr
			f) für den Deutsch-Jugoslawischen Güter- und Kohlenverkehr

Nr. der DA — DV	Text	Nr. der DA — DV	Text
	g) für den Deutsch-Schweizerischen Güter- und Kohlenverkehr	937	Dienstvorschrift für die zulässige Höchstbelastung der Decken von Stofflagern
	h) für den Deutsch-Italienischen Güter- und Kohlenverkehr	960	Dienstvorschrift für die Verwendung und Abrechnung von elektrischer Energie, Gas, Wärme und Wasser
791	Vordrucke für die östlichen Auslandsverkehre	971	Dienstvorschrift für die Bewirtschaftung der Ersatzstücke für Fahrzeuge
792	Vordrucke		
	a) für den Deutschen Seehafen-Donau-Umschlagsverkehr		
	b) für den Deutsch-Ungarischen Seehafen-Donau-Umschlagsverkehr		
	c) für den Deutsch-Griechischen Güterverkehr		
794	Vordrucke für den Deutschen Donau-Umschlagtarif für den Güterverkehr mit der Ostmark Tiv 25 und den Deutschen Seehafen-Donau-Umschlagtarif für den Güterverkehr mit der Ostmark		
815	Vorläufige Bestimmungen für Holztragwerke		
821	Vordrucke für die Bewirtschaftung der Holzschwellen, Leitungstangen usw.		
904	Vorläufige Anleitung zur Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers zum Schutze gegen Schädigungen durch Röntgenstrahlen und Strahlen radioaktiver Stoffe		
907	Verzeichnis der Maschinenämter, Bahnbetriebswerke, Bahnbetriebswagenwerke, Lokomotivbahnhöfe, Bahnhofsschlossereien und Hilfszüge		

MfE 303

Betr.: Druckgenehmigung für Sonderdrucke der Deutschen Reichsbahn — Vfg. MfE 143/19/54;

hier: Fahrpläne, Buchfahrpläne

In Ergänzung unserer obigen Verfügung geben wir hiermit bekannt, daß für Sonderdrucke, die das Fahrplanwesen betreffen, die Rbd'en — Allg. Verwaltung — in eigener Zuständigkeit und Verantwortung die erforderlichen Druckgenehmigungen erteilen können.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf die Bezugsverfügung, wonach alle Sonderdrucke an die Rbd Dresden als Druckdirektion zur Druckgenehmigung einzureichen sind. Nur so können wir erreichen, daß die vielfältigen Vordrucke der Deutschen Reichsbahn vereinheitlicht werden.

Die Rbd Dresden ist entsprechend verständigt.

(V - I - a/539/54 v. 26. 4. 53/31 904)

gez. König

Organisation**Betr.: Bahnhofsumbenennung****MfE 304**

Mit Wirkung vom 23. 5. 54 wird der im Bezirk der Rbd Halle liegende Bahnhof Eisleben in Lutherstadt Eisleben umbenannt.

(Org. 2/3 368/54 v. 22. 4. 54 / 31 204)

gez. i. A. Diedrich

Die Grenzveränderungen sind durch die Inbetriebnahme des Ringverkehrs Geiselatal notwendig geworden.

(Org - 2 Ogu 1/54 v. 9. 4. 54)

gez. Jura

Magdeburg 26**Betr.: Änderung der Bm-Grenzen****Halle 34**

Die Grenzen zwischen den Bahnmeistereien Angersdorf-Röblingen a. See und Röblingen a. See — Querfurt werden mit Wirkung vom 1. 5. 54

a) auf der Strecke Halle—Blankenheim zwischen Bm Angersdorf und Bm Röblingen a. See von km 25,5 nach km 24,7 und

b) auf der Strecke Röblingen a. See—Vitzenburg zwischen Bm Röblingen a. See und Bm Querfurt von km 6,9 nach km 6,7 verlegt;

Betr.: Dienststellenorganisation

Die Bm Ballenstedt ist mit Wirkung vom 1. 3. 54 aufgelöst worden.

Der Unterhaltungsbereich der bisherigen Bm Ballenstedt ist unverändert auf die Bm Frose übergegangen. Die Bm Frose umfaßt nunmehr folgende Streckenabschnitte:

Strecke Halle (S)—Halberstadt von km 61,400 bis 80,400 und Strecke Frose—Quedlinburg von km 0,000 bis 19,100.

Unterlagen entsprechend berichtigen.

(Org - 2 Ogd 1 v. 14. 4. 54)

gez. Kronberg

Recht**Betr.: Karteibuch des Verkehrsrechts****MfE 305**

Im VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, ist das Karteibuch des Verkehrsrechts erschienen. Es enthält außer den verkehrsrechtlichen Vorschriften aus der Zeit nach 1945 auch die wichtigsten noch gültigen Bestimmungen aus früheren Jahren.

So wurden unter anderem abgedruckt:

die Eisenbahn-Verkehrsordnung,
das Haftpflichtgesetz,
das Sachhaftungsgesetz;

Die Eisenbahn-Bau- und -Betriebsordnung wird in Kürze folgen;

Das Karteibuch wird durch monatliche Nachträge auf den jeweils neuesten Stand gebracht und darüber hinaus inhaltlich ergänzt und erweitert. Der Preis des Grundwertes beträgt 10,65 DM; die Nachträge werden zum Blattpreis von 5 Pf geliefert. Die Anschaffung wird den Dienststellen und allen daran interessierten Eisenbahnern empfohlen.

(Re 1 a - 433/54 v. 20. 4. 54 / 31 637)

gez. Zimbehl

MfE 306**Betr.: Kostenbefreiung (§ 90 GKG, § 10 KostO)**

Nachstehend geben wir einen Auszug aus der Rundverfügung Nr. 11/54 des Ministeriums der Justiz bekannt:

„Betrifft: Kostenbefreiung (§ 90 GKG, § 10 KostO).“

Nach § 90 GKG und § 10 KostO genießen verschiedene Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik vor den Gerichten und Staatlichen Notariaten Gebührenfreiheit. Grundlage für diese Vorschriften bildeten überholte Anschauungen über den Staatshaushalt. Der demokratische Aufbau erfordert nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung und den Staatshaushaltsplänen eine sorgfältige Planung und Kontrolle der Ausgaben. Aus diesem Grunde müssen Verlagerungen von Ausgaben zwischen den einzelnen Kostenträgern vermieden werden. Deshalb ist in der Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1954 unter dem Kapitel „Grundsätze der Planung für Haushalte der Staatlichen Verwaltung und Einrichtungen“ II J bestimmt worden, daß Zahlungen von einer Haushaltsorganisation an eine andere (sogenannte Erstattungen) grundsätzlich zu leisten sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Organisation nach dem Brutto- oder Nettoprinzip im Haushalt veranschlagt ist. Alle im Haushalt veranschlagten Organisationen haben nach Maßgabe der Direktive Erstattungen zu planen. Dieses Prinzip erfordert eine Neuregelung des gesamten Gebietes der Kostenbefreiung im Bereich der Justiz. Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen ordne ich deshalb folgendes an:

1. Die Deutsche Demokratische Republik, Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie deren Einrichtungen sind auf Grund der Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1954 verpflichtet, für die in Anspruch genommene Tätigkeit der Gerichte und Staatlichen Notariate die gesetzlich vorgesehenen Kosten zu entrichten.

2. Betriebe der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft (z. B. VEB, VEG, MTS, Banken, Sparkassen, Versicherungen, Deutsche Post, Deutsche Reichsbahn, volkseigene örtliche Industrie, Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan) sind ebenfalls verpflichtet, für die in Anspruch genommene Tätigkeit der Gerichte und Staatlichen Notariate die gesetzlich vorgesehenen Kosten zu entrichten. In diesen Fällen folgt die Unzulässigkeit der Kostenbefreiung sowohl aus den in der Direktive für die Aufstellung des Staatshaushalts 1954 niedergelegten finanzpolitischen Gesichtspunkten als auch aus dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

3. Genossenschaften, die auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums arbeiten (LPG, Konsumgenossenschaften, Bäuerliche Handelsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks) sind gebührenrechtlich wie die volkseigene und ihr gleichgestellte Wirtschaft zu behandeln. Sie sind deshalb aus denselben Gründen verpflichtet, die gesetzlich vorgesehenen Kosten für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte und Staatlichen Notariate zu entrichten.

4. Kostenfreiheit wird nur in Ausnahmefällen bei Reorganisationsmaßnahmen in der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft oder im genossenschaftlichen Sektor gewährt. Die Kostenbefreiung wird in diesen Fällen entweder allgemein durch Rundverfügung oder im Einzelfall angeordnet. Die Gerichte und Staatlichen Notariate sind nicht berechtigt, von der Kostenerhebung Abstand zu nehmen, ohne daß eine solche Anweisung vorliegt.

5. Die Gerichte und Staatlichen Notariate können bei den unter Ziffer 1 bis 3 genannten Organisationen davon absehen, Kostenvorschüsse zu erheben. Die Vorschriften über die Vorschußpflicht sind nur Sollvorschriften (vgl. § 74 Abs. 2, § 84 Abs. 1 GKG, § 7 Abs. 2 KostO), so daß aus diesem Grunde keine Bedenken bestehen, von der Vorschüßerhebung abzusehen. Eine Ausnahme ist aus praktischen Erwägungen nur bei den Mahnverfahren angebracht. Hier entspricht es dem einfachen und zweckmäßigen Geschäftsgang, wenn in diesen Fällen die Gebühren für das Mahnverfahren mit dem Antrag auf Erlaß des Zahlungsbefehls vorschußweise eingezahlt werden. Geht das Mahnverfahren in das streitige Verfahren über, so ist von der Erhebung eines weiteren Kostenvorschusses Abstand zu nehmen.

6. pp.

7. Bisher nicht in Ansatz gebrachte Kosten werden nicht nachträglich erhoben.

Alle früheren Bestimmungen und Rundverfügungen des Ministers der Justiz, die Kostenbefreiung für die in dieser Rundverfügung genannten Organisationen vorsehen, ohne daß es sich um Reorganisationsmaßnahmen handelt (außer RV Nr. 48/53 vom 28. 7. 53 betreffend Gebühren für Beurkundungen und Beglaubigungen bei Auflassungen für die Konsumgenossenschaften; RV Nr. 55/53 vom 30. 11. 53 betreffend Ergänzung der RV Nr. 48/53), sind nicht mehr anzuwenden. Das gilt insbesondere für die RV Nr. 37/51 vom 27. 2. 51 betreffend Befreiung der Kreise und Gemeinden von der Kostenzahlungspflicht gemäß § 10 KostO, RV Nr. 76/51 vom 18. 5. 51 betreffend volkseigene Wirtschaft und Gebührenfreiheit, RV Nr. 155/51 vom 20. 11. 51 betreffend Kosten der Grundbucheintragen beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten zugunsten der Rechtsträger der volkseigenen Energiewirtschaft und RV Nr. 15/53 vom 7. 2. 53 betreffend Gerichtskosten der Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post.

Die RV Nr. 46/51 vom 25. 4. 51 betreffend Vorschüßerhebung der Gerichtsvollzieher bei Aufträgen von volkseigenen Betrieben, RV Nr. 149/51 vom 8. 11. 51 betreffend Befreiung der volkseigenen Betriebe von der Vorschußpflicht für die Gerichtskosten und Auslagen gemäß § 74 Abs. 2, § 84 Abs. 1 GKG, RV Nr. 91/52 vom 25. 8. 52 betreffend Ergänzung der RV Nr. 149/51, RV Nr. 116/52 vom 28. 11. 52 betreffend Ergänzung der RV Nr. 76/51, RV Nr. 43/53 vom 29. 5. 53 betreffend Ergänzung der RV Nr. 149/51, RV Nr. 52/53 vom 17. 10. 53 betreffend Gebührenberechnung für Vollstreckungsaufträge, die von den Arbeitsgerichten erteilt werden, sind durch diese Rundverfügung ersetzt worden und werden deshalb aufgehoben.“

(Re 1 a — v. 26. 4. 54 / 31 637)

gez. Zimbehl

MfE 307**Betr.: Änderung der Dv 156, § 11 Ziff 4**

Der § 11 Ziff. 4 der Dv 156 wird wie folgt geändert:

An Stelle der Worte: „vom Fälligkeitstage an Verzugszinsen in Höhe von 0,05 % täglich“ muß es heißen: „Verspätungszinsen in Höhe von 8 % vom Rechnungsbetrag für das Jahr ohne Rücksicht auf Verschulden.“

Die Ausführungsbestimmung dazu wird wie folgt geändert:

An Stelle der Worte: „Verzugszinsen in Höhe von 0,05 % täglich“ muß es heißen: „Verspätungszinsen in Höhe von 8 % vom Rechnungsbetrag für das Jahr ohne Rücksicht auf Verschulden (vgl. 24. Durchführungsbestimmung zur VO über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 25. 3. 54 — GBl. 54/357).“

(Re 2 — 1817/53 v. 26. 4. 54 / 31 459)

gez. Zimbehl

Wer hat? – Wer braucht?

Dringend benötigt werden:

- 8 Stück Waggonhebeböcke, etwa 5 t (Spindelwinden), auch einzeln, evtl. mit Traversen,
- 1 Verdichterpumpe für Sauerstoff 150 atü (wird benötigt zum Befüllen von Sauerstoff-Flaschen aus einem Sauerstofftransportwagen).

Wir bieten an:

- 4 Stück hydraulische Heber, Fabrikat „Hade“, je 50 t, 200 mm Hubhöhe, Baujahr 1944,
- 1 E-Motor SSW, 380 V, 1440 n, 30 kW, Kurzschlußläufer,
- 1 Lkw, Praga 1929, 4,5 t, Diesel 90 PS, 6 Zylinder, Masch.-Nr. 72 151/378, Zylinderkopf geschweißt, aber noch nicht bearbeitet, reparaturbedürftig.

(Nachricht erbittet: Raw Niedersachswerfen / 844 / 126)

- 1 Stück Handgewindebohrer 28 × 1/12,
- 3 Stück Handgewindebohrer 30 × 1/12,
- 3 Stück Handgewindebohrer 32 × 1/12,
- 17 Stück Reduziereinsätze 6 : 5,
- 12 Stück Reduziereinsätze 5 : 4,
- 1 Stück Drehbankspannfutter (Planscheibe) 200 φ,
- 4 Stück Schleifscheiben 500 × 60 × 55 mm

Härte P

Körnung 24,

Buchsenrohr ST. 60.11

(Innen × Außen × Länge),

300 Rollen 45 × 60 × 270 mm;

(Bei Bedarf bitten wir ES-Scheine an Bw Leipzig — Hbf Süd — V 9 — zu richten)

Das Raw „Wilhelm Pieck“, Karl-Marx-Stadt, hat eine fast neuwertige Kartoffelwaschmaschine mit Handantrieb und einem Fassungsvermögen von etwa 50 kg abzugeben;

Anfragen erbeten an Raw „Wilhelm Pieck“, Karl-Marx-Stadt, Emilienstraße 45.

**Nr. 40/54,
betr. Verlust von Freifahrausweisen,
wurde nach Sonderschlüssel verteilt**

In Spalte 3 sind die Besetzungszeiten an Werktagen mit blauen und an Sonntagen mit roten Strichen darzustellen.

Bei Doppel- bzw. Mehrfachbesetzung einzelner Arbeitsplätze ist die Anzahl der Besetzungen in Doppel- bzw. Mehrfachstrichen darzustellen.

Die Ausfüllung der Spalte 3 entfällt für folgende Beschäftigungsarten:

lfd. Nr. 42 bis 45 der Gruppe Betrieb und Verkehr,
lfd. Nr. 24 bis 28, 31 und 32 der Gruppe Fahrzeuge,
lfd. Nr. 19 bis 21 und 24 der Gruppe Unterhaltung der Bahnanlagen.

In Spalte 4 ist der Kräftebedarf nach Arbeitszeiteinheiten einzutragen. Die Errechnung des Arbeitskräftebedarfs nach Arbeitszeiteinheiten erfolgt nach zwei Methoden.

Methode 1 für alle nicht im Leistungslohn Beschäftigten:
Bei diesen Beschäftigten ist die Errechnung des Personalbedarfs nach der als Anlage 3 beigefügten Hilfstafel durchzuführen.

(Hierzu Anlage 3, Seite 4)

Hierzu Beispiele:

- a) Ein Befehlsstellwerk muß an einem Tage 24 Stunden durchgehend besetzt sein. Berechnung des Personalbedarfs nach Hilfstafeln ergibt 3,50 Arbeitszeiteinheiten;
- b) eine Fahrkartenausgabe muß werktags 15 und sonntags 8 Stunden besetzt sein. Eine Berechnung des Personalbedarfs nach Hilfstafeln ergibt
 - werktags 1,88 Arbeitszeiteinheiten,
 - sonntags 0,17 Arbeitszeiteinheiten,
 - zusammen: 2,05 Arbeitszeiteinheiten.

Methode 2 für alle im Leistungslohn Beschäftigten:
Bei der Ermittlung des Personalbedarfs für diese Beschäftigungsarten ist wie folgt vorzugehen:

- a) Ermittlung der möglichen Arbeitsdauer je Arbeitskraft;
- b) Umrechnung des gesamten Produktionsprogramms in Normzeiten, also in die zur Durchführung der Produktionsaufgaben notwendige Arbeitszeit;
- c) Division der ermittelten für die Gesamtproduktion erforderlichen Arbeitsstunden durch die mögliche Arbeitsdauer.

Hieraus ergibt sich die Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte für die Erfüllung des Produktionsprogramms. Ist der Arbeitskräftebedarf festgelegt, erfolgt die Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Arbeitsplätze. Auch hier ist der Personalbedarf in Arbeitszeiteinheiten für jeden Arbeitsplatz und jede Beschäftigungsart nachzuweisen. Volle Arbeitszeiteinheiten sind in ganzen Zahlen, Teil-Arbeitszeiteinheiten in dezimal, ähnlich der Hilfstafel (Anlage 3), anzugeben.

In Spalte 5 ist die Bewertung der Arbeitsplätze nach den Lohn- und Gehaltsgruppen des RKV bzw. der Sätze nach der M-Verordnung einzuordnen.

In Spalte 6 ist die monatliche Lohnsumme (Konto 430, 432, 4340 bis 4343, 435 und 4360 bis 4362) für 1,00 Arbeitszeiteinheit entsprechend der Bewertung in Spalte 5 einzutragen.

Bei Beschäftigten der Gehaltsgruppen ist der mittlere Satz der jeweiligen Gehaltsgruppe in Ansatz zu bringen. Bei Beschäftigten der J-Gruppen ist das J-Gehalt nachrichtlich als Klammerzahl über die entsprechend der Bewertung einzutragende monatliche Lohnsumme nach RKV einzusetzen.

In Spalte 7 ist der monatliche Leistungsprämienlohn (Konto 4330 bis 4339) für eine Arbeitszeiteinheit einzutragen. Eine Aufschlüsselung auf die einzelnen Konten ist auf einem besonderen Blatt vorzunehmen und als Anlage dem Besetzungsplan beizufügen.

In Spalte 8 sind die monatlichen Lohnzuschläge bzw. Zulagen (Konto 4363 bis 4369 und 4390 bis 4399) für eine Arbeitszeiteinheit einzutragen. Eine Aufschlüsselung auf die einzelnen Konten ist auf einem besonderen Blatt vorzunehmen und als Anlage dem Besetzungsplan beizufügen.

In Spalte 9 ist die monatliche Lohnsumme einschließlich Prämien, Zuschläge und Zulagen für eine Arbeitszeiteinheit nachzuweisen (Spalte 6 + 7 + 8 = Spalte 9).

In Spalte 10 ist die monatliche Gesamtlohnsumme für die in Spalte 4 ausgewiesenen Arbeitszeiteinheiten je Beschäftigungsart zu errechnen (Spalte 4 × Spalte 9).

(Hierzu Anlage 2, Seite 4)

Die Ermittlungsbogen über das Arbeitsaufkommen sind für folgende Beschäftigungsarten bzw. Arbeitsplätze aufzustellen:

- a) Beschäftigungsarten in allen Dienstzweigen für lfd. Nr. 12, 17, 32 bis 49, 53 bis 59;
- b) Beschäftigungsarten der Gruppe Betrieb und Verkehr, lfd. Nr. 3 bis 5, 8, 9; 11, 12, 14 bis 24, 27, 48 bis 52, 54, 64 bis 67 und 81 bis 83;
- c) Beschäftigungsarten der Gruppe Fahrzeuge, lfd. Nr. 7 bis 13, 20 und 57;
- d) Beschäftigungsarten Gruppe Unterhaltung der Bahnanlagen, lfd. Nr. 7 bis 9.

Im Ermittlungsbogen Spalte 1 sind die einzelnen ständig zu verrichtenden Tätigkeiten und in Spalte 2 die Bewertung derselben nach dem Tätigkeitsverzeichnis des RKV aufzuführen.

In Spalte 3 ist die für die einzelne Tätigkeit notwendige Arbeitszeit in Minuten einzutragen.

Die Dienststellen haben den Besetzungsplan und den Ermittlungsbogen ausgefüllt bis zum 30.4.54 dem zuständigen Reichsbahnamt — Gruppe Organisation und Verwaltung — vorzulegen. Die Reichsbahnämter überprüfen diese Aufstellungen auf die Richtigkeit.

Wegen der Zusammenstellung auf Ämterebene und der Bestätigung dieser Pläne ergeht besondere Weisung an die Rb-Direktionen und Rb-Ämter.

Diese Verfügung gilt für alle Dienststellen außer Raw, Betriebe der Reichsbahn-Bau-Union und Dienststellen, die dem MfE und den Rbd'en direkt unterstellt sind. Die Anlagen 1—3 werden zentral gedruckt und den Dienststellen zugeteilt.

(GKB-Nr. 013 552)

Der Minister
(Org 40/54 v. 19. 3. 54 / 31 434)

gez. i. V. Staimer
Stellvertreter des Ministers

50X1-HUM

Verfügungen und Mitteilungen

des

Ministeriums für Eisenbahnwesen

1954

Berlin, den 10. April

Nr. 33

MfE 230

Betr.: Maßnahmen zur besseren Planung, Lenkung und Kontrolle des Arbeitskräfteeinsatzes

Die Erfahrungen der beiden letzten Jahre zeigen, daß erhebliche Mängel in der Arbeitskräftezumessung, in der Bewertung der Arbeitsplätze und in der Eingruppierung der Beschäftigten bestehen. Dies kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß laufend, zum Teil unbegründet, mehr Arbeitskräfte angefordert werden als der Arbeitskräfteplan vorsieht. Der Beweis für eine reale Arbeitskräfteplanung ist in vielen Fällen nicht gegeben. Außerdem besteht keine Kontrolle, wie die Kräfte in den Dienststellen auf die einzelnen Arbeitsplätze aufgeteilt werden. Die innere Struktur gleichgelagerter Dienststellen ist unterschiedlich. Der Einsatz von unproduktiven Kräften steigt ständig.

Die Ursachen für diese Mängel sind, daß die Arbeitskräftepläne — mit Ausnahme der maschinentechnischen Dienststellen — nur auf Ämterebene und unter Berücksichtigung der betriebstypischen Leistungen aufgestellt werden und daß keine wirksame Kontrolle hinsichtlich des Arbeitskräfteeinsatzes im einzelnen besteht. Die betriebstypischen Leistungen können nicht in jedem Falle auf den Dienststellen — vornehmlich des Betriebs und Verkehrs — als vergleichbare Faktoren zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gesehen werden. Hieraus ergibt sich, daß der Arbeitskräftebedarf zu einem großen Teil durch das Vorhandensein örtlicher fester Betriebsdienstposten bedingt ist. Es ist ein Minimum an Arbeitskräften unbedingt notwendig, es kann aber auch in nicht wenigen Fällen eine Leistungssteigerung ohne Vermehrung von Arbeitskräften durchgeführt werden. Diese Tatsachen begründen die Notwendigkeit der Schaffung von Unterlagen auf den Dienststellen, die Aufschluß geben über den wirklichen Arbeitskräftebedarf unter Berücksichtigung der jeweils örtlichen Bedingungen und des Arbeitsaufkommens. Diese Unterlagen werden eine wesentliche Hilfe für die richtige Arbeitskräfteplanung sein. Alle zur Verbesserung der Planung, Lenkung und Kontrolle des Arbeitskräfteeinsatzes notwendigen Maßnahmen haben den Zweck, den wirtschaftlichsten Einsatz der Arbeitskräfte und eine reale Arbeitskräfteverteilung zu gewährleisten, sie entsprechen den notwendigen Forderungen unserer Planwirtschaft. Außerdem werden hierdurch die bis jetzt

noch vorhandenen Unterschiedlichkeiten in der Bewertung der Arbeitsplätze und der Eingruppierung der Beschäftigten beseitigt.

Als erste Maßnahme hierzu sind Unterlagen, die den wirklichen Arbeitskräftebedarf in den Dienststellen begründen, notwendig.

Ich ordne deshalb die Aufstellung von Besetzungsplänen mit Ermittlungsbogen über das Arbeitsaufkommen in den Dienststellen nach folgenden Richtlinien an:

(Hierzu Anlage 1, Seite 3)

Ein Besetzungsplan mit Ermittlungsbogen für das Arbeitsaufkommen ist von jeder selbständigen Dienststelle in zweifacher Ausfertigung aufzustellen. Unterstellte Stellen sind in diese Besetzungspläne einzuarbeiten.

Die Ausfüllung der Spalte 2 hat in nachstehender Reihenfolge zu erfolgen:

- a) Verkehrs- bzw. ingenieurtechn. Personal (Tv bzw. Ti),
- b) Produktionsgrundarbeiter (PrG),
- c) Produktionshilfsarbeiter (PrH),
- d) Wirtschaftler (W),
- e) Verwaltungspersonal (V),
- f) Hilfspersonal (H),
- g) Betreuungspersonal (B),
- h) Beschäftigte in sich selbst finanzierenden Einrichtungen.

Innerhalb der vorgenannten Abschnitte sind die Beschäftigungsarten, in der gleichen Reihenfolge wie im Verzeichnis der Beschäftigungsarten und Beschäftigtengruppen bei der DR festgelegt, aufzuführen. Die Urlaubs- und Krankenvertretungen sind am Schluß nachzuweisen.

Sofern mehrere Arbeitsplätze, z. B. für Fahrdienstleiter, Weichen- und Stellwerkswärter, auf einer Dienststelle vorhanden sind, sind diese Beschäftigungsarten nach den Arbeitsplätzen zu trennen.

Z. B.: Fahrdienstleiter — Befehlsstellwerk I
Fahrdienstleiter — Befehlsstellwerk II
Stellwerkswärter — Stellwerk I
Stellwerkswärter — Stellwerk II usw.

SECRET

(Anlage 2 zur Verfügung Der Minister [Org 40/54]
vom 19. 3. 54)

Dienststelle:..... Lfd. Nr.....
GKB-Nr. 013552

**Ermittlung
über das Arbeitsaufkommen**

Beschäftigungsart/Arbeitsplatz:

1	2	3	4
Tätigkeiten	Bewer- tung nach RKV	tägliche Arbeits- zeit W S Min Min	

(Anlage 3 zur Verfügung Der Minister [Org 40/54]
vom 19. 3. 54)

Hilfstafel zur Errechnung des Personalbedarfs

Arbeitsdauer in Stunden	an 6 Tagen AZE	an 1 Tag AZE	an allen Tagen AZE
24	3,00	0,50	3,50
23	2,87	0,48	3,35
22	2,75	0,46	3,21
21	2,62	0,44	3,06
20	2,50	0,42	2,92
19	2,38	0,39	2,77
18	2,25	0,38	2,63
17	2,13	0,35	2,48
16	2,00	0,33	2,33
15	1,88	0,31	2,19
14	1,75	0,29	2,04
13	1,62	0,27	1,89
12	1,50	0,25	1,75
11	1,37	0,23	1,60
10	1,25	0,21	1,46
9	1,12	0,19	1,31
8	1,00	0,17	1,17
7	0,88	0,14	1,02
6	0,75	0,13	0,88
5	0,63	0,10	0,73
4	0,50	0,08	0,58
3	0,38	0,06	0,44
2	0,25	0,04	0,29
1	0,13	0,02	0,15

50X1-HUM

Verfügungen und Mitteilungen

des

Ministeriums für Eisenbahnwesen

1954	Berlin, den 13. Mai	Nr. 42
------	---------------------	--------

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

	Anschriftenänderung	412
Leitung		
MfE 308	Betriebliche Veranstaltungen, Siegerehrungen usw.	412
Betrieb		
MfE 309	Unfallmeldeplan für Bahnhöfe, die nicht Unfallmeldestelle sind, Haltepunkte und andere Dienststellen (Vordruck 42 304) — Vordruckänderung	412
Erfurt 28	6. Berichtigung des Abschnitts 21 (Sonderheft) des AzFV Erfurt	413
Reiseverkehr		
MfE 310	Zählungen der Briefbeutel in den Reisezügen	413
Greifswald 31	Eröffnung des Bfs Prora für den Expreßgutverkehr	413
Maschinendienst		
Berlin 25	Kontrolle der Lok durch Angehörige des AZKW	413
Wagenwirtschaft		
MfE 311	Kennzeichnung der von den ehem. Privatbahnen übernommenen regelspurigen Reisezugwagen	413
Magdeburg 27	Suchen von Wagen	414
Reichsbahnausbesserungswerke		
MfE 312	Meßgeräte zum Vermessen der Güterwagen-Untergestelle	414
Sicherungs- und Fernmeldewesen		
MfE 313	Grundsätze für den Flankenschutz der Fahrwege	414
Dresden 23	Beleuchtung der Vorsignale auf der Strecke Zittau—Görlitz	415
Investitionen		
MfE 314	Vorläufige Richtlinien im Sicherungswesen der Deutschen Reichsbahn für die Prüfung und Ausarbeitung der Vorentwürfe, Entwürfe und Ausführungszeichnungen sowie für den Ablauf des Baugeschehens	415
Kader		
Cottbus 10	Belohnung	418
Dresden 24	Belohnung	418
Erfurt 29	Belohnung	418
Planung		
MfE 315	Arbeitsprogramm der Planertagung der Deutschen Reichsbahn März 1954	418
MfE 316	Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1955 — Plan der Berufsausbildung —	418
Materialversorgung		
MfE 317	Nummerung der Materialien mit Ausnahme der Ersatzstücke und Ersatzteile für Geräte	422

SECRET

Arbeit

MfE 318	Inkraftsetzung der „Richtlinien für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen“ als DV 166	423
MfE 319	Normenberichterstattung (NM) 1954 bei der DR	423

Verwaltung

MfE 320	Besetzung des Veterinären Eisenbahnsanitätsdienstes	424
---------	---	-----

Organisation

Cottbus 11	Umbenennung von Bahnhöfen	424
Dresden 25	Dienststellenorganisation	424

Recht

MfE 321	Auszug aus Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichtes	424
MfE 322	Vertrag über das Aufstellen von Fackeltafeln	425

Technisches Zentralamt

MfE 323	Betriebsfunkanlagen	425
MfE 323 a	Absicherung von Fernmelde-Freileitungen	425

Bahnärztlicher Dienst

MfE 323 b	Drucksachen und Bestellscheine für den Bahnärztlichen Dienst	425
MfE 323 c	Rb-Verbundkarten	426
	Wer braucht?	426
	Wer hat?	426

Anschriftänderung

Mit sofortiger Wirkung befindet sich die Zentrale Beschaffungsstelle für Oberbaumstoffe in Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 15.

Sämtlicher Schriftwechsel sowie Rechnungen sind ab sofort an diese Anschrift zu richten.

Leitung**MfE 308**

Betr.: Betriebliche Veranstaltungen, Siegerehrungen usw.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß mich Dienststellenvorsteher, Amtsvorstände oder Werkdirektoren eigenmächtig als Referenten für betriebliche Veranstaltungen, wie z. B. Siegerehrungen und ähnliches, bekanntgaben, ohne von mir rechtzeitig die Zustimmung einzuholen.

Ich werde dadurch gezwungen, bereits getroffene Dispositionen zu ändern oder aber ich muß die Teilnahme an der betreffenden Veranstaltung ablehnen.

Letzteres ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Eisenbahner zu ihrer Leitung zu stärken. Ganz abgesehen davon werde sowohl ich als auch der für die Veranstaltung Verantwortliche in eine unangenehme Lage gebracht, die nicht ohne politische Auswirkung bleibt.

Ich ersuche daher alle Präsidenten, Amtsvorstände, Werkdirektoren und Dienststellenvorsteher, sich rechtzeitig an mich zu wenden, wenn ich bei irgendwelchen Veranstaltungen das Referat übernehmen soll. Erst nach meiner Zustimmung können die organisatorischen Vorbereitungen (Druck und Versand der Einladungen usw.) getroffen werden.

(Der Minister — 28. 4. 54 / 33 600)

gez. R. Chwalek

Betrieb**MfE 309**

Betr.: Unfallmeldeplan für Bahnhöfe, die nicht Unfallmeldestelle sind, Haltepunkte und andere Dienststellen (Vordruck 42 304). Vordruckänderung

Der Unfallmeldeplan für Bahnhöfe, die nicht Unfallmeldestelle sind (Anlage 4 der Buze), ist durch Aufnahme der ersten Maßnahmen des FdI zur Abwendung weiterer Gefahren zu ergänzen. Der Unfallmeldeplan nach Anlage 4 wird wie folgt geändert:

1. Zeile (Dienststelle):

des Bahnhofs

Grünauc

(Dienststelle)

(Ort)

2. Zeile: streichen (Posten usw. erhalten nur einen Auszug aus dem Unfallmeldeplan nach Anlage 3)

Hinter A I einfügen:

1.	Unfallmeldestelle	Bahnhof Schöna	Anruf: 175
----	-------------------	----------------	------------

Wenn dem FdL eines Bahnhofs, der nicht Unfallmeldestelle ist, oder dem FdL einer Abzweigstelle ein Vorwissen gemeldet wird,

Schutz der Unfallstelle veranlassen.

Falls erforderlich

Gefahrssignal geben,

Meldung

Betriebsgefahr haltet Züge zurück

und außerdem

Gleis sperren.

Beteiligte des Bahnhofs und der Strecke verständigen, Warnschilder und Hilfssperren anbringen.

B. Bei allen Vorkommnissen

und weiter wie bisher.

Zusatz für RBD Dresden:

RBD Dresden Sorge für Neudruck des Vordrucks entsprechend der Änderung nach vorstehender Verfügung.

(B - II - 3 Bum/54 v. 29. 4. 54 / 31 479) gez. Semper

Betr.: 6. Berichtigung des Abschnitts 21 (Sonderheft) des AzFV Erfurt

Erfurt 28

Strecke 9 a). Unter Triptis nachtragen: in Spalte 3 „Krölpa—Ranis Ausfsg C“, in Spalte 10 „605“;

Strecke 12 a). Als neue Nr. 2 nachtragen:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
—	2	Wünschendorf-Berga	10,24	10,31	0,10	—	schwache Brücke	30	—	 km 9,93

Strecke 12 b). Lfd. Nr. 1 wird 2. Darüber als neue lfd. Nr. 1 eintragen:

—	1	Berga - Wünschendorf	10,24	10,24	0,10	—	schwache Brücke	30	—	 km 10,70
---	---	----------------------	-------	-------	------	---	-----------------	----	---	--

Strecke 34 a). Bei lfd. Nr. 2 in den Spalten 9 und 11 die Zahl 30 ersetzen durch 20;

(B II - 1 a Bavfa v. 29. 4. 54 / 12 02)

gez. Feigel

Reiseverkehr

MfE 310

Greifswald 31

Betr.: Zählungen der Briefbeutel in den Reisezügen

Die nächste Zählung der mit Reisezügen zu befördernden Briefbeutel ist mit dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen vom 19. 8. bis 1. 9. 54 vereinbart worden. Die Zählung ist in der bisherigen Weise vorzunehmen. Die Beteiligten sind zu verständigen. Die Ergebnisse sind uns getrennt nach Entfernungen 1 bis 30, 31 bis 75, 76 bis 150 und 151 bis 300 km nach Abstimmung mit den zuständigen Bahnpostämtern bis 15. 10. 54 vorzulegen.

(R I - 4b Bbpo v. 29. 4. 54 / 31 922)

gez. i. A. Hüsken

Betr.: Eröffnung des Bfs Prora für den Expressgutverkehr

Am 20. 4. 54 wird der an der Strecke Lietzow—Binz gelegene Bf Prora für den Expressgutverkehr eröffnet. Der Bf wird nur für den Expressgutverkehr eingerichtet und untersteht dem Bf Lietzow.

Die Entfernungen betragen

Lietzow—Prora	7,02 km
Binz—Prora	4,98 km

Der Bf ist besetzt.

(R - II - 2/3 Vx v. 13. 4. 54 / 494)

gez. i. V. Bretzmann

Maschinendienst

Berlin 25

Betr.: Kontrolle der Lok durch Angehörige des AZKW

Bei der Kontrolle der Lok 52 2528 auf dem Kontrollbahnhof Seddin benahmen sich der Lokführer Scheminski und der Lokheizer Geier, beide vom Bw Schöne-weide, gegen die kontrollierenden Kolleginnen des AZKW sehr schlecht; Es fielen seitens des Personals

grobe Worte und Beleidigungen, so daß die Kontrolle abgebrochen werden mußte. Wegen des äußerst schlechten Betragens wurde das Lokpersonal mit einer Verwarnung bestraft.

Die Notwendigkeit der Kontrollorgane, den innerdeutschen Handel zu schützen, ist nicht erkannt worden. Die Verfügung des MfE 317/53 weist klar auf die Aufgaben der Kontrolltätigkeit des AZKW hin;

(M I - 5 v. 29. 4. 54 / 23 888)

gez. Groß

Wagenwirtschaft

MfE 311

Betr.: Kennzeichnung der von den ehem. Privatbahnen übernommenen regelspurigen Reisezugwagen

Die Umzeichnung der von den ehem. Privatbahnen in der DDR übernommenen regelspurigen Reisezugwagen

wurde, nach einem besonderen Umzeichnungsplan durchgeführt, der mit Vfg. GdR - IV - 43 - 6 Bwa vom 6. 2. 50 bekanntgegeben wurde.

Dieser Umzeichnungsplan enthielt folgende Bestimmung:

„Die Personen- und Gepäckwagen, die nicht den Bedingungen der DR-Wagen entsprechen, sind nur auf den Strecken der vormaligen Privatbahn zu verwenden.

Diese Wagen erhalten eine rote Umrahmung der Wagennummer (Rahmenbalken in Schriftstärke). Im Umzeichnungsplan sind diese Wagen mit gekennzeichnet.“

Vom Jahre 1952 an hat das Heimat-Raw Gotha viele dieser streckengebundenen ehem. Privatbahnwagen planmäßig umgebaut, so daß sie nunmehr auf allen Strecken eingesetzt werden können.

An allen diesen Wagen muß der rote Rahmenbalken um die Wagennummer anlässlich der Untersuchung im Raw Gotha entfernt werden.

Die WAS beim Raw Gotha hat danach zu streben, den Anteil der streckengebundenen Wagen der Wagentypen P 29 weitgehend zu verringern und nur solche Wagen weiterhin mit dem roten Rahmenbalken als streckengebunden zu kennzeichnen, deren Umbau aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht zu vertreten ist.

Die WAS Gotha erhält einen Umzeichnungsplan aus dem Jahre 1950 von der Rbd Dresden — Verw W —

(W - I - 3 v. 4. 5. 54 / 31 747)

gez. Pesch

Betr.: Suchen von Wagen - **Magdeburg 27**

Aus hier abgestelltem Reisezugwagen-Schadpark (Ers. Inv.) sind folgende Wagen verlorengegangen. Nach den Wagen ist auf allen Bf'en, RbW'en, Abstellgleisen, Bauzügen und Werkstätten zu forschen:

a) Cd 727 024 Mag (P-15);

b) WLü 3044 (T-314 562)

Im Auffindungsfalle Rbd Mag (VdW) W-I-3 Ruf 451 verständigen und Wagen auf Begleitschein und Vor-meldung absenden an

zu a) Bf Oschersleben/Bode für Raw Halberstadt und

zu b) Bf Salzwedel.

(W - I - 3 Füs v. 24. 4. 54 / 451)

gez. Reckling

Reichsbahnausbesserungswerke

MfE 312

Betr.: Meßgeräte zum Vermessen der Güterwagen-Untergestelle

Vom zentralen Vorrichtungs- und Konstruktionsbüro wurde ein Meßgerät zum Vermessen der Güterwagen nach der Bauart Weigmann Zg 834.19 3 508 neu entwickelt. Das Meßgerät setzt sich aus folgenden Teilgeräten zusammen:

- Gerät A** (Größe 1) Federbockabstand 548 bis 780 mm
Festlegung der Federbock-Mittenlinie in der Mitte der Achslagerführung
Preis 2150 DM
- (Größe 2) Federbockabstand 780 bis 970 mm Preis 2150 DM
- Gerät B** Messung der Lage der Achslagerführung Preis 500 DM
Messung der Lage der Achslagerführung Modelle Preis 80 DM
- Gerät C** Messung des Federbock-Mittenabstandes zwischen den Außenflächen der Achslagerführung, des Abstandes und des Diagonalabstandes Preis 100 DM

Gerät D Bandmaßführung für die Diagonalvermessung der G-Wagen, alle übrigen 2-achsigen Bauarten mit Brems-einrichtungen Preis 120 DM

Gerät E Bandmaßführung für die Diagonalvermessung der G-Wagen, Baureihe 42, 43 und 62 Preis 120 DM

Gerät F Messung des Abstandes zwischen Federbockmitte und Außenfläche der Achslagerführung Preis 50 DM

Gerät G Prüfung der winkligen Lage der Außenflächen der Achslagerführung zur Federbockmitten-Verbindungs-linie Preis 100 DM

Die Raw'e und WA werden angewiesen, bei Bedarf Bestellungen an das zentrale Vorrichtungs- und Konstruktionsbüro Kirchmöser aufzugeben. Dieses Gerät ist von der „Agm“ Güterwagen geprüft und als das zweckmäßigste anerkannt worden.

Es wird darauf hingewiesen, daß in Zukunft Geräte anderer Bauart nicht mehr beschafft oder selbst angefertigt werden dürfen.

(Raw — II — 2b/104/54 v. 28. 4. 54 / 31 557)

gez. Löbner

Sicherungs- und Fernmeldewesen

MfE 313

Betr.: Grundsätze für den Flankenschutz der Fahrwege hier: Einbau von Schutzweichen

Bei Kontrollen neu in Betrieb genommener Bahnanlagen wurde festgestellt, daß Abweichungen von den Grundsätzen für den Flankenschutz der Fahrwege bestehen. Die Anlagen sind nicht entsprechend § 5 der Grundsätze mit Schutzweichen ausgerüstet.

Wir vermuten, daß wegen Mangels an Weicheneinheiten bereits bei der Entwurfsbearbeitung auf den Einbau von Schutzweichen verzichtet wird.

Schutzweichen sind **grundsätzlich** entsprechend den Grundsätzen für den Flankenschutz der Fahrwege vor-zusehen und einzubauen.

Mit Vfg Hv 24 Ssb 28 vom 11. 9. 46 wurde angeordnet, daß ausnahmsweise beim Bau von Kreuzungsbahn-höfen auf den Einbau von Schutzweichen mit anschlie-ßendem Gleisstumpf verzichtet werden kann, wenn z. Z. ein Materialmangel besteht. Es ist jedoch in jedem Falle der spätere Einbau vorzusehen und zu berück-sichtigen.

Muß aus Gründen des Materialmangels der Einbau von Schutzweichen zurückgestellt werden, so ist in allen Fällen die besondere Genehmigung des Ministeriums für Eisenbahnwesen einzuholen.

Die Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Auf Vfg Hv 24 Ssb 28 vom 11. 9. 46 ist ein entsprechender Vermerk handschriftlich anzubringen.

(SF I — Sf 1 v. 28. 4. 54 / 31 471)

gez. Gebhardt

Dresden 23

Betr.: Beleuchtung der Vorsignale auf der Strecke Zittau—Görlitz

Ab 12. 5. 54, von Eintritt der Beleuchtungszeit an, werden auf der Strecke Zittau—Görlitz in beiden Richtungen sämtliche Vorsignale mit zwei Laternen entsprechend der ESO beleuchtet;

(SF-I 2c Sss 572 v. 22. 4. 54)

gez. Dr.-Ing. W. Müller

Investitionen

MfE 314

Betr.: Vorläufige Richtlinien im Sicherungswesen der Deutschen Reichsbahn für die Prüfung und Ausarbeitung der Vorentwürfe, Entwürfe und Ausführungszeichnungen sowie für den Ablauf des Baugeschehens

I. Prüfung der Entwurfsunterlagen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen (GBI. Nr. 10 vom 26. 11. 49 § 1 u.a.) sind alle volkseigenen Betriebe verpflichtet, zur Prüfung der Qualität der erbrachten Leistungen eine Gütekontrolle durchzuführen.

A.

a) Bei der Deutschen Reichsbahn ist für die Prüfung der Vorentwürfe, Entwürfe und der Ausführungszeichnungen, die vom EVDR bzw. den Signalwerkstätten der Deutschen Reichsbahn aufgestellt werden, nach Verf. St Min Inv I Ia 1719/53 vom 2. 11. 53 der Güteingenieur für Sicherungsanlagen beim EVDR verantwortlich.

b) Im einzelnen erstreckt sich diese Verantwortung auf:

Im allgemeinen

1. Zweckmäßigkeit der Ausführung und der vorgesehenen Konstruktion;
2. Einhaltung aller gesetzlichen Gütevorschriften, der in Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen usw. festgelegten Bestimmungen sowie evtl. Sonderbestimmungen der Ministerien;
3. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Konstruktionen;
4. Angemessenheit der den Kostenüberschlägen und Kostenplänen zugrunde gelegten Maße und Preise;
5. Übereinstimmung des Vorentwurfs und des Entwurfs mit den im Bauprogramm enthaltenen Forderungen bzw. auf genaue Begründungen bei Abweichungen;
6. Richtigkeit des festgelegten technologischen Arbeitsablaufes;
7. Lösung der Bauaufgabe in wirtschaftlicher Hinsicht;
8. Beachtung der in den Dienstvorschriften, Regelzeichnungen, Verfügungen der DR erlassenen Bestimmungen.

Im besonderen, daß

1. die projektierte Anlage den Erfordernissen des Betriebes und der Betriebssicherheit entspricht;

2. weitestgehend gleiche Stellwerkstypen auf den Bahnhöfen einer Strecke eingebaut werden (Perspektivplan des Sicherungswesens);
 3. die Sicherungspläne mit den Gleisplänen übereinstimmen;
 4. die Einteilung der Stellwerksbezirke und die Art und Lage der Stellwerksgebäude zweckmäßig ist;
 5. die für den reibungslosen Betriebsablauf notwendigen Fahrwege vorgesehen sind. Bei zu hoch erscheinenden Forderungen des Betriebes ist nach Überprüfung der Bauprogramme gegebenenfalls die Entscheidung der Hv des Betriebes im MfE einzuholen;
 6. die Flankenschutzeinrichtungen und die vom Zuge zu betätigenden Auslösevorrichtungen sowie die Zungenriegel und Zungenprüfer vorgesehen sind;
 7. die Verschlussafel einschl. sämtlicher Verschlüsse richtig ist;
 8. sämtliche Schaltungen richtig sind;
 9. die technischen Grundsätze eingehalten sind, einschl. der durch Ha Investitionen, das Technische Zentralamt und der Hv Sicherungs- und Fernmeldewesen herausgegebenen Direktiven für die Ausbildung und Gestaltung der Bahnanlagen mit Sicherungsanlagen;
 10. die Kalkulation den Bestimmungen und Gesetzen entspricht und die Preise angemessen sind.
- c) Über das Prüfverfahren, die Zuständigkeiten der einzelnen Fachgüteingenieure, die Maßnahmen bei Beanstandungen und die Form des Vermerkes „geprüft“ gelten die Bestimmungen in Verf. St Min Inv I—Ia 1719/53 vom 2. 11. 53.

B.

- a) Für die Prüfung der Ausführungsunterlagen, die durch VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik aufgestellt werden, zeichnet der Güteingenieur des Werkes verantwortlich.
- b) Zu den Ausführungsunterlagen, die vom VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik aufzustellen sind, gehören in der Regel:
 1. Erläuterung des techn. Entwurfs;
 2. Schaltpläne für Weichen, Signale und Fahrstraßenabhängigkeiten;
 3. Skizze des Gleisbildtisches;
 4. Kabelplan;
 5. Raum und Gebäudebedarf für die Anlage;
 6. Stromversorgungsanlage;

7. Leistungsverzeichnis mit Festpreisen für die gesamte Anlage (aufgegliedert auf die vorgesehenen Bauabschnitte).
 - c) Der Güteingenieur des Werkes übernimmt die Verantwortung für die volle Richtigkeit der vorstehend aufgeführten Unterlagen gemäß:
 1. der von der Deutschen Reichsbahn aufgestellten Verschußtafel und des Lageplanes;
 2. den von der Deutschen Reichsbahn genehmigten Grundschaltungen;
 3. den von der Deutschen Reichsbahn im Bauprogramm oder dem Erläuterungsbericht festgelegten Sonderforderungen;
 4. den vom VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik erlassenen Bestimmungen;
- C.
1. Entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen (Mustervertrag für Projektierungsleistungen im Sicherungswesen) übergibt VEB Signalbau die fertiggestellten Ausführungsunterlagen dem Auftraggeber (EVDR).
 2. Die vom Güteingenieur des Werkes unterschriebenen Pläne werden von der DR, Abt. Investitionen, zur Ausführung genehmigt.
 3. Die Deutsche Reichsbahn bestätigt damit, daß sie mit der Ausführung in der projektierten Weise einverstanden ist.
 4. Der Güteingenieur des Werkes wird durch diese Genehmigung bezüglich der Verantwortung zu B. nicht entlastet.
 5. Die Genehmigung zur Ausführung durch Abt. Investitionen hat innerhalb von 10 Tagen zu erfolgen. (Die weitere Behandlung der Ausführungsunterlagen regelt Abschnitt II.)
 6. Vor Inbetriebnahme der Anlage findet durch die DR eine Funktionsprüfung statt. Spätestens zehn Wochen vor dieser Prüfung legt VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik die vollständigen, von einem Verantwortlichen des Werkes unterzeichneten Schaltungen und sonstige Unterlagen dem zuständigen Güteingenieur der Reichsbahn zum Zwecke der Vorprüfung für die Funktionsprüfung vor.
 7. Der Güteingenieur der Reichsbahn prüft die die Sicherheit beeinflussenden Stromläufe (Kupplstrom, Abhängigkeiten und Ausschlüsse) und bestätigt die Richtigkeit durch den vorgeschriebenen Prüfvermerk.
 8. Arbeitet die Anlage bei der Funktionsprüfung nach den gestellten Forderungen, so wird sie von der Deutschen Reichsbahn verantwortlich übernommen.
 9. Über das Ergebnis der Funktionsprüfung ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Beauftragten der Verw. SF, Abt. Invest, des Investitionsträgers und einem Beauftragten des Auftragnehmers zu unterzeichnen ist.
 10. Bei vollelektrischen Anlagen ist je eine Abschrift des Übernahmeprotokolls der Ha Invest und Hv SF im MfE vorzulegen.
Vom Tage der Abnahme an, die spätestens vier Wochen nach Inbetriebnahme der Anlage protokollarisch zu erfolgen hat, haftet der Auftragnehmer für die Güte der Ausführung und der Baustoffe noch ein Jahr bei den gesamten Stellwerkeinrichtungen, einschl. der Stromversorgungsanlage, und drei Jahre für die Arbeiten an den Kabeln, einschl. der Endverschlüsse und Verteiler.
 11. Im weiteren gelten die „Besonderen Bedingungen für die Lieferung und das Aufstellen von Stellwerken, Ausgabe 1951“ und die besonderen Bedingungen für die Anlagebaubetriebe der Elektrotechnik.

II. Schema des Ablaufs der Vorprojektierung, Projektierung und der Anfertigung der Ausführungszeichnungen (gem. GBL 22 vom 25. 4. 54).

Schema des Ablaufes	Erforderliche Maßnahmen
A. Planträger oder Investitionsträger	1. Verwaltung SF stellt auf Grund der Forderungen der Dienststellen und nach Maßgabe des sicherungstechnischen Perspektivplanes ihre Forderungen und legt diese in einem Bauprogramm fest. 2. Abt. Investitionen koordiniert diese Forderung mit den Forderungen der anderen Fachabteilungen (Betrieb, Strecken usw.) und den örtlichen Notwendigkeiten.
Vertrag	3. Abt. Invest schließt Vertrag mit den Projektanten (EVDR),
B. Projektant (Ausarbeitung des Vorentwurfs)	1. Der Projektant ist nach den gesetzlichen Bestimmungen gehalten, nur für solche Anlagen die Anfertigung von Vorprojekten in Auftrag zu nehmen, für deren Konstruktion oder Verfahrenstechnologie fertigungsreife Unterlagen vorliegen. Soll ausnahmsweise von diesem Grundsatz abgewichen werden, so hat die Verw. SF bzw. das TZA die Notwendigkeit ausführlich zu begründen und das Projekt entsprechend zu kennzeichnen. 2. Das Vorprojekt für Investitionsvorhaben, deren Durchführung sich über mehrere Jahre erstreckt, ist geschlossen für das Gesamtvorhaben auszuarbeiten. Die Bauabschnitte für die einzelnen Planjahre sind entsprechend zu unterteilen. Entsprechendes gilt für die Kostenüberschläge und Ausrüstungslisten; 3. Das Vorprojekt ist spätestens bis 30. 6. des Jahres, das dem Jahr der Durchführung d. Investitionsvorhaben vorangeht, fertigzustellen. 4. Für die Vorhaben, für die die Ausarbeitung von Ausführungszeichnungen im Vorlauf durch VEB Werk für Signal- und Sicherungs-

Schema des Ablaufes	Erforderliche Maßnahmen
Übergabe des Vorprojektes C. Planträger (Abt. oder Ha Invest) Prüfung und Bestätigung des Vorentwurfs	technik vorgesehen ist, ist es notwendig, daß der Lageplan und der Verschußtafelkopf schon im Vorentwurf ausführungsfähig ausgearbeitet wird. 5. Der Projektant ist verantwortlich dafür, daß, sobald die ausgearbeiteten Unterlagen den Umfang der geplanten Anlage erkennen lassen, eine Besprechung (örtlich) mit allen beteiligten Fachabteilungen durchgeführt wird (in der Regel Abt. Investitionen, der zuständige Güteingenieur, Verw. SF, Verw. Betrieb, späterer Investitionsträger, Bahnhof, Sfm und, wenn notwendig, die vorgesehenen Auftragnehmer VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik oder SFW). Diese Besprechungen sind auf alle Fälle durchzuführen bei den Vorhaben, wo vollelektrische Anlagen zum Einbau gelangen und bei anderen umfangreichen Investitionen. (Hv SF [31 371] und Ha Invest [31 674] des Ministeriums für Eisenbahnwesen ist von diesen Besprechungen zu unterrichten.) Die bei diesen Besprechungen getroffenen Entscheidungen sowie die Stellungnahmen sind in einem Protokoll festzuhalten und dem Planträger bei der Übergabe des Vorentwurfs mit vorzulegen.
Übergabe des bestätigten Vorprojektes D. Investitionsträger	1. Abt. Investitionen legt in Verbindung mit dem Investitionsträger fest, wer den Auftrag zur Bauausführung bekommt (VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik oder SFW) und ist verantwortlich dafür, daß die Betriebe bis 31.7. j.J. Unterlagen zum Zwecke der Stoff- und Arbeitskräfteplanung erhalten. 2. Abt. Investitionen legt weiterhin fest, für welche Objekte mit VEB Werk Signal- und Sicherungstechnik Verträge für die Ausarbeitung der Ausführungszeichnungen im Vorlauf abzuschließen sind und weist entsprechend das EVDR an. Der Investitionsträger hat davon Kenntnis zu erhalten.
E. Projektant (EVDR)	Vertrag 1. Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Vertrag mit dem Projektanten so rechtzeitig abzuschließen, daß bereits dem Planvorschlag das bestätigte Projekt zugrunde gelegt werden kann. 1. Das EVDR schließt im Rahmen der von Abt. Investitionen festgelegten Bauvorhaben Verträge mit VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik für die Ausarbeitung der Ausführungszeichnungen ab. 2. Die fertiggestellten Ausführungsunterlagen werden von Abt. Investitionen zur Ausführung genehmigt (innerhalb von zehn Tagen) und in der Regel dem Investträger übergeben. 3. Bei Abschluß des Bauleistungsvertrages sind die bereits fertiggestellten Ausführungsunterlagen vom Auftraggeber dem Auftragnehmer mit zu übergeben, der dann die Ergänzung der Unterlagen (Benummerung usw.) vornimmt. 4. Abt. Investitionen hat während der Entwurfsbearbeitung sich laufend über den Fortlauf der Projektierung zu orientieren, Unklarheiten in Verbindung mit dem zuständigen Güteingenieur zu klären und vor Bestätigung des Entwurfs Verwaltung SF und, wenn notwendig, Verwaltung Betrieb über das projektierte Vorhaben Vortrag zu halten und die Stellungnahmen protokollarisch festzuhalten. (Zu dieser Besprechung ist der Investträger mit hinzuzuziehen.) Das Protokoll ist bei Überlimitvorhaben und bei allen Vorhaben, wo vollelektrische Anlagen zur Ausführung kommen, der Ha Investitionen, Min. für Eisenbahnwesen, vorzulegen.
Übergabe des Projektes F. Planträger (Abt. oder Ha Invest) Prüfung und Bestätigung des Projektes (14 oder 28 Tage) Übergabe des bestätigten Projektes G. Investträger Durchführung des Investvorhabens (Vertragsabschluß)	

(Inv. I—4 v. 27. 4. 54 / 31 674)

gez. Kuhn

417

SECRET

Kader**Betr.: Belohnung****Cottbus 10**

1. Am 20. 3. 54, Stde 13, bemerkte der Weichenreiniger Hugo Hapke, Bf Guben, daß das Pappdach des Lagerschuppens der Bm Guben brannte. Er verständigte sofort die Aufsicht, diese sorgte sofort für Brandbekämpfung durch eine Lok.

Durch die Aufmerksamkeit und sofortige Meldung des Koll. Hapke ist ein Brandschaden verhütet worden.

Wir sprechen hiermit dem Weichenwärter Hapke, Bf Guben, unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Er erhält außerdem eine Geldprämie.

2. Am 21. 3. 54 fuhr der N 9347 um 9.15 Uhr an der Bk Madlow vorbei. Bei der Beobachtung des Zuges vernahm der Fahrdienstleiter im hinteren Zugteil außerordentliche Schläge im Gleis. Sofort nach Durchfahrt untersuchte er das Streckengleis und fand einen doppelten Schienenbruch, vom Schienenkopf waren 25 cm herausgebrochen. Er sperrte sofort das Gleis und sorgte für Abhilfe.

Der nächste fällige Zug war der E 295.

Der Fahrdienstleiter Heinz Langner, Bahnhof Cottbus, hat aufmerksam und folgerichtig gehandelt und eine Gefahrenstelle im Gleis beseitigt.

Wir sprechen ihm hiermit unsere Anerkennung aus, er erhält ferner eine Geldprämie ausgezahlt;

(Rba Cottbus B II 4 v. 15. 4. 54)

gez. Hoppe

Betr.: Belohnung**Dresden 24**

Der Arbeitsabnehmer im Oberbau Karl Fierdel, Bm Bischofswerda, hat besondere Aufmerksamkeit bei der Entdeckung von zwei Schienenbrüchen in kurzer Zeit bewiesen und dadurch Betriebsgefahren abgewendet. Außerdem hat er einen nachts ausgebrochenen Brand einer Bahnböschung gemeinsam mit seiner Frau gelöscht und dadurch ein Übergreifen des Brandes auf den angrenzenden Wald verhindert. Alle drei Gefahrenquellen entdeckte Kollege Fierdel außerhalb seines Dienstes, auf dem Wege zum und vom Dienst.

Dem Kollegen Fierdel wurde als Anerkennung für seine vorbildliche Haltung eine Geldprämie von **100 DM** und eine Urkunde hierüber überreicht.

(Rba Bautzen — AV — v. 20. 4. 54)

gez. Hiob

Betr.: Belohnung**Erfurt 29**

Am 9. 2. 54 erhielt der P 565 vor dem Bf Eisleben Einfahrt in einen mit Gz 6379 besetzten Streckenabschnitt. Durch die Aufmerksamkeit des Lokführers Eckebrecht vom Bw Nordhausen konnte der P 565 noch rechtzeitig zum Halten gebracht und dadurch ein folgenschwerer Unfall verhindert werden.

Kollege Eckebrecht wurde mit einer Belobigung und einer Geldprämie ausgezeichnet.

(B — II — 4 Pbsch v. 22. 4. 54)

gez. Feigel

Planung**MfE 315****Betr.: Arbeitsprogramm der Planertagung der Deutschen Reichsbahn März 1954**

Die seit der Planertagung der Deutschen Reichsbahn im März 1954 eingetretene Entwicklung macht es erforderlich, daß das dort einstimmig beschlossene Arbeitsprogramm für die Planung abgeändert werden muß. Die mit der Ausarbeitung der Arbeitsanweisungen und Formblätter für die Projekt- und Betriebspläne 1955 beauftragte Arbeitsgemeinschaft hat ihre Arbeit beendet. Von ihr wurden gleichzeitig die Nomenklaturen und besonders für den Maschinendienst Erläuterungen für die Planpositionen ausgearbeitet, auf deren Grundlage die Planung für das Jahr 1955 erfolgen wird. Die im Punkt 2 beauftragte Arbeitsgemeinschaft hat nun die Aufgabe, aufbauend auf den Ergebnissen der Plangrundlagen für 1955 für den 2. Fünfjahrplan (1956 bis 1960) die Überprüfung und Überarbeitung der Nomenklaturen und Begriffsbestimmungen sämtlicher Planpositionen in Angriff zu nehmen. Die im Punkt 2 genannten Termine sind dennoch wie folgt zu ändern:

Die zur Lösung dieser Aufgaben beauftragte Arbeitsgemeinschaft ist bis zum 31. 8. 54 zu bilden. Die Zusammensetzung und Verantwortlichkeit der Arbeitsgemeinschaft bleibt, wie es im Arbeitsprogramm festgelegt ist, bestehen.

Sämtliche Arbeitsprogramme sind entsprechend zu berichtigen.

(Pl II — 1/2085/54 v. 23. 4. 54)

gez. Weyer

MfE 316**Betr.: Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1955 — Plan der Berufsausbildung —**

Hier: Erläuterungen für die Deutsche Reichsbahn

Die in der Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1955 — Plan der Berufsausbildung — erlassenen Anordnungen haben für die gesamte Volkswirtschaft Gültigkeit. Diese Anordnungen sind von allen in der Planung der Berufsausbildung beteiligten Stellen der Deutschen Reichsbahn streng einzuhalten. Die Bearbeiter dieses Planteiles müssen diesen Planteil nach der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit aufstellen und ebenso die Plankontrolle durchführen. Dazu ist erforderlich:

1. Die Planer der Fachgruppen der Reichsbahnämter ermitteln den nach dem Arbeitskräfteplan und den zu erwartenden Planaufgaben erforderlichen Bedarf an Facharbeiternachwuchs. Sie übergeben der Gruppe Planung des Reichsbahnamtes ihren Vorschlag bis zum 11. 5. 54. Der Arbeitskräfteplaner der Gruppe Planung diskutiert die Vorschläge der Fachplaner gemeinsam mit dem Ausbildungsleiter des Reichsbahnamtes und dem zuständigen Bearbeiter der Abt. Kader. Die Abt. Kader legt danach fest, wo die Werbung der Lehrlinge erfolgen soll und in welchen Beschäftigungsarten sie nach Lehrabschluß eingesetzt werden sollen. Der Planvorschlag ist der Rbd — Abt. Planung — bis zum 15. 5. 54 vorzulegen; Der Vorschlag ist nach Kreisen aufzugliedern und dem Rat des Kreises, Abt. Arbeit und Berufsausbildung, in dem der jeweilige Ausbildungsbahnhof, Lehrbauhof, Bw oder Kbw liegt, bis zum 15. 5. 54 vorzulegen;

2. Alle Raw'e haben ihren Vorschlag bis zum 15.5.54 dem zuständigen Rat des Kreises — Abt. Arbeit und Berufsausbildung — zu übergeben. (Zweigbetriebe siehe Punkt 4.)

Die Rbd'en und die Hv Raw'e legen ihre Planvorschläge dem Min. f. Eisenbahnwesen — Abt. Planung — bis zum 25.5.54 vor.

3. Der Planvorschlag wird dem MfE — Abt. Planung —, wie auch den Räten der Kreise, formlos nach der Nomenklatur (Seite 3 des beiliegenden Teils der Ordnung der Planung 1955) übergeben. Der Text der Kopfspalte des formlosen Blattes ist

1. laufende Nr.
2. Bezeichnung
3. Maßeinheit
4. Voraussichtliche Erfüllung 1954
5. Planvorschlag 1955
6. 1955 zu 1954 in %

Auf der Rückseite sind die Lehrberufe aufzuführen:

Wird dieser Planvorschlag nicht mehr von den Räten der Kreise bzw. vom MfE — Abt. Planung — verändert, so ist er im Arbeitskräfteplan (Plan 54) und im Plan- teil für Berufsausbildung (Plan 55.1 und 55.2) des Projektbetriebsplanes 1955 zu übernehmen.

4. Die Raw'e, die Lehrlinge zur Ausbildung in den ihnen angeschlossenen Zweigbetrieben anderer Kreise einstellen, haben die Planvorschläge getrennt nach Haupt- und Zweigbetrieben auszuarbeiten und den Zweigbetrieben die Planvorschläge bis zum 12.5.54 zu übergeben. Die Zweigbetriebe reichen die Planvorschläge bis zum 15.5.54 an den für den Sitz des Zweigbetriebes zuständigen Rat des Kreises — Abt. Arbeit und Berufsausbildung — ein.

Beispiel: Das Raw A im Kreis X hat eine Lehrwerkstatt im Ort B Kreis J. Das Raw A reicht den Planvorschlag bei seinem Rat des Kreises X unterteilt nach Kreis X und J ein, nachdem er seinem Zweigbetrieb in B den entsprechenden

Vorschlag übergeben hat. Der Zweigbetrieb, die Lehrwerkstatt in B, legt seinen Vorschlag dem Rat des Kreises J — Abt. Arbeit und Berufsausbildung — vor. Die Vorlage erfolgt nach den unter Punkt 2 und 4 genannten Terminen.

5. Um den Plan der Berufsausbildung volkswirtschaftlich richtig und um eine gute volkswirtschaftliche Bilanz aufstellen zu können, ist es erforderlich, daß innerhalb der Kreise und auch überbezirklich ein Ausgleich vorgenommen werden kann. Auf der Rückseite des Planvorschlages ist neben den Berufsarten die vorhandene Ausbildungskapazität aufzuführen. Bw'e, die keine Ausbildungsmöglichkeiten haben, melden ihren Bedarf bei dem nächstgelegenen Raw an.

Ist dort die Ausbildungskapazität erschöpft oder das nächste Raw zu weit entfernt, ist der Bedarf beim Rat des Kreises anzumelden und mit einem VEB ein Vertrag abzuschließen, der in der Lage ist, den Facharbeiternachwuchs in der entsprechenden Berufsart auszubilden. Der Plan für Berufsausbildung ist von allen Betrieben nicht nach der vorhandenen Ausbildungskapazität, sondern nach dem realen Bedarf entsprechend dem Arbeitskräfteplan aufzustellen. Dieser kann über oder auch unter der maximalen Kapazitätsgrenze liegen. Werden vom Rat des Kreises — Abt. Berufsausbildung — einem Raw oder Bw, deren Kapazität nicht ausgenutzt ist, Lehrlinge zur Ausbildung zugewiesen, um diese für andere Zweige der Volkswirtschaft auszubilden, muß das entsprechende Raw oder Bw einen Vertrag mit dem VEB abschließen, der die Lehrlinge nach Lehrabschluß übernimmt. In jedem Falle muß gewährleistet sein, daß die ausgebildeten Lehrlinge nach Lehrabschluß in ihrem Beruf eingesetzt werden können.

Auf Grund des Planvorschlages können die entsprechenden Verträge bereits abgeschlossen werden.

Die in dieser Verfügung enthaltenen grundlegenden Bestimmungen gelten auch für die weitere Planaufstellung und müssen beachtet und eingehalten werden.

(Pl III - I a/54 v. 23.5.54)

gez. Weyer

Auszug aus der vorläufigen Ordnung der Planung 1955

Nomenklatur für die Ausarbeitung des Planvorschlages Berufsausbildung

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Vorauss. Erf. 1954	Planvorschlag 1955	1955 in % 1954
1	2	3	4	5	6
a) Praktische Berufsausbildung					
1	Lehrlinge am 31. 12.	Pers.			
2	Lehrlinge im Jahresmittel (Diese Zahl ist im Arbeitskräfteplan zu übernehmen)	Pers.			
2.1	darunter Lehrlinge in selbständig bilanzierenden Lehrkombinaten	Pers.			
3	Auslernende	Pers.			
3.1	darunter im Frühjahr 1955	Pers.			
4	Neueinstellungen von Lehrlingen	Pers.			
4.1	darunter weiblich	Pers.			
5	Lehrplätze gesamt	Plätze			
5.1	darunter weiblich	Plätze			
6	Lehrlinge in Lehrwerkstätten, Lehrreken und Lehrbetrieben	Pers.			
7	Benötigte Facharbeiter, die mangels genügender Ausbildungsmöglichkeiten nicht ausgebildet werden können	Pers.			

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Maß- einheit	Vorauss. Erf. 1954	Plan- vorschlag 1955	1955 in % 1954
1	2	3	4	5	6
8	Ausbilder gesamt	Pers.			
9	Plätze in Lehrlingswohnheimen	Plätze			
9.1	darunter zum 1. 9. 55 freie Wohnheimplätze	Plätze			
10	Heimleiter	Pers.			
11	Erzieher	Pers.			
b) Theoretische Ausbildung					
1	Schüler in Betriebsberufsschulen am 31. 12.	Pers.			
2	Plätze an Betriebsberufsschulen	Plätze			
3	Lehrkräfte in Betriebsberufsschulen gesamt	Pers.			

Begriffsbestimmungen:**Lehrlinge**

Hierzu gehören alle Beschäftigten, die einen Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Nicht dazu gehören die Beschäftigten, die auf Grund der Verordnung „über die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben“ vom 5. 3. 53 ausgebildet bzw. qualifiziert werden.

Jahresmittelzahl der Lehrlinge

Im Unterschied zu allen anderen Positionen des Planes der Berufsausbildung, wo Stichtagszahlen bzw. absolute Zahlen ausgewiesen werden, handelt es sich hier um die Zahlen der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Lehrlinge.

Beispiele für die Berechnungsmethode der Jahres- und Quartalsmittelzahlen der Lehrlinge:

Monat bzw. Quartal	Berechnungsmethode	Zahlenbeispiel
Endstand 1954 lt. Plan der Berufsausbildung	—	1000
Januar 1955	Endstand vom 31. 12. 54	1000
Februar 1955	Endstand vom 31. 12. 54	1000
März 1955	Endstand vom 31. 12. 54 minus auslernende Lehrlinge	1000 - 600 auslernende Lehrlinge = 400
I. Quartal 1955	Summe : 3	Summe 2400 : 3 = 800 (Quartalsmittel)
April 1955	Stand März 1955	400
Mai 1955	Stand März 1955	400
Juni 1955	Stand März 1955	400
II. Quartal 1955	Summe : 3	1200 : 3 = 400 (Quartalsmittel)
Juli 1955	Stand Juni 1955	400
August 1955	Stand Juni 1955	400
September 1955	Stand Juni 1955 minus auslernende Lehrlinge plus Neueinstellungen von Lehrlingen	400 - 300 auslernende Lehrlinge + 900 Neueinstellungen von Lehrlingen = 1000
III. Quartal 1955	Summe : 3	1800 : 3 = 600 (Quartalsmittel)
Oktober 1955	Stand September 1955	1000
November 1955	Stand September 1955	1000
Dezember 1955	Stand September 1955	1000
IV. Quartal 1955	Summe : 3	3000 : 3 = 1000 (Quartalsmittel)
Gesamtjahr 1955	Summe der 4 Quartalsmittel : 4	2800 : 4 = 700

Lehrplätze

Hierzu gehören die Plätze, die den Lehrlingen für die praktische Ausbildung zur Verfügung stehen und mit der für den Beruf erforderlichen Ausrüstung versehen sind — Werkbank, Maschine oder sonstige Ausrüstung —.

Im Handel sind nur die Plätze der Lehrverkaufsstellen und Lehrreken als Lehrplätze auszuweisen.

Als Lehrplätze in diesem Sinne gelten nicht:

Arbeitsplätze in der Produktion, an denen die Lehrlinge in ihrem weiteren Lehrabschnitt ausgebildet werden.

den, unabhängig davon, ob sie ständig oder nur zeitweise von Lehrlingen besetzt sind.

Ausbilder

Zu den Ausbildern gehören:

- a) Lehrausbilder
- b) Lehrmeister
- c) Lehrobermeister
- d) Ausbildungsleiter.

Lehrlingswohnheimplätze

sind Plätze, die für die wohnliche Unterbringung der Lehrlinge in abgegrenzten Räumen bzw. Gebäuden eingerichtet sind. Hierzu zählen nicht:

- a) die Plätze, die den Lehrlingen im Baugewerbe bzw. in der Landwirtschaft zur gemeinsamen Benutzung mit den Bau- bzw. Landarbeitern in den Arbeiterunterkünften zur Verfügung gestellt werden.
- b) Einzelunterkünfte in Privatwohnungen bzw. Gasthäusern usw.

Berufsschüler

Hierbei handelt es sich um sämtliche Jugendlichen, die an den Berufsschulen oder den diesen angeschlossenen Außenstellen ihren theoretischen Unterricht erhalten, gleichgültig, ob sie sich im Ausbildungsverhältnis befinden, in einem Arbeitsverhältnis stehen oder ohne Arbeitsverhältnis sind.

Plätze an Berufsschulen

Dazu zählen:

Die tatsächlich vorhandenen Unterrichtsplätze an den Berufsschulen und den ihnen angeschlossenen Außenstellen, unabhängig davon, ob diese mehrfach besetzt sind oder nicht.

Lehrkräfte

Zu dieser Position gehören hauptamtlich angestellte Lehrer sowie nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte.

III. Erläuterungen zu den Plänen in der Reihenfolge wie I.

Formblatt „Berufliche Gliederung“ 0590
Im Formblatt 0590 ist die Systematik der Berufe nach Berufsordnungen des Staatssekretariats für Berufsausbildung eingedruckt. Das Formblatt 0590 ist nicht von den Betrieben, sondern nur von den VVB's, Hauptverwaltungen, Fachministerien usw. und den Kreisen und Bezirken zu verwenden.

Die Betriebe verwenden für die Aufgliederung der Neueinstellungen nach Berufen die Rückseite des Formblattes 0591. Dabei ist die Systematik der Berufe des Staatssekretariats für Berufsausbildung zugrunde zu legen.

Formblatt „Praktische und theoretische Ausbildung“ 0591:

Zu Position 1:

Die Anzahl der Lehrlinge am 31. 12. 55 ist festzulegen, ausgehend von dem voraussichtlichen Erfüllungsstand am 31. 12. 54, unter Berücksichtigung der Auslernenden und Neueinstellungen im Planjahr 1955.

Zu Position 2:

Siehe Berechnungsmethoden unter II., Begriffsbestimmungen.

Bei der Festlegung der Lehrlinge in selbständig bilanzierenden Lehrkombinaten (Position 2.1) sind nur die Lehrlinge zu berücksichtigen, die über den Haushalt des Fachministeriums, Staatssekretariats usw. finanziert werden.

Zu Position 3:

Siehe unter Begriffsbestimmungen.

Zu Position 4:

Den Neueinstellungen muß der tatsächliche Bedarf an Facharbeiternachwuchs des Betriebes in den kommenden Jahren, untergliedert nach Berufen (berufliche Untergliederung auf Formblatt 0591 — Rückseite —) entsprechend den Produktionsaufgaben zugrunde liegen. Bei der Festlegung der Anzahl der Neueinstellungen ist also nicht von den gesamten Ausbildungsmöglichkeiten auszugehen, sondern von dem Facharbeiterbedarf des Betriebes. Dabei ist zu beachten, daß in die Zahl der Neueinstellungen nur die vom Staatssekretariat für Berufsausbildung anerkannten Lehrberufe aufgenommen werden.

Bei der Ermittlung des Facharbeiterbedarfs sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Arbeitskräftezunahme in den betreffenden Lehrberufen auf Grund der Entwicklung der Produktion des Betriebes unter Berücksichtigung der Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie der Erhöhung des Facharbeiteranteils.
2. Natürliche Abnahme an Arbeitskräften, d. h. unter Berücksichtigung der Überalterung der Belegschaft, Todesfälle, Invalidität usw.
3. Abgang von Arbeitskräften zum Studium an die Arbeiter-und-Bauernfakultät, Hoch- und Fachschulen sowie sonstige Abgänge.
4. Lehrdauer des betreffenden Lehrberufes unter Zugrundelegung der Systematik der Ausbildungsberufe des Staatssekretariats für Berufsausbildung.

Die Anzahl der auszubildenden Facharbeiter, die auf Grund des Facharbeiterbedarfs des Betriebes benötigt werden, aber mangels Ausbildungsmöglichkeiten im Betrieb nicht ausgebildet werden können, sind in der Position 7 anzuführen und auf dem Formblatt 0591 — Rückseite — beruflich aufzugliedern. Hierbei handelt es sich einmal um Facharbeiter der Berufe, die der typischen Produktionsart des Betriebes entsprechen, aber auf Grund unzureichender Ausbildungsmöglichkeiten nicht ausgebildet werden können und zum anderen um Lehrberufe, die produktionsfremd sind und im Zuge der Berufsbereinigung in anderen Industrie- bzw. Wirtschaftszweigen ausgebildet werden (z. B. metallverarbeitende Berufe, die in der Regel in den Betrieben des Maschinenbaues ausgebildet werden).

Zu Position 5:

Hierbei handelt es sich um die Plätze, die den Lehrlingen für die praktische Ausbildung zur Verfügung stehen (siehe Begriffsdefinitionen). Es sind die tatsächlich vorhandenen Plätze in Lehrwerkstätten und Lehrwerken zu planen, unabhängig davon, ob sie durch die Anwendung des Gruppen- oder Schichtsystems mehrfach besetzt werden.

Zu Position 5.1:

Hierunter sind Lehrplätze in Lehrwerkstätten zu erfassen, die über den auszubildenden Facharbeiterbedarf des Betriebes hinaus vorhanden sind und auf denen Jugendliche zusätzlich über den Facharbeiterbedarf des Betriebes hinaus ausgebildet werden können. Diese überzähligen Ausbildungsmöglichkeiten sind auf der Rückseite des Formblattes 0591 beruflich aufzugliedern.

Zu Position 6:

Hierunter sind die gesamten Lehrlinge aufzuführen, die auf den unter Position 5 angeführten Lehrplätzen bei Anwendung des Gruppen- oder Schichtsystems tatsächlich ausgebildet werden sollen.

Eingehende Begründung:

Die Dienststellen richten ihre Anträge durch die Abt. Mv ihrer Rbd an die HA Mv des MfE. Die Rbbu, die SFW'en, die Raw'e und alle dem MfE direkt unterstellten Dienststellen dagegen senden ihre Anträge unmittelbar an die HA Mv des MfE.

Eine Zusammenfassung mehrerer Materialien auf einem Antrag ist nur dann statthaft, wenn es sich um gleichartige Materialien handelt, die sich nur durch geringe Abweichungen in der Form, Farbe oder Abmessung von einander unterscheiden oder die zusammengehörende Teile eines Apparates usw. sind. Liegen bereits genehmigte Zeichnungen oder DIN-Blätter vor, so ist auf diese hinzuweisen. Ist das jedoch nicht der Fall und sind zur einwandfreien Darstellung der Materialien Zeichnungen erforderlich, so sind den Anträgen zum mindesten einfache Skizzen beizufügen. Diese müssen jedoch alle Angaben enthalten, die zur Aufstellung ordnungsgemäßer Stoff- oder Gerätezeichnungen erforderlich sind. Bei Spezialteilen, z. B. Dichtungen an

Kfz, kann auch die Nummer der Fabrikzeichnung angegeben werden (vgl. Stoff-Nr. 530 61). In diesem Falle ist jedoch der Name des Betriebes mit anzugeben, von dem die Zeichnung aufgestellt wurde.

Jeder Antrag ist in zweifacher Ausfertigung, ggfl. mit je einer Skizze versehen, vorzulegen.

Terminplan: Für die Dienststellen zwei Wochen nach dem Datum im Kopf der Verfügungen und Mitteilungen des MfE. Für die Rbd'en und alle übrigen Stellen spätestens vier Wochen nach dem gleichen Termin. Später notwendig werdende Anträge sind von Fall zu Fall einzureichen. Die Rbd'en prüfen, ob für die vorgeschlagenen Materialien tatsächlich noch keine Stoffnummern erteilt wurden und geben dann die Anträge entweder mit einem entsprechenden Vermerk zurück oder an das MfE, HA Mv, weiter.

(Mv II/3 v. 2. 5. 54 / 31 617)

gez. Haas

Arbeit**MfE 318**

Betr.: Inkraftsetzung der „Richtlinien für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen“ als DV 166

Im zentralen Dienstvorschriftenverzeichnis der Reichsbahndirektion Dresden wurden die „Richtlinien für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen“ als DV 166 registriert. Zur DV 166 gehören 13 Vordrucke, die unter den Nummern 166 01 bis 166 13 geführt werden.

Die in der DV 166 festgelegten Richtlinien für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen werden hiermit für alle Betriebe und Dienststellen der Deutschen Reichsbahn mit Ausnahme der Reichsbahn-Bau-Union in Kraft gesetzt (siehe Abschnitt VIII — Schlußbestimmungen — S. 47 der DV 166).

Für die Rb-Bau-Union gelten für die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen die Richtlinien des Ministeriums für Aufbau, Hauptverwaltung Bauindustrie.

Mit der Inkraftsetzung der DV 166 darf keine allgemeine Normenveränderung bzw. administrative Einführung neuer Arbeitsnormen verbunden sein. Deshalb sind TAN nur unter folgenden Voraussetzungen, auf die in der DV 166 besonders hingewiesen wird, auszuarbeiten:

a) Die Erhöhung der Arbeitsnormen muß in Verbindung mit einer vorhergehenden Verbesserung der Produktionstechnik, der Arbeitsorganisation und der Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter erfolgen.

Nur unter diesen Voraussetzungen wird es den Arbeitern möglich sein, unter Beachtung der Arbeitsschutzbestimmungen bei normalem Kraftaufwand und gleichbleibendem Durchschnittsverdienst eine höhere Arbeitsproduktivität als bisher zu erreichen. Der Durchschnittsverdienst darf in der Regel nicht gemindert werden.

b) Die Erhöhung der Arbeitsnormen muß mit den Arbeitern beraten werden und ihre Zustimmung besitzen.

Die Erhöhung der Arbeitsnormen und die Schaffung technisch begründeter Arbeitsnormen erfordern eine konsequente und beharrliche Aufklärungsarbeit über

die Rolle und Bedeutung der Arbeitsnormen für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft sowie die Festigung unserer Arbeiter- und Bauernmacht.

c) Um alle Möglichkeiten der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Arbeitsnormen auszuschöpfen, haben die Leitungen der Betriebe und Dienststellen den Arbeitern die eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionstechnik und der Arbeitsorganisation zu erläutern.

Den Arbeitern ist Zeit und Möglichkeit zu geben, sich mit den verbesserten Produktionsbedingungen vertraut zu machen. Ihnen sind durch Arbeitsinstruktionen, Aktivistenschulen und andere Qualifizierungsmaßnahmen die Voraussetzungen zur bestmöglichen Ausnutzung der Produktionsbedingungen zu schaffen.

Die Betriebs- und Dienststellenleiter haben im großen Umfange fähige Kader aus den Reihen der Arbeiterklasse für die Normenarbeit zu qualifizieren.

d) Es ist unzulässig, daß in dem gleichen Betrieb für die gleiche Arbeit verschiedene Normen bestehen. Derartige unterschiedliche Normen für die gleiche Arbeit in einem Betrieb sind ein Verstoß gegen das Leistungsprinzip, das die Grundlage unserer gesamten Lohnpolitik bildet. Die Beseitigung des unterschiedlichen Niveaus der Normen für gleiche oder gleichwertige Arbeiten muß beginnen mit der Korrektur der größten Unterschiede, und zwar mit Hilfe der Kritik der Mehrzahl der Arbeiter.

(A IV - L - / 07 / 1980 v. 28. 4. 54 / 31 621) gez. Schaefer

MfE 319

Betr.: Normenberichterstattung (NM) 1954 bei der DR Bezug: MfE 43 Vfg. und Mittlg. Nr. 7/54

Der Ablauf der o.g. Berichterstattung der Direktionshauptlager (Dhl), ebenso der Fachgruppen der Rbä wird ab Monat Mai 1954 — Bericht für April — wie folgt geändert:

Die Direktionshauptlager füllen zwei Pendelbogen aus (bisher nur einen) und leiten dieselben an das Dez. Mv II der Rbd,

Termin: 17. des Nachmonats.

Die Dez. Mv II in den Rbd prüfen die Angaben auf beiden Pendelbogen. Die Überprüfung ist durch Sicht-

vermerk im letzten Abschnitt des Pendelbogens in der Spalte „Bearbeitungsvermerke“ Zeile: Ltr. d. W/Pr zu bestätigen. Danach sind beide Pendelbogen weiterzuleiten, und zwar:

der erste an die Hauptabteilung Materialversorgung Mv II d. MfE,

Termin: 20. des Nachmonats;

der zweite an die Gruppe Statistik der Rbd,

Termin: 20. des Nachmonats.

In der Hauptabteilung Materialversorgung des MfE erfolgt die Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Dhl. Hier sind zwei Pendelbogen auszufüllen, und zwar:

davon einer für die Abteilung Arbeit des MfE

Termin: 25. des Nachmonats;

der zweite für die Abteilung Statistik des MfE,

Termin: 25. des Nachmonats.

Die Fachgruppen des Rba fassen die Ergebnisse ihrer Dienststellen in den Aufbereitungsbogen zusammen und füllen zwei Pendelbogen aus, und zwar:

den ersten für die zuständige Verwaltung der Rbd,

Termin: 17. des Nachmonats;

den zweiten für die Gruppe Planung (Statistiker) im Rba,

Termin: 17. des Nachmonats.

Die Gruppe Planung des Rba faßt die Ergebnisse des Rb-Amtsbezirks zusammen und füllt einen Pendelbogen aus für die Gruppe Statistik der Rbd,

Termin: 20. des Nachmonats.

Die Gruppe Arbeit des Rba erhält das zusammengefaßte Ergebnis von der Gruppe Planung des Rba. Desgleichen erhält die Abteilung Arbeit der Rbd das zusammengefaßte Ergebnis des Rbd-Bezirks von der Gruppe Statistik der Rbd.

Der weitere Ablauf der Berichterstattung von der Gruppe Statistik der Rbd zur Abteilung Statistik des MfE und von der Verwaltung der Rbd zur Hauptverwaltung des MfE bleibt unverändert bestehen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die festgelegten Termine eingehalten werden müssen.

(A - IV - 2 - 16754 v. 3. 5. 54 / 31 424)

Mv, Pl, St und Org.

gez. Schaefer

Verwaltung

MfE 320

Betr.: Besetzung des Veterinären Eisenbahnsanitätsdienstes

Nach Mitteilung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, HA Veterinärwesen, wurde mit Wirkung

vom 15.4.54 die Leitung des Veterinären Eisenbahnsanitätsdienstes Herrn Dr. Schrader übertragen. Sitz: Berlin NW 7, Schumannstr. 17.

Wir bitten um Beachtung.

(V - I - 1/546/54 v. 28. 4. 54 / 31 431)

i. V. gez. Dittberner

Organisation

Betr.: Umbenennung von Bahnhöfen **Cottbus 11**

Ab 23. 5. 54 wird der an der Strecke Hoyerswerda-Hohenbocka liegende Bahnhof Schwarzkollm-Lautawerk in

„Schwarzkollm“

umbenannt.

(Org - 2 - Ogo - v. 23. 4. 54 / 434)

gez. Müller

Betr.: Dienststellenorganisation **Dresden 25**

Am 23. 5. 54 wird an der elektrischen Schmalspurbahn Klingenthal-Sachsenberg-Georgenthal der unbesetzte Haltepunkt Glaßentempel in Betrieb genommen. Der Haltepunkt dient nur dem Personenverkehr und ist dem Bf Klingenthal unterstellt.

Die Entfernungen betragen:

Glaßentempel-Bärenloch = 0,430 km

Glaßentempel-Brunndöbra Mittelberg = 0,290 km

(Org 2 Ogs v. 27. 4. 54 / 352)

gez. Reinemer

Recht

MfE 321

Betr.: Auszug aus Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichtes

„a) Vertragspflicht

Massenbedarfsgüter und Güter aus einer Übersollproduktion unterliegen der Vertragspflicht gemäß § 1 Vertragsverordnung.

b) Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 14. 1. 54

Wurde eine Vertragsstrafe vor dem 14. 1. 54 unter Vorbehalt oder nach dem 14. 1. 54 gezahlt, so ist ein Rückforderungsrecht anzuerkennen. Die Rückforderung wird derart geltend gemacht, daß zunächst das Staatliche Vertragsgericht den zur Rückzahlung Verpflichteten belehrt und ihm rät, die Rückzahlung zu bewirken. Im Falle der Weigerung ist dem Berechtigten anheimzustellen, den Anspruch beim Staatlichen Vertragsgericht anhängig zu machen.

c) 6. DB. VVO

a) Zu § 2: Die Beschränkung der Vertragsstrafen-Verschuldung auf Lieferverzögerung wurde bewußt vorgenommen, um die für die einzelnen Wirt-

schaftszweige gegebenen verschiedenen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

Wer ohne vertragliche Vereinbarung oder ohne entsprechende Vereinbarung im Einzelfalle vorfristig liefert, ist dem Besteller zum Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens verpflichtet.

Der Besteller ist berechtigt, die Bezahlung der Rechnung bis zu dem bei fristgemäßer Lieferung fällig werdenden Zahlungstermin zu verweigern.

Soweit wiederholte vertraglich nicht vereinbarte vorfristige Lieferungen die Vertragsbeziehungen oder das Plangefüge stören, kann das Staatliche Vertragsgericht nach § 10 Absatz 1 der Vertragsgerichtsordnung einschreiten.

b) Zu § 2: Grundlage für die Berechnung der Vertragsstrafe ist der Herstellerabgabepreis zuzüglich Akzise.

c) Zu § 2 Absatz 1 Buchstabe b): Die Vertragsstrafe von 5% wegen mangelhafter Lieferung ist auch dann zu fordern, wenn die Ersatzlieferung vor dem Ablauf der vereinbarten Lieferfrist erfolgt. Hierdurch kommt der Charakter der Vertragsstrafe auch als Erziehungsmittel zur Geltung.

d) Zu § 3: Die in den Allgemeinen Lieferbedingungen nach Erlaß der 2. DB zur Vertragsverordnung und vor Erlaß der 6. DB zur Vertragsverordnung herausgegebenen Bestimmungen über die Mindeststrafe und über die Pflicht zur Vereinbarung einer Vertragsstrafe wegen Zahlungsverzuges beruhen nicht auf der Vertragsverordnung, sondern auf der 2. DB zur Vertragsverordnung. Aus dem Sinn der 6. DB zur Vertragsverordnung ist zu folgern, daß diese Bestimmungen nur dann weiter gelten können, wenn die Abweichung gegenüber der 6. DB durch das zuständige Ministerium (Staatssekretariat) ausdrücklich bestätigt wird.

Fehlt es an einer solchen Bestätigung, dann können die Vertragspartner durch Änderung des Vertrages die Vereinbarung über die Pflicht zur Zahlung von Vertragsstrafen wegen Zahlungsverzuges und die Vereinbarung über die Erhöhung auf eine Mindeststrafe von 10 DM aufheben. § 8 der 6. DB zur Vertragsverordnung ist bei derartigen Änderungen zu beachten.

e) Zu § 5: Auf eine Vertragsstrafe kann gemäß § 5 der 6. DB nur dann verzichtet werden, wenn feststeht, daß insgesamt keine höhere Vertragsstufe als 100 DM aus diesem Verträge fällig wird, d. h. erst nach Lieferung. Vorher kann nur unter Vorbehalt verzichtet werden.

f) Zu § 6: Wird auf einen Anspruch gemäß § 6 Absatz 2 verzichtet, wird die Forderung aber dennoch nicht beglichen, so ist ein Rechtsschutzbedürfnis entsprechend der Instruktion Nr. 53/53 anzuerkennen.

Rechtskräftige Leistungsaufforderungen.

Ist eine Leistungsaufforderung rechtskräftig geworden, dann ist dem Gläubiger auf Antrag eine Ausfertigung mit Rechtskraftzeugnis zuzustellen.

d) **Betr.:** Durchführung von Verfahren, an denen die Sowjetisch-Deutsche AG Wismut beteiligt ist (Wismut-Verfahren).

Bei der Durchführung von Wismut-Verfahren liegen besondere Verhältnisse vor. Um diese Verhältnisse zu berücksichtigen, ordne ich folgendes an:

1. Die Wismut-Verfahren werden, entsprechend der sachlichen Zuständigkeit, von einer Sonderkommission des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und einer Sonderkommission des Staatlichen Vertragsgerichtes im Bezirk Karl-Marx-Stadt verhandelt. Das Staatliche Vertragsgericht im Bezirk Karl-Marx-Stadt ist örtlich ausschließlich zuständig, auch wenn gemäß § 8 der Vertragsgerichtsverordnung die Zuständigkeit eines anderen Bezirksvertragsgerichtes begründet wäre.
2. Den Vorsitz der Sonderkommission des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übertrage ich dem Mitglied des Staatlichen Vertragsgerichtes Hurrelmann.
3. Den Vorsitz der Sonderkommission des Staatlichen Vertragsgerichtes im Bezirk Karl-Marx-Stadt übertrage ich dem Mitglied des Staatlichen Vertragsgerichtes, Ebert.

(Re Vertragsschiedsstelle v. 27. 4. 54 / 31 654)

gez. Zimbehl

MfE 322

Betr.: Vertrag über das Aufstellen von Fackeltafeln.

Das Vertragsmuster für die Aufstellung von Fackeltafeln (Anlage A zum Mitteilungsblatt Nr. 7/51 - GdR 231), wird als Ziffer 3 durch folgenden Absatz ergänzt: „Die DR verpflichtet sich, im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten alles zu tun, um Funkspruch zu vermeiden.“ Bereits abgeschlossene Verträge brauchen nicht ergänzt zu werden.

Die HV des Betriebes hat mitgewirkt.

(Re 2 - 1872/53 - v. 28. 4. 54 / 31 459)

I. V. gez. Mehlhorn

Technisches Zentralamt

Betr.: Betriebsfunkanlagen

MfE-323

Es häufen sich die Fälle, in denen von Dienststellen Betriebsfunkanlagen eingerichtet werden, die in keiner Weise den technischen Möglichkeiten entsprechen. Der erzielte Effekt steht dabei in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln. Dies beruht einmal darauf, daß bei den Dienststellen keine Fachkräfte für dieses Aufgabengebiet zur Verfügung stehen und zum anderen, daß Firmen zur Ausführung herangezogen werden, die diesen Aufgaben nicht gewachsen sind. Es kann nicht jedes Elektro- und Rundfunkgeschäft derartige Anlagen aufbauen.

Um derartige Fehlschläge zu vermeiden, wird verfügt, daß bei der Projektierung von Betriebsfunkanlagen die Verwaltung SF der zuständigen Rbd mit herangezogen wird. Bei allen größeren Anlagen, z. B. in Raw'en, Bw'en u. ä., ist von den Verw. SF das TZA hinzuzuziehen.

Ziel dieser Verfügung soll sein, hochwertige und weitgehend einheitliche Betriebsfunkanlagen zu schaffen, die den gestellten Aufgaben gerecht werden.

Die HV SF hat mitgewirkt.

(TB Va v. 29. 4. 54 / 31 276)

gez. Dunger

MfE 323a

Betr.: Absicherung von Fernmelde-Freileitungen

Nach der Dv 860 sind die Freileitungen bei Einführungen in Gebäude durch eine Strom- und Spannungssicherung abzusichern. Da die vorgeschriebenen Sicherungen (Grob-Fein-Sicherung und Hochleistungs-Ableiten) zur Zeit noch entwickelt werden und 1954 mit einer Belieferung nicht zu rechnen ist, kann das bei der Deutschen Post genormte Sicherungskästchen M 50 vorübergehend verwendet werden.

Hersteller ist RFT VEB Gerätewerk Leipzig, Leipzig: W 34, Straße des Komsomol 155.

(TB Vb Sftl v. 1. 4. 54 / 31 874)

gez. Dunger

Bahnärztlicher Dienst

MfE 323b

Betr.: Drucksachen und Bestellscheine für den Bahnärztlichen Dienst

1. Die Drucksachen Nr. 433 02 (Inhaltsverzeichnis für große Rettungskästen) und 433 04 (Inhaltsverzeichnis für kleine Rettungskästen) können ab sofort bei den Drucksachenlagern der Rbd'en angefordert werden.

2. Bestellscheine für Rettungsmittel können ab sofort bei den Sachbearbeitern der Oberbahnärzte in den einzelnen Rbd'en fernmündlich angefordert werden.

3. Diejenigen Rb-Stellen, die ihren Bedarf an Rettungsmitteln gemäß der neuen DV 433 noch nicht angemeldet haben, müssen diesen bis 1.5.54 auf den

SECRET

unter 2. angeführten Bestellscheinen bei dem Sachbearbeiter ihres zuständigen Oberbahnarztes anfordern.
(31. 3. 54)

Zentralinstitut für den Bahnärztlichen Dienst
Abt. Verkehrsmedizin
gez. Dr. Schunck

MfE 323c

Betr.: Rb-Verbundkarten

Die große Zahl unvollständig oder falsch ausgefüllter Rb-Verbundkarten, deren Ergänzung und Berichtigung eine erhebliche Belastung für alle damit Beschäftigten darstellt, gibt Veranlassung, die wesentlichsten Punkte, bei denen immer wieder Fehler gemacht werden, noch einmal klar herauszustellen:

1. Die Vfg. MfE 553/47/53 bringt die Einführung der Rb-Verbundkarten. Die Vfg. GdR 1345/8/53 wurde damit aufgehoben. Eine Aufstellung der Krankheitsmeldungen in Listenform für den Bahnärztlichen Dienst entfällt damit seit dem 1. 1. 54.
2. Die abgeschlossenen Rb-Verbundkarten sind bis zum 3. des Nachmonats dem zuständigen Oberbahnarzt zu übersenden.
3. Es sind nur Rb-Verbundkarten einzureichen. Die Verbundkarten der SVK werden wie bisher weitergeleitet.
4. Die Rb-Verbundkarten müssen unbedingt gewissenhaft ausgefüllt werden, alle Fragen sind zu beantworten. Bei Unklarheiten bezüglich der Krankheitsbezeichnung ist ggf. beim behandelnden Arzt die Krankheitsnummer zu erfragen.

Als ausgeübter Beruf genügen allgemeine Bezeichnungen wie Arbeiter, Angestellter oder Lehrling nicht. Es muß zu ersehen sein, welchen Beruf der Beschäftigte tatsächlich ausübt. Die erforderlichen Bezeichnungen sind aus der Vfg. MfE 133 vom 26. 2. 54 Abschn. X (Verzeichnis der Beschäftigungsarten) zu ersehen.

Bei Unfällen ist unbedingt die Unfallart (SU, BU, BK usw.) zu unterstreichen sowie der Unfalltag einzutragen. Bei der Rb-Verbundkarte für Heilverfahren ist unter „Krankheit“ die zum Heilverfahren Veranlassung gebende Erkrankung anzugeben und nicht etwa „Kur mit ärztlicher Zielsetzung“.

5. Die Rb-Verbundkarten sind erst nach Abschluß des Krankheitsfalles einzusenden, und zwar nur die im Berichtsmonat abgeschlossenen. Als Ende des Berichts-

monats gilt unbedingt der letzte Tag des Berichtsmonats, da auch dieser Tag mit in die Berichtszeit hineinfällt und an ihm Erkrankungen und Gesundheitsreibungen genauso gut vorkommen können.

6. Für Familienwochenhilfefälle und Familiensterbefälle sind keine Rb-Verbundkarten auszufüllen und einzusenden, da nur die Rb-Beschäftigten selbst erfaßt zu werden brauchen.

7. Bei Todesfällen mit vorangegangener Arbeitsunfähigkeit sind zwei Rb-Verbundkarten auszufüllen, eine Verbundkarte für Arbeitsunfähige und eine für Todesfälle. Das gleiche gilt sinngemäß für Heilverfahren mit vorangegangener Kur oder anschließender Arbeitsunfähigkeit.

8. Die Banderole muß alle in der Vfg. MfE 553/47/53 geforderten Angaben enthalten. Belegschaftsstärke und Zahl der Arbeitsunfähigen müssen getrennt in „männlich“ und „weiblich“ angegeben werden.

Bei Fehlanzeigen ist lediglich die Belegschaftsstärke für den Berichtsmonat getrennt in „männlich“ und „weiblich“ erforderlich.

Da jeden Monat alle Arbeitsunfähigen zahlenmäßig unter Punkt 3 zu melden sind — gleichgültig aus welchem Monat sie stammen —, kann die Zahl der übersandten Verbundkarten nie größer sein als die Zahl der Arbeitsunfähigen. Eine Ausnahme bilden die Rb-Verbundkarten für Todesfälle, die gesondert aufgeführt werden müssen. Zieht man die Zahl der übersandten Rb-Verbundkarten von der Zahl der Arbeitsunfähigen ab, so verbleibt die Zahl der in den neuen Berichtsmonat übergehenden Arbeitsunfähigen.

Bei jeder Meldung muß man sich der großen Verantwortung bewußt sein, die man mit der Abgabe dieses Berichts übernimmt. Alle Angaben müssen vollständig und real sein, denn jede Berichterstattung wird nicht zum Selbstzweck — zur Ermittlung irgendwelcher toter Zahlen —, sondern als Mittel zum Zweck, z. B. zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, zur Hebung des Gesundheitszustandes und zur Stärkung der Betriebssicherheit, durchgeführt, d. h. man muß sich auf ihre Ergebnisse verlassen, um mit ihnen arbeiten zu können. Falsche Werte können falsche Schlußfolgerungen auslösen, die sich dann evtl. nachteilig auf die berichtserstattende Stelle auswirken.

Berlin, den 11. 5. 54

Zentralinstitut
für den Bahnärztlichen Dienst
Abt. Verkehrsmedizin
gez. Dr. Schunck

Wer braucht?

1 Drehstrommotor, 220 Volt, Leistung 5,9 kW, Drehzahl 720 U/min, Spitzenhöhe 620 mm, geschlossen, Type D 750755 4, Fabrik-Nr. 160 497, Lieferer AEG, beim Bw Leipzig-Plagwitz verfügbar.

Kabeltrommeln, 2 Stück, 950 mm breit, 650 mm kl. Radius, 1000 mm gr. Radius

Kabeltrommeln, 1 Stück, 880 mm breit, 400 mm kl. Radius, 700 mm gr. Radius

Der Bedarf ist an Rbd Dresden — Mv II (Ruf 11 70) zu melden.

Wer hat?

Für den 80-PS-3-Zyl.-DKW-Motor, Typ 3 M 24, benötigen wir dringend Zylinderköpfe.

Nachricht erbeten an Rbd Greifswald, Verwaltung des Maschinendienstes.

Wir benötigen dringend 20 Stück Betonringe von 3 m Durchmesser.

(Bahnbetriebswerk Dresden-Altstadt, Ruf 24 36)

Wir benötigen dringend eine schwere Schmiedeschleifmaschine.

Schleifscheibendurchmesser 400 mm
Breite 50 mm
mit Drehstrommotor 220/380 Volt
(Rbd Dresden — M II/2 Maw — Ruf 12 26)

Auf dem Wege der Umsetzung wird gesucht:

Ein betriebsfähiges Waagrecht-Bohrwerk (Union), Bohrspindeldurchmesser etwa 50 bis 80 mm, Tischgröße etwa 600 bis 800 mm, senkrechte Ausladung der Bohrspindel über dem Tisch bis 700 mm, nutzbare Bettlänge bis 1500 mm.

Schriftliche Angebote an Raw „Einheit“ Leipzig, TA-Abteilung.

Wir benötigen eine Spillanlage zum Bewegen von einzelnen Güterwagen.

(Bf Bornitz b. o)

Das Bw Magdeburg-Buckau benötigt dringend 60 bis 80 m Erdkabel 4-adrig, 10 ϕ .

(Bw Magdeburg-Buckau AV 5/975/323)